

Wöchentlich 88 Bl., monatlich 3,00 M. im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M. einschl. Postgebühr, Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Mittwochliche Beilage“, „Volk und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Tschit“, „Bild in die Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einpaarige Hauptzeile 80 Pfennig, Reflektoren 4.— Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das letzte gedruckte Wort 25 Pfennig (zwei weitere Wörter 12 Pfennig, Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig, Einzelannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wöchentlich von 6.— bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Es friselt in Frankreich.

Marin-Gruppe gegen Radikale. — Gegenseitige Kriegserklärungen der Flügelparteien der Regierung Poincaré.

Paris, 30. Mai. (Eigenbericht.)

Bevor noch restlose Klarheit geschaffen ist über die Fraktions- und Mehrheitsbildung in der neuen Kammer, tauschen bereits die rechten und die linken Flügelparteien der jetzigen Regierungskoalition die

schlimmsten Kriegserklärungen

aus. Die republikanisch-demokratische Union (Gruppe Marin) verlangt in einer Entschließung, daß die künftige Zusammenfassung der Regierung, des Präsidiums der Kammer und der Kammerausschüsse deutlich dem Siege Rechnung tragen müßte, den die überzeugten Anhänger der „Nationalen Union“ davongetragen hätten. Nicht ohne Grund wurde diese Entschließung von den Radikalen als Kriegserklärung aufgefaßt und entsprechend beantwortet. In einer Sitzung des radikalen Parteivorstandes erklärte Daladier: „Wenn die Rechte die Regierung übernehmen will, soll sie

es tun, aber sie muß dann mit unbedingter Feindschaft der Radikalen rechnen. Wir sind bereit, den Fehdehandschuh aufzunehmen.“

Unterrichtsminister Herriot selbst verstärkte diese Erklärung noch, indem er betonte, die radikale Partei, als die Verstärkung des demokratischen Willens Frankreichs, müsse auch in der neuen Kammer die Achse der politischen Tätigkeit bilden:

„Wenn wir es verstehen, zu wollen und zu handeln, werden wir bald Meister der Lage sein.“

Im übrigen zeigen sich die Radikalen sehr unzufrieden mit dem Ausgang des sozialistischen Parteitages in Toulouse. Schon Daladier glaubte gestern an ihre Adresse die Frage richten zu müssen, ob sie durch ihre „bewußt glänzende Isolierung“ die Rechtsorientierung in der neuen Kammer erleichtern wolle.

Spannung an der Adria.

Das Abkommen von Nettuno.

Von Hermann Wendel.

„Trotz aller Bemühungen der Wissenschaft kann Italien seine Bevölkerung nicht ernähren. Italien bedarf der Ausdehnung, sonst kommt es zu einer Explosion. Ich vermag an die humanen Ideen der Pazifisten nicht zu glauben.“ Mussolini.

In Belgrad, in Agram, in Laibach, in Spalato, in Ragusa erregte Kundgebungen: Nieder mit Italien! In Rom, in Mailand, in Bologna, in Venedig, in Bari erregte Kundgebungen: Nieder mit Südslawien! Dort versuchen nationalistische Studenten die italienischen, hier faschistische Hochschüler die südslawischen Konsulate zu stürmen, dort wird das Bildnis Mussolinis verbrannt, hier das Porträt des Königs Alexander zerstückt, dort die italienische Fahne beschimpft, hier die südslawischen Farben entehrt. Polizei und Gendarmerie zu Fuß und zu Pferd, Angriffe auf die Menge und Verhaftungen hier wie dort, und die südslawische Regierung protestiert in Rom, die italienische in Belgrad. Warum der ganze Wirbel? Weil das Kabinett Bukitchewitsch angekündigt hat, daß es jetzt endlich das Abkommen von Nettuno, das am 10. Juli 1925 von den Unterhändlern beider Staaten unterschrieben wurde, zur Ratifizierung der Stupschina zuleiten werde. Die Wamelenkammer Mussolinis hat den Vertrag längst genehmigt, aber wenn ihn die südslawische Regierung bisher in der Schublade behielt, hatte sie, wie man sieht, einigen Grund dazu.

Zu einem Teil flieht die Entrüstung gegen die Konventionen von Nettuno aus innerpolitischen Quellen. In Südslawien hat sich in den letzten Monaten eine merkwürdige Parteienbildung vollzogen. Mit Ausnahme der größten slowenischen Gruppe, der Christlichsozialen, die mit Radikalen und Demokraten in der Regierung sitzen, stehen alle Parteien, die sich im wesentlichen aus den ehemals österreichisch-ungarischen Gebieten rekrutieren, die Serben ebenso wie die Kroaten und Slowenen, gegen die Serben des früheren Königreichs, die sogenannten „Serbianer“. Da Serbien bei der südslawischen Einigung eine ähnliche Rolle spielte wie Preußen bei der deutschen Einigung, behauptet die Opposition nicht zu unrecht, daß in dem jungen Staat nur einseitig „serbianische“ Interessen zur Geltung kämen. Daß jetzt die Konventionen von Nettuno auf der Tagesordnung erscheinen, liefert der Opposition Gelegenheit, über eine auswärtige Politik aus der Erbschaft des alten Paschitsch herzugehen, die die Bedürfnisse der nicht-serbischen Landesteile vernachlässigt, nach der Aegeis statt der Adria starre und dem griechischen Hafen von Salonik den Vorzug vor dem südslawischen von Spalato gebe. Gelingt es, mit Entschiedenheit dieser Erregung das Kabinett zu stürzen, um so besser für die Opposition!

Aber in weit höherem Maße steckt hinter Nettuno ein schwerwiegendes außenpolitisches Problem. Das Abkommen, um das es sich handelt, umfaßt 31 Konventionen und ist Teil des gesamten südslawisch-italienischen Vertragswerks, das sich auch auf den Konventionen von Santa Margherita und Belgrad aufbaut. Da bei der Regelung einer langen Reihe von ökonomischen und sozialen Fragen, zu denen das Recht der Ansiedlung, der Freizügigkeit, des Handelsbetriebs gehört, Gleichberechtigung beider Partner vorgesehen ist, scheint dieses Werk harmlos, aber nicht nur der südslawische Nationalismus schmähst das Abkommen von Nettuno, weil es die Lösung der Agrarfrage in Dalmatien erschwere und die italienische Durchdringung des slowenischen Arikauers begünstige, sondern auch sozialistische Kritik nennt die Verträge eine Schande und Blamage, mehr, eine schwere ökonomische und soziale Schädigung für Südslawien, eine Etappe des Weges, auf dem der serbisch-kroatisch-slowenische Staat wirtschaftlich und politisch zum Basallen Italiens werde.

In der Tat sind die Konventionen von Nettuno so wenig harmlos, wie die ganze Balkanpolitik des Faschismus harmlos ist. Das Italien Mussolinis steht heute wie ein überheizter Dampfessel unter gefährlich hohem Druck, und allemal in solchen Fällen gibt Diktaturen die auswärtige Politik als Ventil, angesammelte Spannung verfließen zu lassen. Nicht zuletzt deshalb dekriert das Faschio von einer römischen Weltpolitik großen Stils, deren Voraussetzung die Verwandlung der Adria in ein italienisches Meer sei. Zwar sitzen an der „anderen Küste“ auf 500 Kilometer Länge nur Südslawen, keine Italiener, und die Fahne des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen weht von Suschak bis Cattaro, aber südlich davon haben sich die Italiener in Albanien wie in einem bombensicheren Unterland eingegraben, und eifrig trachtet Mussolinis Staatskunst alle Nachbarstaaten Südslawiens, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, neuerdings auch die Türkei, fest an die faschistische Politik zu binden. Daß das nächste Ziel dieser Expansionsbestrebungen Dalmatien ist, daraus macht man in Italien gar kein Hehl.

Peking und Tientsin vor dem Fall?

Internationale Verteidigungsmaßnahmen in Tientsin. — Amerika macht nicht mit.

London, 31. Mai. (Eigenbericht.)

Aus Tokio eingetroffene Meldungen deuten darauf hin, daß die Räumung von Peking und Tientsin durch die Truppen der chinesischen Nordarmeen unmittelbar zu erwarten ist. Obwohl die Möglichkeit besteht, daß die nationalen Truppen bei ihrem Vormarsch auf Peking auf die Befehle von Tientsin verzichtet werden, sind in Tientsin fleißige Vorbereitungen zur Verteidigung der dortigen internationalen Siedlung in Angriff genommen worden. Eine 18 Kilometer lange Verteidigungslinie befindet sich im Ausbau. Sie soll von ausländischen Truppen besetzt werden. Das Oberkommando hat der japanische General Urai übernommen. Das geplante gemeinsame Vorgehen sämtlicher ausländischer Staaten, die in Tientsin Truppen besitzen, ist allerdings, wie es scheint, gescheitert, da die Vereinigten Staaten „unabhängig vorgehen“ wollen.

Im Militärkräften unterhalten in Tientsin: Japan 5000 Mann, 12 Feldgeschütze, 16 Flugzeuge; Amerika 4000 Mann, 18 Kanonen und 12 Flugzeuge; Großbritannien 1500 Mann, 2 Kanonen; Italien 380 Marineinfanteristen, Frankreich 2000 Mann und 14 Feldgeschütze.

Tschangtscholin beginnt zu räumen.

Tokio, 31. Mai.

Nach Berichten aus dem japanischen Hauptquartier soll Marschall Tschangtscholin beschlossen haben, Peking zu räumen.

Ein Teil seiner Truppen sei bereits auf dem Rückzug nach Peking. Die japanischen Behörden rechnen daher mit der unmittelbaren bevorstehenden Befehle von Peking durch die Südhinesen.

Nach einem Telegramm aus offizieller Quelle besteht die Aussicht, daß der Rückzug des Marschalls Tschangtscholin und die schnelle Räumung der Städte Peking und Tientsin zur Wiederherstellung des Friedens in China führen könnte. In gut unterrichteten politischen Kreisen Japans ist man der Ansicht, daß die Südhinesen wahrscheinlich die große Mauer nicht überschreiten werden. Die einzige gegenwärtig existierende Gefahr sei, daß die in voller Auflösung zurückflutenden nordchinesischen Soldaten Unruhen anstiften. Man hält jedoch die zum Schutz der Ausländer ergriffenen Maßnahmen für hinreichend.

Japanisches Ultimatum an die Nordtruppen.

Peking, 31. Mai.

Der Kommandeur der dritten japanischen Division General Isumitsu, der hier in der vergangenen Woche von den Nordtruppen, ohne einen Zeitpunkt hierfür festzusetzen, verlangt hatte, sich sieben Meilen von der Stadt zurückzuziehen, hat an die chinesischen Generäle ein Ultimatum gerichtet, in dem er sie auffordert, die Stadt bis zum 1. Juni spätestens zu räumen. Alles läßt darauf schließen, daß das Ultimatum erfüllt wird.

Die Not Deutschösterreichs.

Wieder keine Dollaranleihe.

Wien, 31. Mai. (Eigenbericht.)

Im Nationalrat teilte Bundeskanzler Dr. Seipel mit, daß infolge der Verlagerung des amerikanischen Senats dessen Zustimmung zu der großen Anleihe Österreichs nicht gegeben werden könne. Die Anleihe müsse infolgedessen um ein halbes Jahr verschoben werden. Genosse Dr. Bauer wandte sich gegen den Versuch des Bundeskanzlers, die Tragweite dieses schweren Mißerfolges verkleinern zu wollen. Er erklärte, dieser Zwischenfall zeige die unmögliche Lage Österreichs gegenüber dem Ausland. Die Bundesregierung trage ganz allein die Verantwortung für die Verzögerung der Anleihe, weil sie das Parlament nicht rechtzeitig informiert habe. Wenn die Bundesregierung im vorigen Jahre Verhandlungen wegen der Ernährungsbedürfnisse, die Österreich in der Nachkriegszeit nehmen mußte, eingeleitet und sich bereit erklärt hat, eine vorzeitige Abzahlung zu beginnen, so hätte die Regierung auch darauf hinarbeiten müssen, einen Zustand herbeizuführen, in dem Österreich nicht dauernd in der Gefahr schwebt, in seiner Kreditpolitik vom Einspruch irgendeines Staates behindert zu werden.

Diese Debatte und was ihr zugrunde liegt, zeigt wieder einmal aller Welt, was der Frieden von St. Germain geschaffen hat: einen Alpenstaat fast ohne Kohle, mit viel zu schmaler Ernährungsbasis, auf Rohstoffeinfuhr angewiesen,

in seiner Industrieausfuhr aber einer gleich hoch entwickelten tschechoslowakischen Industrie gegenüberstehend — von weit überlegener Konkurrenz größerer Industriestaaten gar nicht zu reden! So ist dieses Land andauernd auf Auslandskredit angewiesen, und die, die es in aufgezwungener, unerträglicher „Selbständigkeit“ erhalten wollen, müssen ihm stets wieder Geld leihen.

Wenn man jetzt wieder einmal mit einer „zunächst nur wirtschaftlichen“ Zusammenfassung Tschechoslowakei-Deutschösterreich-Ungarn kommt, so werden die Österreicher von einem solchen Plan nichts wissen wollen, der dazu geeignet und bestimmt ist, den Weg zum Anschluss zu verbauen.

Dem klagenden Seipel aber wird es nur ein schwacher Trost sein, daß das rote Wien seine Dollaranleihe hat, auf die man den Staat mit seiner Bürgerblockregierung wieder ein halbes Jahr warten läßt!

Untersuchung polnischen Wahlterrors.

Im Verwaltungsverfahren des polnischen Landtages gab der Innenminister, General Siklowski, zu, daß die Regierung bei den Sejm- und Senatswahlen die Kandidaten unterstützt habe, die sich zu einer Zusammenarbeit mit der Regierung bereit erklärt hätten. Obgleich sich der Minister gegen die Bildung eines außerordentlichen Ausschusses zur Prüfung der Wahlmissbräuche aussprach, wurde doch beschlossen, eine solche Kommission einzusetzen.

Bolschewistisches Weltprogramm.

Wie sich Moskau die Weltrevolution vorstellt.

Die „Pravda“ veröffentlicht den Entwurf eines neuen Programms der Kommunistischen Internationale, der am 23. Mai d. J. von der Programmkommission des Offi angenommen worden ist. Der Entwurf, der in der „Pravda“ nicht weniger als 22 Spalten zu 200 Zeilen füllt, stellt, was Länge betrifft, auch für kommunistische Verhältnisse eine Reformleistung dar.

Dieser Entwurf, für den sechsten Kongreß der Kommunistischen Internationale bestimmt, enthält neben Altbekanntem auch manches Erwähnenswerte. Er bedeutet den Sieg jener Richtung innerhalb des russischen Kommunismus, die ihre Hoffnungen auf die Weltrevolution setzt, versucht aber gleichzeitig ein Kompromiß, indem er den Versuch macht, sich den jeweiligen Verhältnissen in den verschiedenen Ländern anzupassen.

Nach einigen einleitenden Besprechungen der Sozialdemokratie — „die vom Imperialismus torrumpierte und demoralisierte Spitze der Arbeiterbewegung“ — wird auseinandergesetzt, daß die Revolution den Bedingungen des Kapitalismus entspringt. Die Ungleichmäßigkeit seiner Entwicklung ist aber ein unbedingtes Geheiß des Kapitalismus. Deshalb kann die internationale Revolution des Proletariats nicht als eine einmalige und allgemein durchgeführte einheitliche Aktion betrachtet werden. Daraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus zuerst in weniger, ja selbst auch bloß in einem kapitalistischen Lande vollzogen werden kann. (Diese Möglichkeit wurde früher geltend, die orthodoxen Leninisten in Deutschland leugnen sie auch jetzt noch.)

Am zweiten Abschnitt des Programms wird die allgemeine Krise des Kapitalismus und die erste Phase der Weltrevolution besprochen. Die „Verräterrolle“ der Sozialdemokratie wird ausführlich dargestellt.

Aus dem dritten Abschnitt, der von dem Endziel der Kommunistischen Internationale handelt, erfährt man, daß der Sozialismus als geschichtliche Voraussetzung des Stadiums des Sozialismus bedarf. Hier entfaltet die kommunistische Gesellschaft erst der kapitalistischen Weltordnung und ist mit allen Mästen dieser alten Gesellschaft bedeckt, sowohl in wirtschaftlicher als moralischer und geistiger Hinsicht.

Der vierte Abschnitt ist der Uebergangsphase vom Kapitalismus zum Sozialismus und der Diktatur des Proletariats gewidmet. Es folgt eine detaillierte Aufzählung der hauptsächlichsten Aufgaben der proletarischen Diktatur. Es werden hier behandelt die Industrie, der Transport, Telegraph, Telephon, Radio, die Landwirtschaft; der Handel und Kredit; die sogenannte geistige Produktion; der Wohnungsfonds; der Arbeitstag und die Uebernahme der Wirtschaftsführung durch die Arbeiter. Hier verorteten die Autoren des Programms die schlimmsten Erfahrungen, die die Sowjetregierung während der zehn Jahre ihres Bestehens gemacht, und die Rückschlüsse, die sie insbesondere in bezug auf die Bauernschaft erlitten hat. Hier macht man

Konfessionen an das Eigentumsbewußtsein der Bauern

und trägt den mangelnden organisatorischen Fähigkeiten des Proletariats, wie sie sich in Rußland zeigten, Rechnung. Um die kleinbürgerlichen Elemente nicht vor den Kopf zu stoßen, soll der freie Handel in gewissen Grenzen aufrechterhalten bleiben. Die technischen und wirtschaftlichen Vorteile der sozialisierten Produktion und die Zentralisierung allerwichtigster leitender Wirtschaftstellungen in den Händen des proletarischen Staates usw. führen bei einer richtigen Politik der proletarischen Diktatur zum ständigen und systematischen Hinandrängen der Reste des Privatkapitals. Scheinbar kapitalistische (!) Formen und Methoden der Wirtschaftstätigkeit werden in Wirklichkeit zu Hebeln der kapitalistischen Umwälzung. — Was für „Reformisten“ diese Revolutionäre!

Kirche oder Parteifiliale?

Die evangelische Kirche putscht gegen die Behörden auf.

Die evangelische Kirche in Pommern scheint den Boden der politischen Neutralität endgültig und ganz offen verlassen zu wollen. Der Wahlbeeinflussung von höchster Stelle folgt jetzt ein zweiter Uebergriff. Mitte Juni finden in Preußen Elternbeiratswahlen statt. Es stehen sich der Hauptsache nach zwei Richtungen gegenüber: die Schulfortschrittler und die Schulreaktionäre. Die Reaktionäre, hinter denen sich vor allem die Deutschnationalen verstecken, haben auch ihre Methoden den Deutschnationalen entlehnt. Sie nennen sich, indem sie auf die Gedankenlosigkeit der Eltern spekulieren, christlich-unpolitisch. In Stettin werden nun die Eltern schulpflichtiger Kinder mit einem parlamentarischen Rundschreiben beehrt, in dem die Parole ausgegeben wird: „Wählt christlich-unpolitisch!“ Ein neuer Versuch, auch hier die Wähler unter Mißbrauch der Kirche in das deutschnational-reaktionäre Lager zu pressen!

Das Schreiben ist auch noch in anderer Hinsicht interessant. Es beginnt mit der Versicherung, daß die evangelische Kirche durch die veränderten Verhältnisse genötigt wird, sich nun noch um die Schulen besonders zu kümmern. Weiter heißt es: „Es ist leider nicht mehr so, daß Eltern, . . . gleichzeitig oder vertrauensvoll den Behörden alle kommenden Geschäfte überlassen können.“

Selbst wenn der Auedelische Entwurf Gesetz geworden wäre, hätte die Kirche nicht das Recht gehabt, sich um die Schule zu kümmern. Auch nach diesem Entwurf wäre die Schule Sache des Staates und der Erziehungsberechtigten gewesen, wobei auf ein Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Erziehungsberechtigten besonderes Gewicht gelegt wurde. Das pfarramtliche Rundschreiben kündigt nicht nur eine Einwirkung über den nicht zum Gesetz gewordenen Entwurf hinaus an, sondern es macht auch den direkten Versuch, die Erziehungsberechtigten gegen den Staat aufzuheben.

Der Staat wird diese Entwicklung einer Kirche mit größerer Aufmerksamkeit als bisher verfolgen müssen!

Parteistärke und Wahlvorstand.

Notwendige Nachforschungen.

Der preußische Innenminister hat vor den Wahlen die Anweisung gegeben, bei der Besetzung der Wahlvorstände in den einzelnen Wahllokale die Stärke der Parteien zu berücksichtigen. In Osnabrück ist nun von sozialdemokratischer Seite nachgeprüft worden, wie der Magistrat diese Anweisung befolgt hat. Das Resultat der Nachprüfung ist überraschend. Es zeigt nicht nur,

für Länder mit hoher kapitalistischer Entwicklung, wie die Vereinigten Staaten Amerikas, Deutschland und England, wird die Forderung des direkten Ueberganges zur „Diktatur des Proletariats“ gestellt. In Ländern mit mittlerer kapitalistischer Entwicklung, wie Rußland bis vor 1917 oder Polen, wo noch Reste feudaler Verhältnisse in der Landwirtschaft bestehen und nur eine geringe Industrie vorhanden ist, wo die bürgerliche Demokratie ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat, kann sich je nachdem eine schnelle Umwandlung der bürgerlich-demokratischen Revolution in eine sozialistische Revolution vollziehen oder

auch eine längere Zeit dazu erforderlich sein.

In den kolonialen und halbkolonialen Ländern ist jedoch der Uebergang zur Diktatur des Proletariats nur über eine Reihe von vorbereiteten den Stadien zu erreichen.

Es folgt der fünfte Abschnitt: Von der Diktatur des Proletariats in Sowjetrußland und der internationalen sozialistischen Revolution. Rußland, so wird auseinandergesetzt, wird unter der Bedingung der allgemeinen Krise des Kapitalismus zum mächtigen Hebel für die internationale Revolution. Zu gleicher Zeit ist es aber gezwungen,

durch geschicktes Manövrieren die mißgeschicklichen Beziehungen mit den kapitalistischen Staaten auszunutzen.

Die Gefahr der militärischen Intervention wird als stetig wachsend dargestellt. Aber der militärische Angriff auf Sowjetrußland werde unausbleiblich zu einer mächtigen revolutionären Explosion führen, die berufen ist, den Kapitalismus in einer Reihe von sogenannten justifizierten Kriegen zu begraben. Die Frage, wie sich die Dinge gestalten werden, wenn der Kapitalismus auf die Intervention und damit auf seinen militärischen Selbstmord verzichtet, wird offen gelassen.

Schließlich der letzte Abschnitt: Die Strategie und die Taktik der Kommunistischen Internationale. Hier setzt man sich eingehend mit dem Anarchismus, dem revolutionären Syndikalismus, dem konstitutionellen Sozialismus, dem Sozialsozialismus und mit der Sozialdemokratie auseinander. Die „linken“ Sozialdemokraten werden übrigens für noch viel schlimmer erklärt als die „rechten“. Taktisch gesehen, so wird weiter ausgeführt, muß die kommunistische Partei in jedem einzelnen Falle die konkreten inneren und äußeren Verhältnisse in Rechnung ziehen. Angesichts eines revolutionären Aufschwunges, wenn die herrschenden Klassen desorganisiert sind, wenn die Massen sich im Zustande der revolutionären Gärung befinden, wenn die Mittelschichten zur Seite des Proletariats hinneigen, wenn die Massen bereit sind zur Aktion und zu Opfern, da stellt sich vor die kommunistische Partei des Proletariats die Aufgabe, es in die direkte Aktion auf den bürgerlichen Staat zu führen. Die Massen müssen aber an die revolutionären Positionen in einer Weise herangebracht werden, daß sie aus eigener Erfahrung sich von der Richtigkeit der Parteilinie überzeugen. Die Nichterfüllung dieser Forderung führt unausbleiblich zur Loslösung der Massen von der Führung.

zum Putschismus und zur ideologischen Ausortung in linken Doktrinismus

und kleinbürgerlichen ultralinken Anarchismus (Kantauerismus). Fehlt der revolutionäre Aufschwung, so sind die kommunistischen Parteien verpflichtet, von den täglichen Bedürfnissen der Arbeitenden ausgehend, Teilpartien aufzustellen. Die Abfolge von solchen Teilforderungen ist mit den tatsächlichen Grundfragen des Kommunismus unvereinbar, da sie die Partei zur Passivität verurteilt und die Massen von ihr losreißt.

Der Entwurf läuft aus in die Schlußsätze des kommunistischen Manifests von Marx und Engels, die beide leider nicht mehr in der Sprache der Gegenwart zu verstehen sind, sich gegen diesen barbarischen Mißbrauch zu wehren.

Gegenwärtig hängt in einem Pavillon der Waidänder Ausstellung eine Landkarte, auf der eine gelbe Linie ganz Dalmatien führt umfassend, als „die natürliche Grenze Italiens“ angegeben ist, und durch Zeitungen und in Vereinen, in Volksschulen und auf Universtitäten wird von privaten, offiziellen und offiziellen Stellen ohne Unterlaß der jungen Generation in die Köpfe gehämmert, daß Dalmatien mit Italien eine gottgewollte Einheit bilde, daß Dalmatien an Italien fallen müsse.

Angeht es so bedrohlicher Tatsachen betrachtet das südslawische Volk den Versuch, durch die Konventionen von Nettuno den italienischen Ausdehnungstendenzen noch ein Sprungbrett hinzuschleichen, mit mehr als gemischten Gefühlen. Dieses Abkommen wird ihm um so eher zum Sinnbild für die ewige Vergewaltigung der Kleinen durch die Großen, als auch nach dem Eingeständnis der „Times“ hierbei der Druck der englischen Finanzleute, von denen Südafrika eine dringend nötige Anleihe erwartet, auf die Belgrader Regierung wirksam geworden ist. Der italienische Faschismus im Bunde mit dem britischen Imperialismus gegen den südslawischen Kleinbauern — so sieht im Grunde das Problem aus, und immer wieder wird es, wie eben jetzt, zu Konflikten, zu Zusammenstößen, zu Bedrohungen des europäischen Friedens führen, wenigstens solange Italien ein Irrenhaus mit umgekehrtem Vorzeichen ist, in dem gemeingefährliche Narren die vernünftigen und besonnenen Elemente der Nation unter Verschluß und Terror halten.

Koalition? — Opposition?

Außerordentlicher Parteitag oder Entscheidung durch die Fraktion?

In verschiedenen sächsischen Parteiblättern wird an dem Vorkauf des „Vorwärts“ vom letzten Sonntag lebhafteste Kritik geübt. Die Kritiker glauben aus diesem Auffag herauslesen zu können, daß wir den Eintritt der Partei in eine Regierung der Großen Koalition ohne Bedingungen befürworten. Sie unterliegen damit einer Suggestion, die von der demokratischen Presse ausgeht, für die der „Vorwärts“ aber nicht verantwortlich ist. Dieser hat schon am 23. Mai davor gewarnt, die Große Koalition als die „Väterlösung“ zu proklamieren und damit die Vorstellung zu erzeugen, als stände alles, was wird oder nicht wird, im Belieben der Volkspartei. Inzwischen hat auch der Reichstagspräsident Genosse Löbe in seiner gestrigen Besprechung mit dem Reichspräsidenten den gleichen Standpunkt vertreten. Die Große Koalition ist eine der vorhandenen Möglichkeiten, aber nicht die einzige. Selbstverständlich sind wir der Meinung, daß man der Sozialdemokratie, die zur Führung bei der Regierungsbildung berufen ist, nicht eine von vornherein gebundene Marschroute mitgeben darf.

Ebenso mißverständlich ist die Auffassung, wir wollten einen „bedingungslosen“ Eintritt in eine künftige Koalitionsregierung. Man muß sich doch vorstellen, wie sich solche Dinge in der Wirklichkeit abspielen: Selbstverständlich wird der Sozialdemokrat, der den Auftrag zur Regierungsbildung übernimmt, und der daran verschiedene Mitglieder bürgerlicher Parteien zum Mitteln auffordert, sagen müssen, wie er sich das Regieren vorstellt. Man wird versuchen, sich darüber zu verständigen, was zunächst einmal zu tun und was zu unterlassen ist. Aus diesen Besprechungen wird sich dann ergeben, welche Koalition und ob überhaupt eine gebildet werden kann. Wodurch wir warnen, das war der Versuch, in weitausgesponnenen Verhandlungen von Fraktion zu Fraktion ein allumfassendes Programm auszuarbeiten, das die Parteien für unbegrenzte Zeit festlegen soll. Wenn man aus Angst, es könnte sonst zu einer Krise kommen, alles im voraus regeln will, regelt man in Wirklichkeit gar nichts, und alles bleibt in allgemeinen Redensarten stecken. Abschreckende Beispiele gibt es da wahrhaftig genug!

Wenn ab und zu die Meinung vertreten wird, die Sozialdemokratie müsse, solange sie nicht allein regieren könne, unter allen Umständen in der Opposition bleiben, so ergibt sich sofort die Frage, gegen wen Opposition gemacht werden soll? Dazu gehört doch unter allen Umständen eine Regierung, gegen die man Opposition machen kann! Wenn aber die nicht zu finden ist — was dann? Kann keine Regierung gebildet werden, dann haben wir den Verfall der parlamentarischen Demokratie und spielen das Spiel der Diktatur und des Faschismus. Daß die deutsche Arbeiterklasse schließlich auch damit fertig werden kann, bezweifeln wir nicht; nur wieviel Opfer auf einem solchen Umweg liegenbleiben könnten, und wie weit er uns zurückwerfen würde, weiß keiner.

Von einigen Parteibeiräten und Parteiblättern wird ein außerordentlicher Parteitag gefordert, um diesen ganzen Fragentempel zu besprechen. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde dieser außerordentliche Parteitag zu dem Schluß kommen, daß er der neugewählten Fraktion der 152 ihre Verantwortung nicht abnehmen kann. Dies um so weniger, als der Zeitpunkt, zu dem die Verhandlungen soweit sein werden, daß ein entscheidendes Ja oder Nein gesprochen werden kann, sich im voraus gar nicht absehen läßt. Die Fraktion wird also dieses Ja oder Nein zu sprechen haben, und auch bei dieser Entscheidung wird nichts anderes bestimmend sein, als der Wunsch, den arbeitenden Massen mit allen Kräften zu dienen.

Das Zentrum berät.

Die Sitzung des Zentrumsparteivorstandes beschäftigte sich gestern abend mehr mit inneren Parteifragen als mit der politischen Lage und der Koalitionsbildung. Man war der Meinung, daß die Entscheidung über die Regierungsbildung im Reich im wesentlichen der Reichstagsfraktion, in Preußen der preussischen Landtagsfraktion des Zentrums überlassen werden müsse. Die Beratungen werden heute gemeinsam mit den Fraktionsvorständen der Reichstags- und der preussischen Landtagsfraktion sowie mit den Reichs- und Landesparteisekretären fortgesetzt werden. Nach Abschluß der Beratungen ist ein parteioffizielles Communiqué zu erwarten.

Wolff köstet verliert Riga. Der deutsche Gesandte Genosse Dr. Köstler hat gestern dem Staatspräsidenten sein Abberufungsschreiben überreicht.

Hoffbefehl gegen Straßer. Der Oberstaatsanwalt in Mannheim hat gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Gregor Straßer einen Haftbefehl erlassen. Straßer war vor dem Mannheimer Schöffengericht wegen Beleidigung der Reichsfarben angeklagt, ohne jedoch zu erscheinen.

daß der Erfolg des Innenministers notwendig war, es läßt es auch als wünschenswert erscheinen, daß derartige Nachprüfungen an möglichst vielen Orten angestellt werden.

Osnabrück zählt 83 Wahllokale. Die sozialdemokratische Partei erzielte in 58 von diesen 83 Lokalen die höchste Stimmenzahl, darunter in 11 die absolute Majorität. Daneben konnte das Zentrum nur in 15, die Deutsche Volkspartei nur in 10 Lokalen die höchste Stimmenzahl auf sich ziehen. Die absolute Majorität erhielt von allen anderen Parteien nur noch das Zentrum in zwei Lokalen. Sozialdemokratische Wahllokalen konnten aber trotz sorgfältiger Nachforschungen nur in zwei, höchstens drei Wahllokalen festgestellt werden! Weiter ergab sich, daß in einem Teil der Wahllokale, darunter solchen, in denen der Sozialdemokrat die absolute Mehrheit zustel, unter dem Wahlvorstand nicht ein einziger Sozialdemokrat war. Die Ausrede, daß man den Wahlausfall nicht habe voraussehen können, verfährt nicht, da die Sozialdemokratie im Dezember 1924 14 079 Stimmen (gegen 15 522 Stimmen bei der jetzigen Wahl) hatte, so daß sie unter Zugrundelegung dieser Wahlen nach der amtlichen Anweisung Anspruch auf 27 der 83 Wahllokalen erheben dürfte.

Es heißt also auch in dieser Hinsicht: Augen auf! Vielleicht lassen sich auch andernorts noch dementsprechende Feststellungen machen. Sie werden für künftige Wahlen Fingerzeige geben.

Ostar Ged's Beisetzung.

Mannheim, 31. Mai. (Eigenbericht.)

Der am Pfingstmontag an den Folgen einer Gallensteinoperation verstarbene sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ostar Ged wurde am Donnerstagmorgen unter großer Anteilnahme weiter Bevölkerungskreise zur letzten Ruhe bestattet. Für den Parteivorstand sprach Hermann Müller am Sarge des Verstorbenen die letzten Abschiedsworte; außerdem widmeten ihm der Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, Vertreter des badischen Landesvorstandes, des Ortsvereins sowie der Gewerkschaften herzliche Worte des Gedenkens. Auch das Reichsbanner beteiligte sich an der Trauerfeier auf der Freitreppe des Krematoriums. Der Sarg war in rotes Fahnen Tuch eingeschlagen und mit roten Kränzen und Blumen bedeckt.

Die estländische Regierung erklärt sich bereit — in einer Note an den deutschen Botschafter —, mit den enteigneten Großgrundbesitzern über ihre Entschädigung zu verhandeln.

Ungarische Reform. Das neue ungarische Militärstrafgesetz wird als große Reform des seit — Maria Theresia bestehenden jetzigen Rechts ausgegeben: statt auf Hinrichtung kann bei Fahnenflucht im Kriege auf — Sio d'prügel erkannt werden.

Stahlhelm im Parlament.

Seldes Mannen im Reichstag und Landtag.

Nach einer Zusammenstellung des Stahlhelm sind folgende seiner Mitglieder in den Reichstag gewählt worden:

Deutschnationale: Graf zu Eulenburg, Freyer, Berndt, Stubbenborg, Minister v. Keubell, v. Traill, Schlange, Jandrea, Wolf, Schmidt-Stettin, Rieseberg, Hemmer, Leopold, Graf, Dr. Oberlehren, Schmidt-Hannover, Dr. Bienbed, Treviranus, v. Vindener, Ballroff, Dr. v. Drögander, v. Lettow-Vorbeck, Dr. Bang, Hartmann, Dr. Hanemann, Dr. Coerling, v. Goldacker, Hofschlocher.

Sächsisches Landvolk: Dr. Philipp.

Christlich-nationale Bauernpartei: Hepp, Doebrich, Hänle, Dr. Wendhausen.

Deutsche Volkspartei: Dr. Scholz, Dr. Kulenkampff, Dr. Albrecht, Cramm, Hues, v. Giffa, Dr. Moldenhauer, Dr. Wunderlich, Brüninghaus.

Dem Preussischen Landtag gehören folgende Stahlhelmer an:

Deutschnationale: Krusch, Müller-Königsberg, v. Plehwe, Dr. Kaufmann, Koch, Brund, Steinhoff, v. Gersdorff, Koennike, Klein, Gauger, Günther, v. Rohr, Dr. Semmler, Bende, Schäfer, Straube, Frißche, Heden, Milberg, Logemann, Lange-Windhof, Martin, Schwedt, Dr. Weisemann, Janssen, Hein, Baskem, Meyer-Hermendorf, Bort.

Baltisch-Nationaler Block: Gieseler.

Deutsche Volkspartei: Graf Kanig, Dr. Schifftan, Heidenreich, Helmers, Wurm, Krämer, Dr. Wigand, Dr. Heinemann, Schröder-Krefeld.

Das sind im ganzen 42 Reichstags- und 40 Landtags-abgeordnete.

Westarp will Wahlpleite heilen.

Notstandsaktion für Schlesien, nachdem die Korruptions-taler nichts gefruchtet.

Auch in Schlesien waren die Reichstagswahlen für Deutschnationale und Reichslandbund eine große Pleite — trotz der vielen runden Taler, die die Großgrundbesitzer zur Beeinflussung der Wahlen dort haben springen lassen. Die Deutschnationalen haben es deshalb nötig, schon jetzt für den nächsten Reichstag, nachdem der neugewählte noch nicht zusammengetreten ist, gute Stimmung zu machen.

Graf Westarp, der geschlagene Held vom 20. Mai, hat an den Reichsfinanzminister Dr. Köhler — nicht an seinen Parteifreund Schiele, die Trauben hängen dem zu hoch — ein Schreiben gerichtet, in welchem für die von den Pfingstunruhen betroffenen schlesischen Gegenden weitestgehende und sofortige Hilfsmassnahmen gefordert werden. Auch von dem landwirtschafts-, feindlichen Preußen wird jede nur mögliche Hilfe verlangt.

Wir glauben, daß sich Herr Westarp seinen politisch-demagogischen Schritt hätte sparen dürfen. Das „sozialistische“ Preußen hat nie einer Mahnung der Deutschnationalen bedurft, wo es der Landwirtschaft wirklich zu helfen galt. Wohl aber das Reich, in dem Westarps Parteifreund Schiele als Landwirtschaftsminister fungierte.

Was für Preußen gilt, gilt noch mehr für die Sozialdemokratie. Hilfe zu bringen, wo durch Noturgewalten große Notstände eintreten, ist für die Sozialdemokratie selbstverständlich. Sie will aber auch Berechtigte bei solcher Hilfe, nicht aber, wie es meist in den großgrundbesitzigen Gegenden geschah, eine glatte unkontrollierte Subvention der Großbesitzer, während die Kleinen betrogen werden.

Westarp und sein Reichslandbund werden sich die Finger verbrennen, wenn sie auch im neuen Reichstag wieder ihre Partistuppe hoch wölben. Dazu ist wirkliche Not der Bauern, denen kein Großgrundbesitzer helfen kann und will, zu gut.

Kriegsschäden als Geschäft.

Banken planen Ankauf der Geschädigtenforderungen.

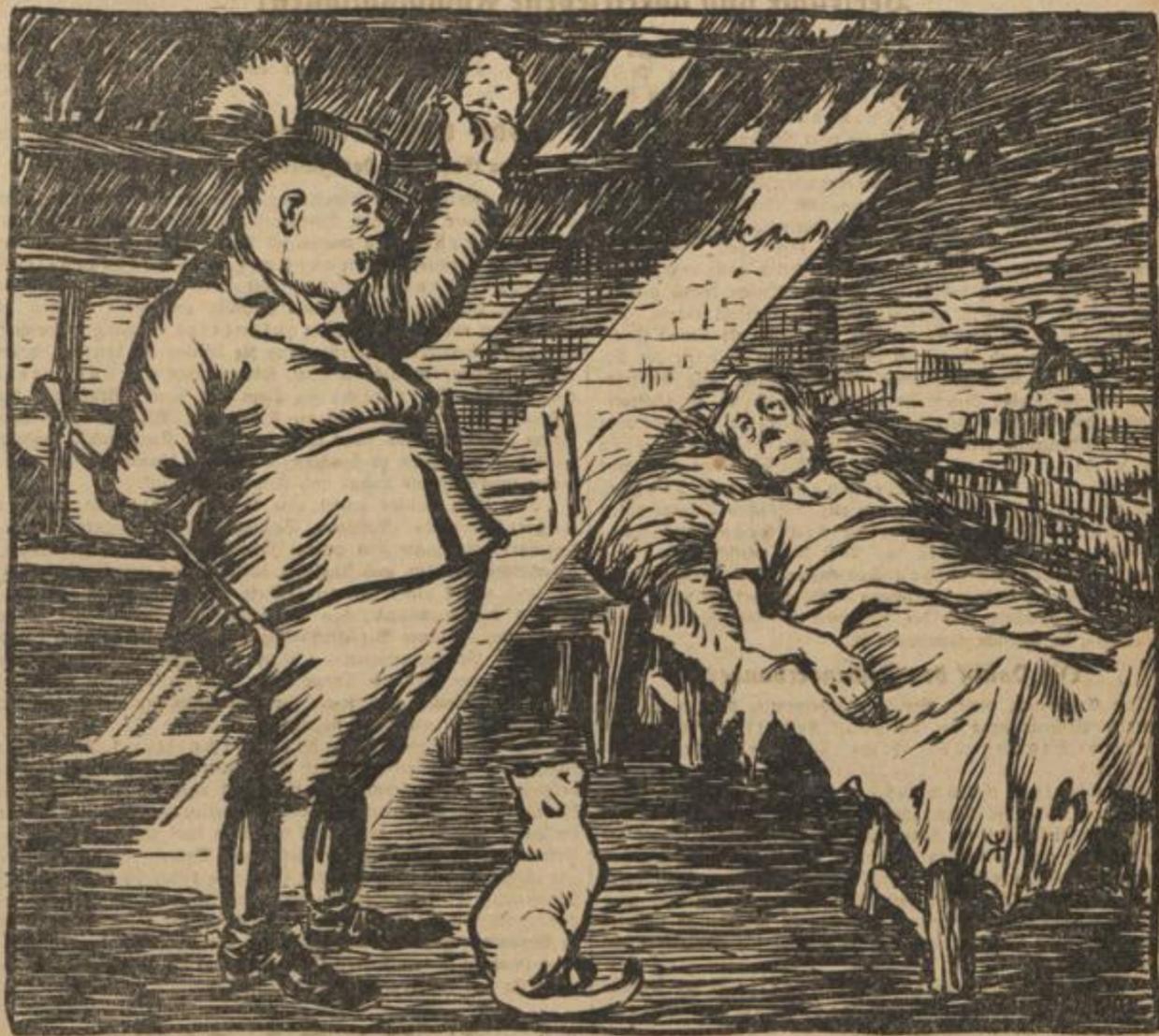
Schon vor zwei Monaten ist das Kriegsschäden-Gesetz im Reichstage angenommen worden, aber die Mobilisierung der Geschädigtenforderungen, die im Interesse der Geschädigten so schnell wie möglich durchzuführen wäre, ist bisher noch nicht vom Fleck gekommen. Weder wissen die Banken der gänzlich verarmten Kleingeschädigten, wann sie auf die Vorauszahlung ihrer Forderungen rechnen können, noch ist in der Frage der Mobilisierung der Forderungen, die in das Reichsschuldbuch eingetragen werden, irgendein Fortschritt erzielt worden. Mehr als das Reichsschuldenamt scheinen sich private Finanzkreise für die Lösung dieses Problems zu interessieren. So ist jetzt von Großbanken an die Verbände der Geschädigten ein Angebot eingereicht worden, das zur Mobilisierung der Geschädigtenforderungen folgende Vorschläge enthält:

Alle Geschädigten, die nicht durch Vorzahlung abgefunden werden, sollen in einer deutschen Körperschaft zusammengefaßt werden, die ihnen ihre Schuldbuchforderungen kauft oder abkauft. Ferner wird eine amerikanische Leutzgesellschaft gegründet, die gegen Abtretung der Schuldbuchforderungen die nötigen Mittel zur Verfügung stellt. Die amerikanische Gesellschaft selbst würde sich durch Ausgabe von Obligationen finanzieren.

Das Angebot der Banken hält die Finanzierung durch Kauf der Schuldbuchforderungen für leichter durchführbar als auf dem Wege der Befreiung. Durch den Kauf werden die Forderungen der Geschädigten gegen einen festen Preis an die amerikanische Gesellschaft endgültig abgetreten, wobei vier Fünftel des festgesetzten Preises in bar, ein Fünftel in Aktien ausbezahlt werden. Bei einer Befreiung des Uebnahmepreises für die Schuldbuchforderungen auf nur 85 Proz. des Gegenwertes würden neben einer Dividende für die Aktien noch Mittel zur Verfügung bleiben, die zur Schaffung eines weiteren Wertpapiers für die Geschädigten Verwendung finden könnten. Würde aber aus Zweckmäßigkeitsgründen von der Schaffung dieses weiteren Wertpapiers, das ein Gewinnschein oder ein Zertifikat sein könnte, abgesehen werden, so wäre mit einer Gesamtauszahlung an die Geschädigten in Höhe von 90 Proz. des Gegenwertes der Schuldbuchforderungen zu rechnen. Das Ergebnis kommt zu dem Schluß, daß den Geschädigten damit mehr gebietet sei als mit der Ausgabe von Gewinnscheinen oder Zertifikaten.

Ohne zu den noch nicht durchsichtigen Einzelheiten dieses Bankenvorschlags Stellung zu nehmen, muß doch jetzt schon grundsätzlich gesagt werden, daß die Einsetzung von Zwischeninstanzen im Interesse der Geschädigten durchaus unerwünscht ist. Diese Zwischeninstanzen arbeiten natürlich nicht umsonst und beanspruchen Zwischengewinne auf Kosten der Geschädigten. Dem Reichsschuldenamt und dem Reichsfinanzministerium aber sei gesagt, daß es nicht sehr für ihre Tätigkeit spricht, wenn private Finanzkreise bereits mit fertigen Vorschlägen an die Öffentlichkeit herantreten können, die Behörden dagegen bisher noch keine Vorschläge für die Lösung dieses Problems machen konnten.

Haltet fest...



„Nur nicht verzagen, liebe Frau! Der liebe Gott vergift keinen braven Deutschen...“
„Ja ja, ich bitte ihn schon jeden Tag, daß er mir endlich mal das Beschwerdebuch schickt!“

Der Sturm in Südflawien.

Fortdauernde Kundgebungen und Tumult im Parlament.

Zu den Vorgängen in Südflawien ist festzustellen, daß zuerst italienische Faschisten in Zara, der zu Italien gehörigen ehemaligen Hauptstadt Dalmatiens, das südflawische Konsulat gestürmt und den Konsul Simitsch so zugerichtet haben, daß er ins Krankenhaus mußte. Daraufhin kam es zu den Ausschreitungen gegen Italiener in südflawischen Städten und zu den erregten Kundgebungen gegen die Ratifizierung der Letimo-Verträge mit Italien, da jetzt eben die Regierung diese Ratifizierung beantragt hat. Das hatten auch schon frühere Regierungen in den drei Jahren seit jenen Vertragsabschlüssen getan, das Parlament hatte jedoch die Ratifizierung immer verzögert.

Wie schon gemeldet, ist die südflawische Polizei gegen die Kundgebungen sehr scharf vorgegangen, und Demonstranten sogar getötet. Dies findet nun im Parlament, der Belgrader Skupština, ein stürmisches Echo. Wir erhalten darüber folgende Meldung:

Belgrad, 21. Mai. (Eigenbericht.)

Die italienfeindlichen Kundgebungen in Belgrad dauern fort; dabei sind bisher drei Personen getötet und etwa 60 verletzt worden. Auch im südflawischen Susak, der Nachbarstadt des italienischen Trieste, waren am Donnerstag neue Demonstrationen gegen Italien. Außenminister Marinowitsch erklärte Donnerstag in der Skupština, die Regierung habe bei der Unterbreitung der Letimo-Verträge zur Genehmigung durch das Parlament nur die Erlangung einer Anleihe in London im Auge gehabt und keineswegs unter italienischem Druck gehandelt. Das Parlament solle in keiner Weise beeinflusst werden. Wegen des scharfen Vorgehens der Polizei gegen die Demonstrationen hatte die Opposition einen Anklageantrag gegen den früheren Justizminister eingebracht. Als der Schriftführer die Verteidigungsjahres Subsidios zu verlassen begann, protestierten die Abgeordneten des bürgerlich-demokratischen Blocks. Stürmische Rufe wie „Blutige Regierung“ und „Mörder“ erklangen; einmütig verlangte die Opposition den Rücktritt der Regierung. Als Innenminister Karaschew sprechen wollte, setzte ohrenbetäubendes Buldoreskonzert ein, bei dem viele Deckel in Stücke gingen. Der Lärm wurde begleitet von dem immer aufs neue wiederholten Rufen der Opposition, daß sie jede Beratung unmöglich machen werde, solange die gegenwärtige „Blutbedeckte“ Regierung im Amt sei.

Die Belgrader Polizeiprästatur hat über die Unruhen in der letzten Nacht ein Komunique ausgegeben, in dem u. a. die Behauptung zurückgewiesen wird, daß Polizei und Gendarmerie die Menge provoziert hätten und betont wird, daß an den Demonstrationen sich weniger Studenten als kommunistische Arbeiter beteiligt hätten; die berittene Gendarmerie sei erst in Aktion getreten, als sich zeigte, daß es der Feuerwehr nicht gelingen werde, durch Spritzen die Demonstranten zu zerstreuen. Die ersten und die meisten Schüsse sollen die Demonstranten abgegeben haben, und die Gendarmerie ihrer Befehle gemäß von der Schußwaffe erst im Augenblick der Not Gebrauch gemacht haben. Die Zahl der Verhaftungen wird von der Polizei mit 65 angegeben, darunter 12 Studenten, die bereits wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, und 43 Kommunisten. Der im Café „Russischer Jar“ angerichtete Schaden wird auf 200.000 Dinar geschätzt. Während des Kampfes wurden 9 Gendarmen und 16 Demonstranten, da-

runter 2 schwer, und außerdem mehrere Geheimpolizisten verwundet.

Im Gegensatz zu der Darstellung der Polizei

wird in Belgrader Blättern behauptet, daß im Besitz der Demonstranten kaum einige Revolver waren, und daß aus der Menge nur wenige von den rund 50 Schüssen abgebehen worden seien. Die Zahl der Verwundeten habe bisher nicht genau ermittelt werden können, da nur 2 Verletzte ins Krankenhaus eingeliefert worden seien, während sich offenbar viele leichter Verwundete nach Haus begeben hätten. Diese Berichte sprechen davon, daß sich in den Reihen der Demonstranten zahlreiche unverantwortliche Elemente befunden hätten, denen es weniger um Teilnahme an einem Protest gegen Italien als um eine Demonstration gegen die Staatsgewalt und die Polizei zu tun gewesen wäre.

Vertagung des Parlamentes.

Belgrad, 21. Mai.

Die heutige Sitzung der Skupština wurde unter andauerndem Lärm geschlossen. Einige Minuten nach Sitzungsschluß teilte Präsident Peritsch mit, daß die Sitzungen der Skupština bis zum 18. Juni vertagt würden.

Die offiziöse „Branka“ veröffentlicht einen Appell an die Demonstranten, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Nation ihre Stimmung bereits gezeigt hat, und daß weitere Demonstrationen einen Charakter anzunehmen beginnen, der nur dem Feinde zur Freude gereichen würde. Es sei daher an der Zeit, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Das Blatt fordert die Bürgerschaft und die Jugend auf, sich weiterer Demonstrationen zu enthalten.

Italienische Bankherrschaft in Südflawien.

Belgrad, 21. Mai.

Während die Opposition gegen den Außenminister Marinowitsch in der Skupština Sturm fäht und die Studenten Barrikaden errichten, wird bekannt, daß auf Grund von Verhandlungen der Berliner Finanzgruppe Michael mit der Banca Commerciale Italiana in Mailand sämtliche Aktien der „Hrvatska Banka“ (Kroatische Bank) in Ugram in den Besitz der Mailänder Bank übergegangen sind. Damit hat sich die führende italienische Bank in Südflawien festgesetzt. Sie braucht keine Genehmigung der Regierung, um eigene Filialen in Südflawien zu errichten, da sie jetzt eine südflawische Bank besitzt. Es ist kaum anzunehmen, daß die südflawische Regierung vom Hebergang der Aktien der Hrvatska Bank an die Banca Commerciale Italiana gar nichts gewußt hat. Ob sie von ihm besonders enttäuscht war, steht freilich auf einem anderen Blatte.

Militärskandal in Mexiko.

Der Generalstabschef der mexikanischen Armee, Alvarez, ist auf persönliche Anweisung des Präsidenten Calles seines Amtes enthoben und unter Anklage gestellt worden. Die Behörden haben bedeutende Schmutzgeleien aufgedeckt, wobei der Name und die Autorität des Präsidenten widerrechtlich zur Täuschung der Behörden benutzt worden sind.

Staatszechen und Zechenverband.

Verfrühte und übertriebene Kombinationen?

Zu den Pressenachrichten über beabsichtigte Einschränkungen im wesentlichen Staatsbergbau teilt der Amtliche Preussische Pressebericht mit, daß allerdings auch die Bergwerksaktiengesellschaft Redinghausen Belegschaftsverminderungen wird ein-treten lassen müssen, falls die vom Kohlenyndikat in Aus-sicht genommenen Abfahrtsbeschränkungen zur Wirklichkeit werden. Ueber das Maß der vorzunehmenden Fördereinschränkungen wird der Aufsichtsrat sich erst demnächst schlüssig werden. Alle Kombinationen über die Zahl der etwa notwendig werdenden Be-legschaftsverminderung sind verfrüht; die Ziffer von 2000 Mann, die gelegentlich genannt wurde, ist voraussichtlich ganz erheblich zu hoch gegriffen. Freilich würde der Belegschaft nicht damit gedient, wenn jetzt ein Uebermaß von Feierschichten eingelegt würde. Der Aufsichtsrat steht auf dem Standpunkt, daß mehr als zwei Feierschichten je Mann und Monat im sozialpolitischen Interesse der Be-legschaft nicht in Kauf genommen werden können. Die Betriebs-vertretung hat bisher diesen Standpunkt geübt. Es ist selbstver-ständlich, daß bei den Beratungen die sozialen Gesichtspunkte in den Vordergrund treten werden. Der Aufsichtsrat wird sich nicht etwa, wie in einzelnen Pressestimmen befürchtet wurde, dem „Diktat“ des Zechenverbandes beugen. Vielmehr wird er sich lediglich an den wirtschaftlichen Erfordernissen orientieren und keinesfalls eine Einschränkung vor-nehmen, die im geringsten das Maß des wirtschaftlich ganz unbedingt Notwendigen überschreitet. Im übrigen ist es irrig, daß eine Aufsichtsratsbesetzung in Gegenwart der preussischen Minister des Handels und der Finanzen stattgefunden hat oder gegenwärtig in Aussicht genommen ist.

Die Politik des Zechenverbandes.

Zur Ergänzung dieses Beruhigungsdementis, das im wesent-lichen die Befürchtungen der Belegschaft bestätigt, ist der Be-zicht einer Tagung des Zechenverbandes recht auf-sichtlich.

Ein Assessor v. Löwenstein erstattete da einen Bericht, wonach von 1924 bis 1928 achtmal Lohnerhöhungen eingetreten seien und in dieser Zeit 60 Zechen zum Erliegen kamen; womit der Herr Assessor wohl andeuten will, daß die Lohnforderungen der Bergarbeiter die Zechenbesitzer veranlaßt haben, Zechen stillzulegen. Er wagt freilich nicht, direkt diese Behauptung aufzustellen, aber die Zusammenstellung der beiden Tatsachen ist bezeichnend und im übrigen für ganz Dumme berechnet. Also nicht für Mitglieder des Zechenverbandes.

Nach der Erhöhung der Kohlenpreise ist der Assessor auch befragt über die angekündigte Erhöhung der Eisen-bahntarife. Dann heißt es weiter:

„Bei dem Kampf gegen die englische Kohle wurde betont, daß die Ruhrkohle aus eigener Kraft weiteren Kampf nicht mehr be-fehren könne...“

Auf den weiteren Inhalt des reichlich konfusen Referats ein-zugehen, erübrigt sich. Es ist jedenfalls bezeichnend für diese „Wirt-schaftsführer“, daß sie erst die Kohlenpreise erhöhen und dann er-läutern, daß infolge der verteuerten Kohle der Konkurrenzkampf im Ausland nicht ausgehalten werden könne.

Schiedspruch für Aachener Bergbau verbindlich.

Für den Aachener Steinkohlenbergbau ist der vor kurzem gefällte Schiedspruch, der eine Erhöhung der Löhne für die Untertagearbeiter um 7 Proz. und für die Ubertagearbeiter um

5 Proz. vorsieht, von Amtswegen für verbindlich erklärt worden. Der Schiedspruch war von beiden Parteien abgelehnt worden.

Lohn und Arbeitszeit im Bergbau.

Eine Erhebung des Internationalen Arbeitsamtes.

Das Internationale Arbeitsamt hat soeben die Ergebnisse seiner Erhebung über Lohn und Arbeitszeit im Kohlenbergbau veröffent-licht. Die Erhebung wurde im April 1925 von der 7. Inter-nationales Arbeitskonferenz auf Antrag der Bergarbeiter-Internationale beschlossen. Die Arbeit des I.A.A. ist gerade jetzt, wo die Bergarbeiter-Internationale auf ihrer Tagung in Rimes von neuem zur Weltöffentlichkeit Stellung genommen hat, von besonderem Interesse; denn die Lösung des internationalen Kohlenproblems ist nicht möglich, solange nicht genaue inter-nationale Vergleiche im Lohn und in der Arbeitszeit der Bergarbeiter vorliegen. Erst die Arbeit des I.A.A. hat solche Ver-gleiche ermöglicht, und zwar nicht nur in der Kohlenfrage, sondern — das ist besonders zu beachten — darüber hinaus für die allge-meine internationale Lohn- und Arbeitszeitstatistik.

Das I.A.A. mußte zuerst eine Vereinheitlichung der Lohn-elemente (Geldlohn, Sachlohn, Zulagen, Versicherungs-beiträge) vornehmen und genaue Grundlagen für die Arbeitszeit-berechnung (für Ein- und Ausfahrt, für den Weg zum Stollenmund-loch und zurück usw.) festlegen. Diese Methoden waren zur Fest-stellung der durchschnittlichen Verdienste der Bergarbeiter, ihres Reallohnes — unter Berücksichtigung der Lebenskosten in den ver-schiedenen Bergbaugebieten —, ihres Durchschnittslohnes für jede geförderte oder verkaufte Tonne Kohle, ihrer tatsächlichen Anwesen-heitszeit im Stollen usw. sowie zur Herstellung der Vergleichbarkeit all dieser Dinge unbedingt notwendig.

Das Werk gliedert sich in drei Abschnitte: 1. Die Art der Aufstellung von Statistiken über Arbeitszeit und Löhne im Kohlen-bergbau, 2. Die Ergebnisse der Erhebung über die Arbeitszeit und die Löhne im Kohlenbergbau der wichtigsten europäischen Länder im Jahre 1925. Der dritte Teil bringt in fünf Anhängen folgende Unterlagen: a) Berechnungsmethoden und Begrenzung der Arbeits-zeit in den europäischen Ländern im Jahre 1925; b) Methoden der Lohnstatistik im Kohlenbergbau der europäischen Staaten; c) Berech-nungsmethoden zur Ermittlung der Kaufkraft der Durchschnittslohne; d) Veränderungen der Arbeitszeit und der Löhne in den europä-ischen Ländern in den Jahren 1925—1927; e) die Arbeitszeit und die Löhne in den außereuropäischen Ländern.

Streik bei „Muster-Schmidt“.

Appell an die Solidarität der graphischen Arbeiter.

Die Belegschaft der Firma „Muster-Schmidt, Berliner Muster-kartenfabrik“, Berlin S 42, Wallertorstr. 46—47, hat am Freitag, dem 25. Mai, die Arbeit geschlossen niedergelegt. Der Grund zu dieser Maßnahme ist in dem provokativen und despotischen Ver-halten des noch reichlich jungen Betriebsleiters Hut zu suchen. Dieser Mann, der ohne Sachkenntnis den Betrieb leiten will, gibt fortgesetzt neue Anordnungen, wodurch ernsthafte Zusammen-stöße zwischen Belegschaft und ihm entstehen, setzt Termine, die tech-nisch unmöglich einzuhalten sind, um hinterher alles mögliche dafür verantwortlich zu machen. Da er auch glaubt, die gesetzlich und tarif-

lich garantierten Rechte nicht beachten zu müssen, hat das Arbeits-gericht sich fortlaufend mit der Firma „Muster-Schmidt“ zu be-schäftigt. So zum Beispiel zahlte sie in der Buchbindereibteilung keine Tariflöhne, droht Lehrlingen mit schlechten Zeugnissen, wenn sie nicht Akkord arbeiten, entläßt Mitglieder des Betriebsrats ohne sichtbaren Grund usw.

Am Freitag hatte H. einfach eine Urlaubssperre, die bis zum 15. Juli gehen sollte, verhängt. Als aus diesem Grunde mittags der Betriebsrat eine Versammlung abhalten wollte, verbot H. diese kurzerhand. Sie fand aber doch statt, und es wurde in dieser einstimmig beschlossen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis die geforderten und tariflichen Forderungen restlos bewilligt sind. Darauf entließ Hut fristlos die Belegschaft und erklärte, er würde weder mit dem Betriebsrat noch mit den Organisationen verhandeln. Die drei graphischen Organisationen, Buchdrucker-, Buchbinder- und Hilfsarbeiterverband, billigten das Vorgehen der Belegschaft und sperrten die Nachweise.

Die Belegschaft richtet daher an alle graphischen Kollegen und Kolleginnen die Aufforderung, Solidarität zu üben, die Arbeitsangebote Muster-Schmidts unbeachtet zu lassen und die Ausführung von Arbeiten zu verweigern, die Muster-Schmidt in anderen Betrieben vornehmen lassen will.

In der Thüringischen Schieferindustrie ist der Streit in vollem Gange. Im Thüringischen Oberland stehen 90 Proz. und im Unter-land 80 Proz. der Belegschaft in der Streikbewegung.

Im Tarifstreit der Ruhrbergbauangestellten finden heute im Reichsarbeitsministerium Schlichtungsverhandlungen über Lohn und Arbeitszeit statt.

SPD-Metallarbeiter!

Am Freitag, 1. Juni, 19 Uhr, Fraktionsversammlung in den Muffenrücken. 1. Vortrag. 2. Wichtige Verbandsangelegenheiten. Partei- und Gewerkschafts-buch legitimieren. Der Fraktionsvorstand.

Abt. General Malow! Heute 16 Uhr bei Mutter, Eldhorn-str. 94, wichtige Besprechung aller SPD-Arbeiter und -Angestellten. Der Fraktionsvorstand.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Freitag, 19 Uhr, tagen die Gruppen: Hermannplatz; Gruppen-beim Jugendheim Sanderstr. 11, Ecke Hohenstraße; Heimbesprechung, Gesellschaftsbüro. Nur mit Verbandsbuch und Heimanweisung Zutritt. — Zepplingplatz: Gruppenheim Jugendheim des Bergmanns-Wedding, Turiner-Edel-Gesellschaft, Eingang Turiner Straße, Heimbesprechung. Wir üben neue Kampf- und Wandertage. — Wedding: Gruppenheim Stadtbad Wedding, Gesellschaftsbüro, Heimbesprechung. Wiederabend, Verbandsbücher und Heimanweisungen mitbringen. — Nordring: Gruppenheim Jugendheim Holzhaus auf dem Sportplatz Canticumstraße, an der Schönehauser Allee, Heimbesprechung, Verbandsbuchkontrolle. — Ruhleplatz: Wiederabend ab 18 Uhr; Weihenstephan am Heulen See, Platz 3, Buchhalter, Südboten und Schwestern: Sportplatz am Urban. — Sobowien ab 18 Uhr: Dätze: Im Städtischen Klubhaus Dätzeberg (Rillingenberg), Rüdenauer Chaussee.

Verantwortlich für Politik: Dr. Kurt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: G. Steiner; Revolution: K. A. Töcher; Soziale und Sportfragen: Fritz Korb; Fremdsprachen: H. Gluck; Gesundheit in Berlin: Berlin: Formaria-Berlin G. m. b. H., Berlin, Brand: Hermann-Waldenstraße und Verbandsamt Paul Siner u. Co., Berlin SW 68, Hindenburgstr. 2, Stern 3 Bellagen, „Stadtbeilage“ und „Unterhaltung und W. W.“.

Was ist Togonal?

Togonal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel gegen **Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven und Kopf-schmerz, Erkältungskrankheiten!** Schädigen Sie sich nicht durch minderwertige Mittel! Ueber 5000 Ärzte anerkennen die hervorragende Wirkung des Togonal. Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Preis Mk. 1.40, 0,46 Chin. 12,6 Lith. 7,3 Acid. acet. sal. ad 100 Amyl.

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz
Preise nur Freitag und Sonnabend, soweit Vorrat.
Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Boo-Lin

Zitronen-Gärungsgetränk

Verkauft Drogen-Abteilung
Anschauen
In den Erlösungsrahmen

Gaskocher 9 50 13 50 3 Loch 19 50
schwarz, 2 Loch

Gasherd weiß email, mit brauner Platte u. Abstellrost, Beafoten 3 Loch . . 79 M
Teilzahlung für Gasabnehmer der Berl. Städt. Gaswerke

Spargel Pfund 24 Pf. 55 Pf. 95 Pf.

Rhabarber u. Spinat 20 Pf.
Salat hiesiger 3 Kopt 20 Pf.
Radieschen 6 Bund 10 Pf.
Grüne Gurken St. v. 28 Pf. an
Grüne Bohnen Pfund 40 Pf.
Jung. Kohlrabi Mandel 55 Pf.
Neue Kartoffeln 5 Pf. 42 Pf.
Algier-Tomaten Pf. 48 Pf.
Zitronen Duzend 58 Pf.
Aepfel austral. Pf. 55, 65 Pf.
Bananen . . . Pfund 58 Pf.
Ananas Pfund von 1.05 an

Bruch-Reis Pfund 18 Pf.

Burma-Reis . . Pfund 22 Pf.
Bassin-Reis . . Pfund 24 Pf.
Italienisch. Reis Pf. 27 Pf.
Patna-Reis . . Pfund 28 Pf.
Amerik. Reis . . Pfund 30 Pf.
Java-Reis . . Pfund 38 Pf.
Weizengrieß . . Pfund 25 Pf.
Hartgrieß . . . Pfund 27 Pf.
Eier-Schnitt-Nudeln 42 Pf.
Eier-Faden-Nudeln 42 Pf.
Makkaroni . . . Pfund 42 Pf.
Eier-Schleichen Muscheln, Körbchen, Pfund 60 Pf.

Camembert (Alpenstern) vollfett, große Schachtel mit 6 Portionen 48 Pf.

Tilsiter vollfett, in Sten-niol Pfund 72 Pf.
Edamer halbfett, Pfund 72 Pf.
Holländer halbfett, Pf. 72 Pf.
Steinbuscher 1/2 fett, Pfund 75 Pf.
Steinbuscher I vollfett Pfund 95 Pf.
Tilsiter vollfett, Pf. 95 Pf. 1.15
Allgäuer Stangen vollfett, Pfund 75 Pf.
Schweizer alpenstern, 85 Pf.
Schweizer bayrischer, vollfett, Pfund 1.55
Margarine Pfund 52, 58 Pf.
Tafelbutter Pfund 1.90
Dänische Butter Pfund 1.94

Konserven

Br.- u. Schnittbohne I 75 Pf.
Spinat, Rotkohl . . 48 Pf.
Junge Erbsen . . . 76 Pf.
Kaiserschoten . . . 1.57
Leipziger Allerlei 82 Pf.
Gemischt. Gemüse mit Karotten 1.12
Gemischt. Gemüse klein 1.50
Erbsen mit Karotten 50 Pf.
Spargelköpfe grün, dünn 2 M
Riesenbruchspargel 2.85
Pflaumen m. Stein 40 Pf. 65 Pf.
Apfelsin 1/2 Dose 35 Pf. 60 Pf.
Mirabellen 1/4 D. 65 Pf. 1.20
Ananas Hawaii, 2 Scheib 1.05
Oelsardinen 36, 45, 78 Pf.
Oelsardinen französische 1.20
Tafelöl 62 Pf. 95 Pf. 1.50
Olivenöl 1/2 kg 1.60 1/4 kg 3.20

Fische

Hornale . . . Pfund 10 Pf.
Schellfische . . Pfund 18 Pf.
Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische Pfund 28 Pf.
Makrelen . . . Pfund 30 Pf.
Fischlilet . . . Pfund 34 Pf.
Frische Bleie Pfund 25 Pf.
Lebende Aale Pf. 1.05 an

Frisches Fleisch

Kalbskamm u. Brust Pf. 85 Pf.
Kalbsnierebraten Pf. 90 Pf.
Schweinebauch m. Beilage Pfund 84 Pf.
Schweinekamm Pfund 95 Pf.
Querrippe . . . Pfund 76 Pf.
Rinderkamm u. Brust Pf. 85 Pf.
Schmorfleisch u. Roastbeef m. Knochen 1 M
Lieser 65 Gehacktes Pf. 70 Pf.
Dickes Rückenfilet Pfund 75 Pf.
Gulasch . . . Pfund 90 Pf.
Kabler, Speer u. Kamm 1.15
Rindnerentail ausge-lassen 50 Pf.
Prima Gefrierfleisch
Rinderkamm u. Brust Pf. 65 Pf.
Kammelvorderfleisch Pf. 82 Pf.
Kuhener 20 Pf. Herzen 45 Pf.

Geflügel

Waldhühner feinstes, Pfund 1.05 an
Suppenhähne irisch geschlachtet, Pfund 1.10 an
Suppenhühner irisch geschlachtet, Pfund 1.25 an
Puten Pfund 1.15 an
Backhähnchen Junge Stück 1.50 an

Wurst

Schles. Rotwurst Pf. 65 Pf.
Speck fett 95 Pf. mag., Pf. 1.05
Dampf- u. Landleberw. 1.10
Mettwurst (Braunsch. Art) Pfund 1.15
Jagdw. u. Mortadella 1.25
Schinkenpolnische Pf. 1.40
Pökelfleisch gekocht, Pf. 1.40
Filetwurst . . . Pfund 1.45
Schinkenspeck in Pf. 1.60
Nußsinken ca. 2 Pf. Pfund 1.75
Zerveisel u. Salami holsteinische 1.70 hannov. 2.10
Geflügel, Rosenthaler Straße, Moritzplatz
Speckwurst Pfund 70 Pf.
Feine Leberwurst Pf. 1.35
Teewurst Pfund 1.50

Wein

Cyder süßvergorener Apfelwein 80 Pf.
Johannisbeer- (roh u. Stachelbeerwein) 90 Pf.
1927 Ebernburger Berg irischer, saftiger Pflauser 1.40
1925 St. Justin kleiner spanischer Burgunder . . . 1.60
1926 Erdener süßig, ansprechend
1924 Norheimer Kirschheck pikanter Nabewein
Roter Dessertwein kräft. Prälatticus- u. Krankenwein

1926 Randersackerer Berg kräftiger Frankenswein, im Boxbeutel } 1.80
1924 Chät. Clarke leichtfüßler, weißer Bordeaux }
1921 Piesporter Pichter Wachstum Haardt, schmackhafter Mosel } 2.10
1923 Gimmeldinger Ziegler Riesling Wachstum Deutsch, würziger Pfalzwein }
1921 Chät. La Laguna-Goupy saft. Bordeaux }
Orangeade 1/2 Flasche 1 M 1/4 Flasche 1.70

Erfrischungswaffeln Pf. 28 Pf.

Eisbonbon 18 35 Pf.
Milchkaramellen 25 45 Pf.
Crema-Schokolade (Apfelsinen- u. Himbeer-Geschmack) 45 Pf.
Vollmilch-Relief 1/4 Pf. 45 Pf.
Dessertbrezeln 38 75 Pf.
Sandgebäck Pf. 25 Pf. 95 Pf.
Schmelz-Relief 1/4 Pf. 40 Pf.

Fettbücklinge Pfund 44 u. 50 Pf.

Schellfische ger. Pfund 45 Pf.
Seelachs geräuch. Pfund 52 Pf.
Matjesheringe Stück 10 Pf.
Kontur-, 2-Pfund-Eimer
Pflaumen 1 M Aprikosen 1.10 Erdbeer 1.25, Ananas 1.45
Sprott-Bücklinge klein 58 Pf.
Spickaal Pfund von 2 M an

Gebr. Kaffee eigene Rösterei Konsum-Misch., Pf. 2.40

Haushalt-Misch. Pfund 2.60
Sonder-Misch. Pfund 3 M
Olympia-Misch. Pfund 3.40
Spezial-Mischung 20% Bohnenkaffee, Pfund 67 Pf. 40% Bohnenkaffee, Pfund 1.10
Globus-Misch. Pfund 3.80
Residenz-Misch. Pf. 4.20
Elite-Mischung Pfund 4.60

Wie der Zauber-Künstler arbeitet.



Geschwindigkeit ist keine Hysterie! Auf dieser banalen Wahrheit beruht der ganze Erfolg des Zauber-Künstlers. Diese Berufsgattung ist sehr auch, sobald sich ihre Angehörigen aus Deutschen zusammensetzen, darauf angewiesen, mit „Keinen Sachen“ aufzuwarten.

„Kleine Sachen“.

Die sogenannten „großen Nummern“, die in den Varietés durch ihre Ausstattung und das ganze Drum und Dran die Blicke von den Händen des Künstlers ablenken, sind daher für diesen oft die leichtesten. Doch die Handtricks, die auf Geschicklichkeit beruhen, stellen unbedingt den Höhepunkt und die Feinheit auf diesem Gebiete dar. Hier wird gearbeitet! Wieviel Kleinigkeiten gehören dazu, um einen Trick bühnenfähig und sensationell zu machen. Tricks, die man sieht und nie vergißt. Wenn der weltbekannte Illusionist Thörn im Variété, frei im Publikum stehend, einen Vogelkäfig mit lebenden Kanarienvögeln ohne Bedienung verschwinden läßt, oder aus einer Taube plötzlich zwei wurden, das sind Eindrücke, die dem Zuschauer unvergänglich bleiben.

Ein origineller Trick ist auch die Wanderung eines Wasserglases durch einen Tisch mit massiver Holzplatte (siehe Abbildung). Der Künstler zeigt ein einfaches Wasserglas vor, ergreift einen Bogen Zeitungspapier und rollt das Glas in diesen ein, so daß die Öffnung des Glases unbedeckt ist, die überstehende Länge des Bogens knickt er fest zusammen. So stellt er das Glas eingewickelt auf den Tisch. Er läßt nun einen Zuschauer durch Niederlegen eines Geldstückes oder Ringes die Stelle des Tisches bestimmen, an der das Glas durch den Tisch wandern soll. Das Glas wird nun, eingewickelt wie es ist, über das Geldstück gestellt. Im nächsten Augenblick schlägt der Künstler mit der rechten Hand auf das eben eingewickelte Glas und holt es mit der linken Hand unter dem Tisch unversehrt hervor. Allgemeines Erstaunen! Der Tisch hat ein Loch? Nein! Auf der beigefügten Abbildung ist das Geheimnis zu erkennen. Der Künstler zieht mit drei Fingern der linken Hand schnell das Glas aus der Papierumwicklung in dem Augenblick heraus, wenn der Zuschauer die Stelle auf dem Tisch bestimmt, und hält es links gedeckelt. Er schlägt dann nur die Papierhülle auf dem Tisch zusammen und produziert dann das Glas unter dem Tisch hervor.

Einfach? — Bitte versuchen! Zu jeder Sache gehört Übung und Sachlichkeit. — Eine oberflächliche Vorführung nimmt stets jeden Erfolg.

Kartentricks.

Zu den schwierigsten Kartentricks gehört unbedingt auch die „Raufnotte“, die selbst die Drehtorte, „la carte tournée“, bei weitem überbietet. Ein großer Effekttrick, der vor allem dem Handkünstler eine gewisse Achtung vor seinem Können gibt. Hier arbeitet die ganze Hand, jeder Finger hat seine Arbeit. Im hellen Bühnenlicht erscheint die Tätigkeit der Zauberer oft mühselos, oft spielerisch

leicht, da man die Schwierigkeiten nicht kennt. Diese Mühen zu erwecken ist aber das Bestreben aller guten Künstler. Die Fingerfertigkeit zu erlangen, erfordert oft jahrelanges Training und äußersten Fleiß, hinzu kommen noch die Apparate, auch sie sind Spezialarbeit, und oft verschlingen sie große Summen, ehe sie zur vollsten Zufriedenheit funktionieren. Zeigt nun ein Zauber-Künstler dem Publikum seine Kunst, so nennt er diese Vorführungen „seine Arbeit“. Dagegen kann ein Schauspieler sein Lustspiel nicht „Arbeit“ nennen, denn er spielt seine Rolle. Schon in diesen beiden Worten liegt der Unterschied zwischen dem Künstler des Varietés und des Theaters. Ein sorgenfreies Leben führt also ein Zauber-Künstler auch nicht — wie folgt doch Bescheid: „Wenn ich zaubern könnte, würde ich nicht auf der Bühne stehen.“

Straßenbahn gegen Brauereiwagen. Drei Todesopfer des Verkehrs.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einer Straßenbahn der Linie 68 und einem Brauereiwagen, bei dem drei Personen verletzt wurden, ereignete sich gestern nachmittags an der Ecke Große Frankfurter und Memeler Straße. Des Weiteren forderte der Straßenverkehr in verschiedenen Gegenden der Stadt in den Nachmittagsstunden allein wieder drei Todesopfer.

Der Zusammenstoß zwischen dem Straßenbahnwagen und dem Brauereiwagen erfolgte mit so großer Heftigkeit, daß der Vorderperon der Straßenbahn eingedrückt und fast sämtliche Scheiben zertrümmert wurden. Ein Fahrgast, der 48jährige Emil Heinrich aus der Rigaer Straße 12, der 48jährige Bierhändler Robert Heimann aus der Oderstraße 11 zu Reutbahn und der Straßenbahnfahrer Lange aus der Kormannenstr. 3, erlitten erhebliche Kopf- und Beinverletzungen; die Verunglückten wurden zur nahegelegenen Rettungswache 9 gebracht. Während Lange in das Krankenhaus am Friedrichshain übergeführt werden mußte, konnten die beiden anderen Verletzten nach Einlegung von Rotverbanden in ihre Wohnungen entlassen werden. Durch den Vorfall entstand eine Verkehrsstörung von halbtägiger Dauer.

Ein weiterer schwerer Zusammenstoß zwischen einem Postkraftwagen und einem Lastkraftwagen trug sich gegen

16 Uhr auf dem Gelände des Westhafens zu. Hierbei wurde der Postkutschner Gustav Dachtold aus der Kolonie „Gemeinschaft“ in Plohnsee tödlich verletzt. Die Schuldfrage konnte noch nicht geklärt werden. — Beim Heberfahren des Fahrrades in der Ringbahnstraße zu Tempelhof wurde der Postkutschner Gustav Marquardt, Tempelhofer Ufer 2, von einem Traktor umgerissen und überfahren. Die Räder gingen so unglücklich über den am Boden liegenden hinweg, daß der Tod sofort eintrat. — Ein furchtbares Ende fand gestern nachmittags der 40jährige Ingenieur Friß Ruhn aus der Potsdamer Straße. R. wollte den Lohweg des Hauses Wusterhausen Str. 15 durchschreiten, als plötzlich vom Hof ein Lastkraftwagen herankam. R. sprang zur Seite, wurde jedoch von dem Auto erfasst, gegen die Stirn gedrückt und auf der Stelle getötet. — Am Siemensdamm fuhr gestern abend der 18jährige Lehrling Hans Stark aus der Schillingstraße 29 mit seinem Fahrrad gegen eine Straßenbahn. Der junge Mann erlitt einen schweren Schädelbruch; St. fand im Westend-Krankenhaus Aufnahme.

Neue Ehrungen für die Nordpolflieger. Durch die Gesellschaft zur Erforschung der Arktis.

Die Internationale Gesellschaft zur Erforschung der Arktis auf dem Luftwege veranstaltete gestern nachmittags im preussischen Sandtag für die zurzeit in Berlin weilenden Polarflieger Wilkins und Gjeslon eine Festigung.

Der geschäftsführende Vorstand der Gesellschaft, Professor Wegener, verlas zunächst ein Begrüßungsprogramm des ersten Vorsitzenden der Gesellschaft, Fräulein Ransen, in dem dieser seinem Bedauern Ausdruck gab, nicht persönlich an der Feier teilnehmen zu können und seine Bewunderung für die Tat der beiden Flieger ausdrückte. Nach einer Begrüßung der zahlreichen erschienenen Vertreter der Regierungen, der ausländischen Vertretungen und der Wissenschaft feierte der Vorsitzende besonders die wissenschaftliche Bedeutung der Tat Wilkins und Gjeslons, die er als ein Abenteuer edelster Art feierte. Sie seien Männer der Wissenschaft und der Tat zugleich. Ihr Flug sei kein waghalsiges Ununternehmen, sondern die letzte Frucht vieljähriger und sorgfältigster wissenschaftlicher Arbeit gewesen. Bezeichnend sei, daß sie nicht, wie das vielfach fälschlich behauptet worden ist, den Pol selbst überflogen, sondern rechts vorbei geflogen seien, quer durch den größten bisher unbekanntem Fleck auf der nördlichen Halbkugel.

Der Ehrenpräsident der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin, Geheimrat Bollmann, überreichte Johann Kapitän Wilkins die Rittermedaille dieser Gesellschaft. Darauf ergriff Kapitän Wilkins das Wort, um zunächst seinen Dank für die unerwartete Ehrung seitens der Gesellschaft Ausdruck zu verleihen. Er erwähnte sodann ein umfassendes Bild der Vorbereitungen und der Durchführung ihres Unternehmens. Das Ziel der Polarforschungen Wilkins und Gjeslons sei nicht so sehr erdkenntnisreicher Art gewesen, als vielmehr meteorologischer Art. Durch Studium der Strömungen des Pazifik und Treibeises ließen sich ihrer Ansicht nach Rückschlüsse auf das Wetter ziehen, und diese Forschungen seien somit von großer Bedeutung für die Wettervorhersagen. Kapitän Wilkins schilderte sodann die vielen Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hatten. 75 Meilen vor Erreichung ihres Zieles, Spitzbergen, ging ihnen der Gasolinvorrat aus und sie mußten diese letzte Strecke zu Fuß zurücklegen. Als besonders wichtig bezeichnet er die Erfahrung, daß man Rollanordnungen auch auf dem Padeis vornehmen könne. Seinen Flug bezeichnete Kapitän Wilkins im Sinne von Sensations- und Eselstascherie als einen Mißerfolg, da es ihm nicht gelungen sei, Land zu entdecken. Im wissenschaftlichen Sinne sei jedoch ein günstiges Ergebnis erzielt worden. Der Vortrag wurde durch zahlreiche Lichtbilder illustriert.

Zum Schluß dankte der Vorsitzende Kapitän Wilkins nochmals für seine Ausführungen und teilte mit, daß sowohl Gjeslon als Kapitän Wilkins den Wunsch ausgesprochen hätten, ordentliche Mit-

Jack London: Wolfsblut.

Die Knechtschaft hatte ihn verweichlicht, die Fürsorge anderer ihn schwach gemacht. Er war nicht mehr daran gewöhnt, für sich selber einzustehen. Die Nacht rings umher gähnte ihn an. Seine an den Lärm und Tumult des Lagers, an fortwährende Eindrücke auf Seh- und Hörnerven gewöhnten Sinne waren müde. Hier war nichts zu sehen, nichts zu hören oder zu tun. Er strengte sich an, einen Laut in der Stille zu vernehmen, einen Gegenstand in der Dunkelheit zu unterscheiden. Die Untätigkeit ängstigte ihn, das Gefühl, das etwas Furchtbares ihm bevorstände. Er fuhr vor einem unförmigen Dinge, das sein Auge traf, entsetzt zurück, doch war es nur der Schatten eines Baumes, als der Mond aus den Wolken hervortrat. Als er sich beruhigt hatte, winkelte er leise, aber er unterdrückte sogleich diesen Laut aus Furcht, die Aufmerksamkeit der um ihn lauerten Gefahren auf sich zu ziehen.

Ein Baum, dessen Holz sich in der kalten Nacht zusammenzog, knarrte laut. Es war dicht über ihm, und er schrie vor Angst laut auf. Es ergriff ihn Entsetzen, und er rannte wie toll nach dem Dorfe hin. Er hatte ein überwältigendes Verlangen nach dem Schutz und der Gesellschaft der Menschen. Er glaubte den Rauch der Lagerfeuer zu riechen, das Geschrei und die Rufe im Lager zu vernehmen. Er lief aus dem Walde und auf die vom Mondlicht beschienene Fläche zu, wo es keine Schatten, keine Dunkelheit gab. Allein kein Dorf begrüßte sein Auge; er hatte vergessen, daß es fort war.

Er hieß in seinem tollen Laufe inne. Wohin sollte er auch fliehen? Er schlich verlassen über den eben Lagerplatz beschmupperte die Kehrichthaufen und weggeworfenen Lumpen seiner Götter. Er würde über einen Steinhagel, womit eine ärgerliche Indianerin ihn begrüßt hätte, erfreut gewesen sein, er wäre froh gewesen, wenn der Graue Biber ihn zornig geprügelt hätte, und mit Entzücken würde er Lippen und das ganze kläffende, feige Rudel begrüßt haben.

Er kam zu der Stelle, wo der Wigwam des Grauen Biber gestanden hatte. Mitten auf dem Blase saß er sich nieder und hob den Kopf zum Monde empor. Es judete kramphast in seiner Kehle, er öffnete den Mund, und in herzbrechendem Geheul stieg seine Verlassenheit, seine Furcht, seine Sehnsucht nach Rische, ja, all der Jammer und das Elend der Vergangenheit und die Angst vor der Zukunft in

langgezogenen, lauten, traurigen Tönen empor, dem ersten Wolfsgeheul, das er ausgestoßen hatte.

Das Licht des anbrechenden Tages verjagte seine Furcht, zeigte aber seine Verlassenheit noch deutlicher. Die lahle Erde, die noch vor kurzem so dicht bevölkert gewesen war, führte sie ihm noch mehr zu Herzen. Doch nun schwankte er nicht lange in dem, was er zu tun habe. Er rannte durch den Wald und am Flußufer stromabwärts. Er lief den ganzen Tag, ohne auszuruhen, als wollte er immer laufen. Sein eiserner Körper konnte keine Ermüdung, und selbst als diese kam, machte seine ererbte Ausdauer ihn zu endloser Anstrengung fähig, die den schmerzenden Körper rastlos vorwärtstriebe.

Wo der Fluß sich um steile Ufer krümmte, erkletterte er die Anhöhen, wo Bäche und Nebenflüsse in den Hauptstrom mündeten, schwamm er hinüber oder durchwatete sie. Oft lief er auf dem Eise am Rande, und mehr als einmal brach er ein und kämpfte in der eisigen Flut um sein Leben. Immer aber schaute er nach der Spur seiner Götter aus, wenn er den Strom verlassen und landeinwärts biegen mußte.

Zwar war er klüger als der Durchschnitt seiner Gattung, doch sein geistiges Auge schaute nicht weit genug, um an das andere Ufer des Mackenzie zu denken. Wie, wenn die Fährte der Götter auf jener Seite lief? Das fiel ihm nicht ein. Später, als er auf seinen Fahrten mehr Flüsse kennen gelernt, hätte er eine solche Möglichkeit begriffen, aber im Augenblick rannte er blindlings vorwärts, da ihm nur dies Ufer des Mackenzie in den Sinn kam.

Er lief die ganze Nacht hindurch, stolperte über Hindernisse, die ihn zwar aufhalten, doch nicht abbrechen konnten. In der Mitte des zweiten Tages war er dreißig Stunden lang gelaufen, und selbst seine eisernen Muskeln gaben nach. Nur seine Ausdauer und sein Mut trieben ihn weiter. Er hatte seit vierzig Stunden nichts gefressen, und der Hunger machte ihn schwach; auch war das wiederholte Untertauchen in dem kalten Wasser nicht ohne Wirkung auf ihn geblieben. Sein glattes Fell war besudelt und die breiten Sohlen seiner Füße waren zerrissen und wund. Er hatte zu hinken angefangen, was von Stunde zu Stunde zunahm. Das Schlimmste aber war, daß das Tageslicht dunkel wurde, denn es begann Schnee zu fallen, ein nasser, schmelzender, zusammenfließender Schnee, der glatt unter den Füßen war, die Gegend verhüllte und die Unebenheiten des Bodens verdeckte, so daß das Gehen schwer und schmerzhaft wurde.

An jenem Abend hatte der Graue Biber beabsichtigt, am anderen Ufer zu übernachten, da die Jagdgründe in jener Richtung lagen. Allein kurz vor dem Dunkelwerden

mar ein Eis auf dieser Seite zum Fluße herabgekommen, um zu saufen, und Klutusch, die Frau des Grauen Biber, hatte ihn gesehen. Wäre der Eis nicht zum Trinken gekommen, hätte Klutusch, durch den Schnee geblendet, nicht beim Steuern die Richtung verloren, Klutusch das Tier nicht gesehen, und der Graue Biber mit einem glücklichen Schuß aus seiner Büchse es nicht erlegt, so wäre alles anders gekommen. Der Graue Biber hätte nicht am diesseitigen Ufer des Mackenzie übernachtet, und Wolfsblut wäre weitergelaufen und entweder gestorben oder zu den wilden Brüdern gerannt und wie sie bis an sein Lebensende ein Wolf geblieben.

Die Nacht brach herein. Der Schnee fiel immer dichter, und leise vor sich hin wimmernd stolperte und hinkte Wolfsblut vorwärts, als er auf eine frische Spur im Schnee traf. So frisch war sie, daß er sie sofort erkannte. Eifrig winselnd verfolgte er sie vom Flußufer rückwärts bis unter die Bäume. Die Töne des Lagers trafen sein Ohr. Er sah den Schein des Feuers, sah, wie Klutusch lachte und der Graue Biber auf dem Boden hockte und ein Stück Talg verzehrte. Also gab es frisches Fleisch im Lager!

Wolfsblut machte sich auf Schläge gefaßt. Er duckte sich bei dem Gedanken daran und sträubte das Haar, allein er ging vorwärts. So sehr er auch die Prügel fürchtete, so angenehm war doch wieder der Gedanke an das Feuer, das ihn erwartete, an den Schutz der Menschen, ja, selbst an die Gesellschaft der Hunde, so feindselig sie ihm auch waren. Auf dem Bauche kriechend kam er dicht an das Feuer. Der Graue Biber erblickte ihn und hörte auf zu lachen. Langsam troch Wolfsblut näher, demütig und unterwürdig, geradeswegs auf den Grauen Biber zu, indem er jeden Zollbreit der Entfernung immer langsamer und mühseliger zurücklegte. Endlich lag er zu den Füßen des Herrn, um freiwillig sich ihm zu unterwerfen. Zitternd wartete er auf die Strafe, die ihm bevorstand, und schon bewegte sich die Hand über ihm. Unwillkürlich duckte er sich noch tiefer, um den Schlag zu empfangen. — aber es kam keiner. Verstoßen blickte er empor. Da brach der Graue Biber das Stück Talg entzwei und reichte es ihm hin. Vorsichtig und argwöhnisch heroch es Wolfsblut, dann erst fing er an, es zu verzehren. Darauf ließ der Graue Biber Fleisch bringen und wehrte, so lange Wolfsblut fraß, die anderen Hunde ab, worauf Wolfsblut dankbar und zufrieden sich zu den Füßen des Herrn niederlegte und zwinkernd in das wärmende Feuer schaute, bis er einschlummerte, sicher, daß der Morgen ihn nicht mehr einsam im eben Walde antreffen würde, sondern bei den Menschen im Lager, bei den Göttern, denen er sich mit Leib und Seele hingegeben hatte, und denen er nun untertänig war.

(Fortsetzung folgt.)

...der der Gesellschaft zur Erforschung der Arktis zu werden. Der Vorstand habe diesen Antrag abgelehnt und beschloffen, die beiden Polarflieger zu den ersten Ehrenmitgliedern der Gesellschaft zu ernennen. Die Verkündung des Beschlusses wurde von dem zahlreich erschienenen Publikum mit lautem Beifall aufgenommen.

Die Irrfahrten des Gefangenen.

Das schweigsame Stuttgart.

Am 27. Januar berichteten wir über die Irrfahrten eines Gefangenen, der 22 Tage geblüht, um von Einbau nach Berlin transportiert zu werden. Wie forderten die zuständigen Behörden dringend auf, den Dingen nachzugehen, und dies ist, wenigstens zum Teil, geschehen.

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ hat unseren Artikel zum Gegenstand von Eingaben an den preussischen Minister des Innern und den württembergischen Innenminister gemacht. Das preussische Ministerium des Innern hat sehr bald geantwortet, daß die Prüfung der dem Artikel zugrunde liegenden Originalbeschwerden ergab, daß es sich im wesentlichen um württembergische Verhältnisse handele. Das preussische Ministerium habe deshalb die Beschwerde an das württembergische Ministerium des Innern in Stuttgart weitergegeben. Für Bräunherren komme nur die Ueberführung des Beschuldigten in Gefangenenwagen von Frankfurt a. M. über Kassel, Hofe, Wädelsburg nach Berlin in Frage. Dieser Transport sei den Vorschriften entsprechend auf dem kürzesten Wege erfolgt und habe im ganzen etwa zweieinhalb Tage Zeit beansprucht. Während der Nacht würden die Gefangenen vorschriftsmäßig in Polizeigefängnissen übernachtet.

Dem württembergischen Ministerium des Innern ist trotz Annahme kein Bescheid erteilt worden. Hoffentlich geben sich die Herren vom Kabinett Basille, solange sie noch im Amt sind, die Mühe, einmal in die Reichsverfassung hineinzuschauen. Der Artikel 126 besagt, daß jeder Deutsche das Recht hat, sich schriftlich mit Bitten und Beschwerden an die zuständige Behörde oder an die Volksoberkeit zu wenden. Dieses Recht kann sowohl von einzelnen als auch von mehreren gemeinsam ausgeübt werden. Sinngemäß besagt der Artikel natürlich, daß solche Beschwerden und Anfragen auch beantwortet werden müssen.

Wieviehl aber haben die Herren vom württembergischen Bürgerblock ein zu schlechtes Gewissen, um sich angesichts der von uns geschilderten Zustände rechtfertigen zu können.

Die Einspinnleute vor Gericht.

Ein gewinnfächtiger Geprellter als Zeuge.

Endlich ein Zeuge! Nach den undurchsichtigen und widerspruchsvollen Befundungen der Angeklagten die eindeutige Aussage eines Menschen, der vor der Wahrheit nichts zu fürchten hat. Er braucht sich ja nicht zu verteidigen. Nicht er hat gerupft, sondern er ist gerupft worden. Eine kurze allgemeine Betrachtung über alle Opfer der geschäftstüchtigen Einspinnleute sei aber erlaubt. Sie wollten viel verdienen, und deshalb haben sie alles verloren. Besonders Mitleid erregt wird man deshalb für sie nicht aufbringen. Psychologisch gehören sie ungefähr zur gleichen Kategorie wie die Angeklagten. Auch sie gingen darauf aus, auf leichte Weise große Profite zu machen. Zum Beispiel der erste Zeuge Jänike.

Er las Inserate, in denen saustichere Garantien und große Verdienste versprochen wurden. Es meinte sich der Oesterreicher Barangi und offerierte lombardisierte Ware zu billigen Preisen. Der Käufer sei bereits vorhanden. Den Verkäufer spielte Baljon. Das Geschäft klappte. Es war dies kein Einspinn-, sondern ein Vorkaufgeschäft. Dann meldete sich Barangi ein zweites Mal. Diesmal sollten es zwei Waagons Heugabeln sein, mit denen er Jänike vorstahl, Geld wie Heu zu gabeln. Als Käuferin fungierte die Industrie Material G. m. b. H. Jänikes Forderung, in den Kaufvertrag einzutreten, wurde ohne weiteres statigeben. Pro Stück sollte die Heugabel 130 M. kosten, der Verkaufspreis war auf 170 M. berechnet, der zu zahlende Betrag machte 7800 M. aus. Zuerst ging es mit dem Auto zur Industrie Material G. m. b. H. Hier gab es liebenswürdige Leute, Zigarren und Liköre. Der Vertrag wurde ausgefüllt, zur Sicherheit erhielt Jänike sogar eine Anzahlung von 900 M. Dann im Auto weiter zu Baljon. Der Käufer dränge, meinte Barangi. Jänikes 7800 M. wanderten in Baljons Kasse. Am führte der Weg zum Spediteur Trojonta. Jänike gab den Auftrag, die zwei Waagons Heugabeln an seine Spediteur zu liefern. Die Lieferung blieb aus. Die Industrie Material G. m. b. H. verweigerte die Annahme von Heugabeln: es seien nicht beide Waagons gleichzeitig geliefert worden. Barangi war unzufrieden. Jänike inserierte seine Heugabeln, er sah sie sich schließlich an und stellte fest, daß es völlig untaugliches Zeug war: die russische Handelsvertretung wollte sie selbst für die russischen Bauern für 10 Pf. das Stück nicht kaufen. Er schlug sie schließlich für 6 1/2 Pf. los.

Die Herren von der „Industrie Material G. m. b. H.“, die Angeklagten Braun und Weinhold, wollen bei der Anzahlung von 900 M. sich nichts Schlimmes gedacht haben: es sei dies nur ein Geschäft mit Barangi gegenüber gewesen, sie hätten im Traume nicht daran gedacht, die Heugabeln zu kaufen, der eigentliche Käufer sollte die Drahtmetall G. m. b. H. sein. Ueber diese Drahtmetall G. m. b. H. wird man heute mehr hören; der Inhaber dieses Unternehmens hat sich erschossen. Barangi erklärte aber gestern, daß alles, was Baljon sage, Schwindel sei. Das wolle er hartnäckig dastehen. Baljon will aber auch in diesem Falle den reellen Kaufmann gespielt haben. Also heute morgen wird es in der Einspinn-Gerichtsitzung hoch hergehen. Die Verteidiger von Baljon und Barangi kamen schon gestern hart aneinander. Im übrigen herrscht ein gewisser neidischer Geist im Gerichtssaal. Wenn die einen Angeklagten alles leugnen und die Unschuld selbst spielen, lächeln die anderen Angeklagten verächtlich-verständnisvoll. Man braucht nur die Psychologen zu studieren, um zu wissen: vor dem Herrn Untersuchungsrichter haben die Herren die Wahrheit gesagt.

Zwei Fabrikbrände.

Im Ofen und in Staaten.

In der Leder- und Polstermöbelfabrik von Breuch in der Bouli-Singer-Strasse 109 brach gestern abend aus ungeklärter Ursache Feuer aus, das in kurzer Zeit einen sehr gefährlichen Umfang annahm. Das Feuer muß längere Zeit geschwelt haben, denn plötzlich wurde von Hausbewohnern auf dem Hofe des Grundstücks ein starker Feuerchein wahrgenommen, und nur wenige Augenblicke später schlugen auch schon aus den Fenstern vielerlei hohe Flammen hervor. Die Feuerwehr wurde gerufen, die mit drei Löschzügen an der Brandstelle eintraf. Das Feuer, das an Berg, Polstermöbeln, Holzvorräten und ähnlichen leicht brennbaren Materialien reiche Nahrung fand, hatte sich inzwischen nach allen Seiten mit großer Schnelligkeit ausgebreitet. Der gesamte Hauskomplex war in dicke Rauchwolken eingehüllt, was naturgemäß die Löscharbeiten der Feuerwehrbeamteten, die nur mit Rauchschutzmasken ausgerüstet gegen den Brandherd vordringen konnten, erschwerte. Aus vier Schlauchleitungen größten Kalibers mußte längere Zeit Wasser gegeben werden, ehe es gelang, dem Feuer Einhalt zu gebieten. Die Aufschäumungsvorarbeiten dauerten lange bis nach Mitternacht. Die Entstehungsurache des Feuers konnte noch nicht einwandfrei ermittelt werden.

Weltreise im Zeppelin!

Lezte Arbeiten am Luftschiff. — Neue Brenngasfabrik in Friedrichshafen.

Die Schar der Besucher.

Friedrichshafen, 31. Mai.

Auf der Friedrichshafener Werft wird unter Einsatz aller Kräfte an der Fertigstellung des neuen Luftschiffes, des bisher größten, das in Deutschland gebaut wurde, gearbeitet, und zwar ist bereits der größte Teil des Gitterrumpfes mit der Außenhaut überzogen, die zurzeit ihren aluminiumfarbigen Anstrich erhält. Noch sind die Gaszellen nicht eingebaut, so daß ein Blick in das Innere des Rumpfes eine Vorstellung von den riesigen Ausmaßen des L. Z. 127 gibt, in den rund 15 Kilometer Aluminiumträger und mehr als 100 Kilometer Stahlblech eingebaut sind. Mehr als 20000 Quadratmeter Baumwollstoff verkleiden den Schiffkörper.

In der großen Kabinengänge, die zum erstenmal in ihrem hinteren, sich äußerlich scheinbar verjüngenden Teil in den Rumpf hineingebaut ist und so in allen Räumen gleiche Höhe aufweist, wird augenblicklich die Einrichtung des Wohnraumes und der zehn zweibettigen Passagierkabinen eingebaut und die Rahagontafelung angebracht. Für den Fußboden hat man ein besonders leichtes südamerikanisches Holz, das den Namen Bolsoholz trägt, verwendet, so daß der Bodenbelag der Kabine bei aller Leichtigkeit nahezu einen Zoll stark ist. — In beiden Seiten des unteren Langganges sind bereits Benzintanks eingebaut, da das Luftschiff, das bekanntlich als Brennstoff in der Hauptsache das neue Brenngas verwenden wird, aus bestimmten Gründen auch einen kleinen Benzinvorrat mitführen wird. Dieser Vorrat soll nämlich als brennbarer Betriebsballast dienen, wenn das Schiff mit prallen Zellen aufsteigt und durch den hierbei entstehenden Gasverlust entsprechend schwerer wird. Pro 100 Meter Höhe wird das Luftschiff in diesem Fall um 1 Proz. schwerer, so daß zum Ausgleich entsprechender Ballast abgegeben werden muß. Dieser Ausgleichsballast besteht nun in dem Benzinvorrat, der solange in den Motoren verbrannt wird, bis der Gewichtsausgleich erzielt wird und dann die Motoren auf das Brenngas umgeschaltet werden können, mit dem unter diesen Umständen sparsamer gewirtschaftet werden kann. Die erste Füllung der Brenngaszellen wird von der auf dem Friedrichshafener Werftgelände neben der alten Gasanstalt errichteten neuen Brenngasfabrik des Luftschiffbaues erfolgen, die demnächst fertig wird und eine Leistungsfähigkeit von rund 250 Kubikmeter Brenngas in der Stunde haben wird. Ueber die eigentliche Füllung des Schiffes hinaus muß dieses Brenngas in Hochdruckbehältern auch gelagert und dann in Stahlflaschen abgefüllt werden, die entsprechend den noch nicht ganz feststehenden Dispositionen des Luftschiffbaues Zeppelin nach den verschiedenen ausländischen Stützpunkten transportiert werden sollen, die der L. Z. 127 bei seinen kommenden Amerika-Fahrten und vor allem bei seiner beabsichtigten Weltreise anlaufen wird.

Ein anderer Feueralarm kam kurz nach 22 Uhr aus der Zeppelinwerft in Staaten. Dort war in einem Reparaturlager der Deutschen Luftkassas Feuer ausgebrochen, das von der Spandauer Wehr, die unter Leitung des Branddirektors Dr. Kreis an der Brandstätte noch kurze Zeit eintraf, durch starkes Wassergeben nach einstündiger Beschäftigung niedergelämpft werden konnte.

25 Jahre Telefunken.

Festveranstaltung im Herrenhaus.

Der „Vorwärts“ hat in seiner gestrigen Morgennummer die technisch-wissenschaftlichen Arbeiten von Telefunken einer Würdigung unterzogen. Gestern fand nun im früheren Herrenhaus ein Festakt statt, an dem die Vertreter der Regierung, der Stadt Berlin, der Diplomatie, Wissenschaft, Handel und Presse erschienen waren.

Die Veranstaltung wurde vom Koselischen Bläserchor eingeleitet, der Beethovens „Die Himmler rühmen“ spielte. Reichspostminister Dr. Schäpel eröffnete den Reigen der Redner, indem er auf die Arbeit hinwies, die Telefunken in dem Zeitraum eines Vierteljahrhunderts geleistet hat. Die Firma habe seit ihrer Gründung in enger Zusammenarbeit mit den Behörden des Reiches und der Länder Deutschlands große Dienste geleistet. Insbesondere habe sich die Deutsche Reichspost bei der Verwirklichung ihrer Pläne auf dem Gebiete des Nachrichtenwesens stets auf die tatkräftige Mitarbeit von Telefunken stützen können. Reichspostminister Schäpel verlas ein Handfährchen des Reichspräsidenten v. Hindenburg und übertrug die Glückwünsche der Regierung des Reiches und von Preußen. Für die Stadt Berlin sprach Oberbürgermeister Dr. Böhm, der insbesondere auf die Tatsache hinwies, daß der größte Teil der deutschen Funkindustrie in Berlin sein Heim habe, und daß es Berlinischer Geist gewesen sei, der auch in der Arbeit von Telefunken zum Ausdruck gekommen sei. Der Rundfunkkommissar Staatssekretär a. D. v. Bredow erinnerte an die Arbeiten von Schlag und Braun und an die Funkversuche, die im Jahre 1897 unter Leitung von Prof. Schlag und seinem damaligen Assistenten, dem Grafen Arco, an der Heilandstraße in Sakrow stattgefunden haben. Er übergab im Namen des deutschen Rundfunks eine Gedenktafel, die an der Kirche in Sakrow zur Erinnerung an die Errichtung der ersten deutschen Antenne angebracht werden soll. Im Anschluß hieran sprachen dann für die Technische Hochschule Prof. Boost und für die Berliner Universität Dr. Kernst. Der letztere erinnerte vor allem an die Arbeiten von Robert von Lieben, der sein Freund und Schüler war, und dem wir in Deutschland die Erfindung der Verstärkeröhre verdanken. Präsident Dr. Wagner sprach alsdann für die Heinrich-Hertz-Gesellschaft und für das Institut für Schwingungsforschung, Prof. Dr. Peterlen für den Verband deutscher Elektrotechniker, für den Reichsverband der Deutschen Industrie Geheimrat Kahl, Oberregierungsrat Huber für den deutschen Industrie- und Handelsrat, Generaldirektor Siegel für den Zentralverband der deutschen elektro-

Diese Weltreise ist vorläufig so gedacht, daß sie in drei bis vier Etappen durchgeführt werden soll. Die erste Etappe von rund 10000 Kilometer würde Friedrichshafen—Tokio sein, wo für das Luftschiff eine große Halle zur Verfügung steht. Die zweite Etappe, die quer über den Stillen Ozean führt und ebenfalls etwa 10000 Kilometer lang ist, soll die Strecke Tokio—San Diego (Kalifornien) sein, eventuell aber auch die annähernd 13000 Kilometer lange Strecke Tokio—Valehurst unter Auslassung San Diegos. Wird dieser kalifornische Flughafen angeklagen, dann würde das Luftschiff dort an einem Zwischenstopp beiseite werden und von hier aus zur dritten Etappe (4500 Kilometer) nach Valehurst starten, wo die große Halle bereits von den amerikanischen Marinebehörden für den Besuch des deutschen Zeppelins zur Verfügung gestellt ist. Die letzte Etappe mit 7000 Kilometern wäre Valehurst—Friedrichshafen. Infolgedessen müssen Brenngasflaschen nach Tokio, San Diego und Valehurst transportiert werden, und zwar haben sich die Japaner, mit denen bereits Fühlung genommen ist, bereit erklärt, mit eigenen Schiffen diese Transporte von Genoa aus durchzuführen und auch sonst dem Unternehmen jegliche Unterstützung zu gewähren.

Für diese Weltreise und auch die sonstigen großen Fahrten des Zeppelin-Kreuzers wird die Besatzung so vermehrt, daß jeder Posten mit drei Wachen besetzt wird, während beim L. Z. III auf der Amerika-Fahrt nur zwei Wachen eingerichtet waren. Bei den vorangehenden kleineren Weltfahrten und Probefahrten, die über Deutschland und die benachbarten europäischen Länder führen werden, wird nur ein Teil der Besatzung und dafür eine größere Anzahl von Passagieren an Bord sein. Es ist übrigens nicht unwahrscheinlich, daß man in Friedrichshafen den 8. Juli, an dem Graf Zeppelin 90 Jahre alt geworden wäre, zur feierlichen Taufe des L. Z. 127 auf den Namen „Graf Zeppelin“ benutzen und hierzu die Spitzen der deutschen Behörden einladen wird, doch sind endgültige Beschlüsse in dieser Richtung noch nicht getroffen. Im Laufe des Monats Juli wird neben zahlreichen sonstigen Behördenvertretern auch der Reichsrat in Friedrichshafen eintreffen, um das Schiff zu besichtigen.

Der Andrang von Schaulustigen auf der Luftschiffwerft übersteigt alle Vorstellungen. Ueber Pfingsten wurde das Luftschiff von rund 20000 Personen besichtigt, und fortwährend treffen neue Massenandränge ein, von Reisegesellschaften und Automobilclubs bis zu Gewerkschaften und geselligen Vereinen. In allen Teilen Süddeutschlands werden für die nächsten Wochen Sonderzüge nach Friedrichshafen angekündigt, außerordentlich ist auch der Andrang aus dem Ausland, vor allem aus der nahegelegenen Schweiz und aus Deutschland.

Dr. Seibt für den Verband der deutschen Funkindustrie. Dr. Seibt erinnerte in sehr dezenter Weise an die Monopolstellung, die Telefunken auf dem Gebiet des Funkwesens einnimmt und an die Tatsache, daß es erst längerer Verhandlungen bedürfte, um die übrige Funkindustrie lebensfähig zu erhalten, nachdem Telefunken ihr Vorgehen zur Ausführung ihrer Geräte erteilt hatte. Für den Verein deutscher Zeitungverleger begrüßte Dr. Carbe Telefunken, er betonte, daß Presse und Funk immer zusammen gearbeitet hätten, und daß die Presse gleichsam der Schrittmacher des Funkwesens gewesen sei. Dr. Richter vom Reichsverband der deutschen Presse sprach vor allem von der Gemeinschaftsarbeit von Rundfunk und Journalisten. Direktor Mich der Deutschen Luftkassa wies auf die wertvollen Dienste hin, die das Funkwesen der Fliegerei geleistet hat. Direktor Balla-vant erwähnte vor allem den großen Vorteil, den die Elektrizitätswerke heute durch die Errichtung eigener Funkanlagen (Hochfrequenzlängs Drahtleitungen) haben. Endlich sprach noch Alex. Reil für den Reichsverband der deutschen Funkhändler, Direktor Stopp für die Auslandsvertretung von Telefunken, und endlich der Generaldirektor von Siemens u. Halske, Dr. A. Franke, der allen Gratulanten den Dank der Telefunken-Gesellschaft aussprach. Den Beschluß dieser Veranstaltung, für die das ehemalige Herrenhaus festlich mit Blumen geschmückt war, bildete wiederum ein Vortrag des Koselischen Bläserchors.

Der Wertspionageprozeß.

Sachverständigenurteilen...

Stuttgart, 31. Mai.

Bei den Beratungen des zweiten Verhandlungstages des großen Wertspionageprozesses nahm die Aussprache über die Frage, ob die Reapparate, die der Hauptangeklagte Karrer durch Angehörige der Norma für sich herstellen ließ, unter dem Geschäftsgeheimnis stehen oder nicht, nochmals einen breiten Raum ein. Die Auffassungen der Sachverständigen gingen hier weit auseinander.

Auf der einen Seite wurde behauptet, die Konstruktion dieser Instrumente sei allgemein bekannt. Was die Norma, daran besonders habe, sei nicht von entscheidender Bedeutung. Demgegenüber betonte einer der Sachverständigen, Professor Widmeyer von der Stuttgarter Technischen Hochschule, daß die Merkmale des Betriebsgeheimnisses in der Eigenart der Norma-Reinstrumente zweifellos gegeben seien. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Vernehmung des Hauptangeklagten Karrer über die weiteren einzelnen Details, die ihm zur Last gelegt sind, fortgesetzt. Es kam die Beschaffung einer großen Anzahl von Innenmeßapparaten zur Sprache, die Karrer teilweise durch Vermittlung des früheren Fabrikmeisters Reim bei dem Werkzeugmacher Hajner gemacht hat. Diese Apparate wurden auch geliefert. Karrer bestritt jedoch, daß er Norma-Apparate bestellt habe. Er habe sich vielmehr Fortuna-Apparate machen lassen wollen.

Der Angeklagte, Fabrikmeister Reim, war damals dem angeklagten Werkzeugmacher bei der Ausführung der Bestellungen Karrers behilflich und besorgte dem Angeklagten Karrer Abgüsse von Apparaten der Norma. Eine Besichtigung habe er, sagte der Angeklagte, nicht erhalten. Für seine Mitarbeit erhielt er bei der Ausführung der Bestellungen für Karrer von dem Angeklagten Hajner 20 Mark sowie einen Kanarienvogel. Die Angeklagten Reim und Hajner bekunden übereinstimmend, dem Angeklagten wäre es ein Leichtes gewesen, die fraglichen Apparate nach dem Gedächtnis zu konstruieren. Zum Beweis für diese Behauptung zeichnete der Angeklagte Hajner einen Reapparat an die im Gerichtssaal befindliche Tafel, wozu von einem Sachverständigen bemerkt wurde, daß eine Zeichnung würde für den Fachmann zur Konstruktion genügen. In der Nachmittags-Sitzung wurde sodann in der Vernehmung der Angeklagten fortgesetzt.

Überlegen Sie sich selbst,

wenn Sie die Nahrung für Ihr Kind wählen. Geben Sie

Glückseligkeit und frühe **Wahrheit**!

Es kann dann **Glück, Gesundheit und reinen Schlaf**

An unsere Leser!

In den nächsten Tagen werden unsere Botenfrauen wieder bei den Abonnenten vorprechen, um zu kassieren. Dabei werden sie Quittungen vorlegen, die zum erstenmal eine wichtige Neuerung bringen. Die Rückseiten sämtlicher Monatsquittungen und der ersten Wochenquittung im Monat tragen jetzt ab ausfüllende und knapp gehaltene Hinweise auf Fragen aus der Sozialgesetzgebung. Die erste Quittung beantwortet z. B. die für sehr viele ungemein wichtige Frage, wer Anspruch auf Invalidenrente hat und unter welchen Voraussetzungen dieser Anspruch geltend gemacht werden kann.

Die unscheinbaren Quittungsformulare erhalten dadurch Dauerwert. Wir empfehlen deshalb allen unseren Lesern, die Quittung nicht leichtfertig wegzuwerfen, sondern sie zu sammeln und bei Gelegenheit nachzuschlagen.

Zur Berliner Schulpolitik.

Die Forderungen der Sozialdemokratie.

In der Spitze der Berliner Schulverwaltung steht ein sozialistischer Schulrat, unterstützt im Volks- und Fortbildungsschulwesen von je einem sozialdemokratischen Oberschulrat, auf dem Gebiete des höheren Schulwesens von einem Demokraten. Die Zentrale Schuldeputation weist eine sozialdemokratische Mehrheit auf, ebenso die Bezirks- und Schuldeputationen 1 bis 6. Wenn also irgendwo, so könnte wohl auf dem Schulgebiet zu allererst von rechts und links der Angriff einsehen gegen das, was man zur Zeit der Wahlen so gern „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ zu nennen pflegt. Wie sah es tatsächlich mit diesen Angriffen bei der diesjährigen „Generalabrechnung“, den Haushaltsberatungen, aus?

Deutschnationale „Vorschläge“.

Angriffe auf die Schulverwaltung sind überhaupt nur von der äußersten Rechten und der äußersten Linken erfolgt, und was man vorbrachte, beweist am besten, wie wenig man trotz eifrigsten Suchens zu finden vermochte. Was der Redner der Deutschnationalen, ein Berliner Schulaufsichtsbeamter, an „Vorschlägen“ im Ausschuß zum besten gab, erregte allgemeine Heiterkeit und kann als ernst zu nehmende Anregung überhaupt nicht gewertet werden. Er verlangte vom Magistrat, er solle im Schulwesen in geeigneter Weise sparen. Als besonders geeignet erschienen ihm folgende Dinge:

1. Die Stadt könnte viel sparen, wenn sie aufhörte mit dem Bestreben, die Privatschulen allmählich sämtlich zu verstaatlichen — ein Grundlag, der der Arbeit unserer Genossen zu danken ist. Sie täte besser daran, wenn sie weiter wie bisher den Schulen städtische Anerkennungen gewährte.

Deutschnationales Ziel: Beibehaltung der privaten Ständeschulen auf städtische Kosten.

2. Der Magistrat solle keine neuen weltlichen Schulen — amtlich noch immer „Sammelschulen“ genannt — zulassen, da diese hohe Kosten verursachen — eine Behauptung wider besseres Wissen!

Deutschnationales Ziel: Verhinderung der verfassungsmäßig gewöhnlichsten Gewissensfreiheit von Eltern und Kindern!

3. Der Magistrat soll Experimente im Schulwesen nicht zulassen, wie sie der geplante Schulneubau in Neukölln darstellt.

Deutschnationales Ziel: Verhinderung des ersten Berliner Schulsystems, das eine praktische Verwirklichung der Einheitschule vom Kindergarten bis zur Hochschule darstellen wird.

4. Freisetzung der Mittel für Schulveruche überhaupt.

Sozialistische Forderungen.

Deutscher als alle Erklärungen beweisen diese „Angriffe“, in welchem Sinne die Sozialdemokratie ihre Schulpolitik betrieben hat. Die Hauptgesichtspunkte, die unsere Genossen geleitet haben, seien hier aufgeführt.

1. Die Beseitigung der Ständeschule.

a) Die Stadt übernimmt allmählich sämtliche Privatschulen, soweit sie nicht als entbehrlich aufzulösen sind.

b) Die Schulgelderhebung wird immer sozialer gestaltet. Zurzeit sind durchschnittlich bereits 50 Proz. der Schüler in unseren höheren Schulen schulgeldfrei, in proletarischen Bezirken erheblich mehr.

c) Die Wirtschaftsbeihilfen an bedürftige Schüler werden erhöht und vermehrt; zurzeit stehen 900 000 M. im Haushalt für 1928.

d) Die Studienbeihilfen für Bedürftige werden auch auf die Zeit des Studiums an der Universität ausgedehnt, erstmalig mit 50 000 M.

e) Die Gewährung freier Lernmittel wird weiter ausgebaut, bis endlich Reich und Staat die nötigen Summen bereitstellen, um sämtlichen Kindern an den öffentlichen Schulen volle Lernmittelfreiheit zu gewähren, wie es die Verfassung verlangt.

Eigentlich „hölle“ bereits heute nach den staatlichen Grundzügen für den Übergang zur höheren Schule die Schulart nur noch den Begabten offenstehen, leider sieht die Praxis doch noch wesentlich anders aus. Die Sozialdemokratie im Rathaus ist dauernd bemüht, alle früheren selbstverständlichen Unterschiede zwischen den Schularten, soweit sie nicht sachlich geboten sind, aufzuheben.

2. Neben der Beseitigung der alten Klassenrechte auf dem Gebiete des Schulwesens bemühen sich unsere Genossen um die Erfüllung der allgemeinen Schulforderungen unseres Kommunalprogramms:

a) Unbeschadet unseres Zieles der Verwirklichung des gesamten Schulwesens fordern wir die Schaffung von einzelnen weltlichen Schulen, soweit der Wille der Erziehungsberechtigten danach verlangt. Zurzeit bestehen in Berlin 49 Samschulen, von denen 10 die innere Umstellung zur Lebensgemeinschaftsschule vorgenommen haben.

b) Durchführung der Einheitschule: solange dieses Ziel nicht zu erreichen ist, fortschreitenden Ausbau der Volksschule. Der erste praktische Versuch ist vor kurzem beschlossen worden, und zwar soll bei diesem Versuch vom 7. Schuljahr ab die Ausbildung in einem besonderen dreijährigen Lehrgang erfolgen, der den Volksschülerinnen den Weg eröffnet zum Beruf als Kindergärtnerin, Hortnerin, Fürsorgerin, technische Lehrerin, Gewerbelehrerin.

c) Zur Durchführung des Arbeitsunterrichts Einrichtung von Schülerwerkstätten — zurzeit hat Berlin 300, in denen täglich 20 000 Kinder unterrichtet werden —, Schaffung von Nähzimmern und dergl.

d) Pflege der körperlichen Ausbildung durch Einführung des obligatorischen Spielnachmittags, Schaffung von Landschulheimen, die gleichzeitig der Erholung und der Gemeinschaftserziehung dienen sollen; zurzeit bestehen solche in Zossen; für den klaffenweisen Besuch von 500 bis 600 Kindern zur gleichen Zeit; somit jährlich von vielen Tausenden; in Jerpenschleuse: für ständig 120 Kinder; in Dubrow: neu eröffnet, Aufnahme für 100 Kinder. Förderung der Schülerwanderungen, der einseitigen in die Umgebung von Berlin, sowie der mehrtägigen, die an die See oder ins Gebirge führen. Für 1928 stehen 175 000 M. zur Verfügung.

Alle diese bereits durchgeführten Maßnahmen bedeuten selbstverständlich nicht die restlose Erfüllung unserer Schulforderungen. Sie beweisen aber mit aller Deutlichkeit, daß unsere Genossen unentwegt auf die Erreichung ihrer Schulziele zusehen. Außerordentlich hemmend wirken bei unseren Bestrebungen die Eingriffe der staatlichen Aufsichtsbehörde. Deshalb hat unsere Kathausfraktion bei den diesjährigen Haushaltsberatungen erneut einen Vorstoß unternommen zur Beseitigung des Provinzialschulkollegiums von Berlin sowie der Landes- und Landesmittelschulstaffe.

Die Kommunisten . . .

Wie haben sich nun die Kommunisten im Rathaus zu unserer Schulpolitik gestellt? Natürlich mußten sie ein kleines Scheinmanöver ausführen, um zu beweisen, daß sie durchaus nicht etwa zufrieden wären mit dem Stande des Berliner Schulwesens — sie

hätten ja sonst zugeben müssen, daß die SPD. im Sinne des Schulfortschritts gearbeitet hat. — So brachten sie wie jedes Jahr den Antrag ein, die Stadt solle volle Lehrmittelfreiheit in ihren Schulen einführen. Es galt ja, den „Arbitrerrrat“ der SPD. aufs neue festzustellen; denn man wußte bereits vorher, daß dieser Antrag von den Sozialdemokraten abgelehnt würde (nach der Verfassung Pflicht von Reich und Staat). Man griff den Magistrat hart an, weil er die Summen für Schulneubauten verringert hat. Man wußte natürlich, daß diese Abstriche praktisch nichts bedeuteten, weil kein einziges Projekt dadurch verzögert wird. Im allgemeinen aber kann festgestellt werden, daß bei der sonst beliebigen Taktik der Kommunisten, recht viele Anträge aus Agitationsgründen zu stellen, das Schulwesen auffällig wenig beachtet wurde. Besser noch als der überaus schwache Angriff der Deutschnationalen zeigt dieses Verhalten der SPD., daß wir Arbeit geleistet haben, die sich sehen lassen kann. Wie gern hätte man sonst „Wahlmaterial“ gesammelt!
Lisbeth Hübner-Riedger.

Der Kampf um die Schule.

Am 17. Juni finden, wie im „Vorwärts“ schon mitgeteilt wurde, die Elternbeiratswahlen an sämtlichen öffentlichen und privaten Schulen Berlins statt. Der Termin ist, so kurz nach den großen Parlamentswahlen, nicht gerade günstig gewählt, zumal da auch die Pfingstferien die Vorbereitungsarbeiten stark beeinträchtigen mußten. Es wird der eifrigen und eindringenden Arbeit aller schulpolitisch fortgeschrittenen Eltern bedürfen, um den am 20. Mai über die Reaktion errungenen Sieg nun auch bei den Elternbeiratswahlen durchzuführen, damit auch auf schulpolitischem Gebiet den Reaktionen für ihre Pläne der Boden entzogen wird. Eine Niederlage der Christlich-Unionpolitischen bei den Elternbeiratswahlen ist ein Schlag gegen die rechtsstehenden Parteien und gegen ihre Versuche, die Schule der Kirche auszuliefern. In allen Schulen muß den Christlich-Unionpolitischen eine Liste „Schulaufbau“ entgegengestellt werden. Es darf nicht wieder so kommen, daß an vielen Schulen die Christlich-Unionpolitischen allein eine Liste aufstellen, wodurch sie bei den letzten Elternbeiratswahlen kamplos mehr als 100 Schulen mit über 1000 Schülern erlangten. Bis zum 7. Juni müssen die Kandidatenlisten beim Wahlvorstand (nicht beim Schulleiter!) eingereicht sein. Aber auch um die in den Schulen ausgeteilten Wählerlisten sollen alle sich kümmern, die es angeht, alle Mütter und Väter oder Vorgesetzten von Kindern der betreffenden Schulen. Die Wählerlisten liegen nur noch bis einschließlich 2. Juni aus.

Eröffnung der Gartenbühnen.

Traditionsmäßig öffnen alljährlich um Pfingsten herum die Berliner Gartenbühnen ihre Pforten. Denn eine Welt für sich ist's, die sich hier aufzutun. In all ihrer Ursprünglichkeit, viel wahrer und echter als unsere gekünstelte, gehügelte. Mit Kind und Kegel rückt man aus, trifft Freunde und Nachbarn; Stühlen und Banken sind in Bereitschaft. Der Nachwuchs bestreift sich möglichst rasch von der ältesten Autorität und geht seine eigenen Wege. Man landiert das Terrain, legt nach einer möglichst günstigen Sitzgelegenheit in den vordersten Reihen, prüft eingehend die Leistungen des Orchesters, im übrigen harret alles der schönen Dinge, die da ungelübt sind. Von den wenigen Sommerbühnen, die sich noch bis in unsere jetzige Zeit erhalten haben, nimmt unbedingt das Rose-Garten-Theater den ersten Platz ein. Von 6 Uhr nachmittags bis nach 11 Uhr abends, Sonntags sogar schon ab 5 Uhr wecheln hier in bunter Reihenfolge Konzerte, Operetten- und Varietés-Vorführungen. Das Eröffnungsprogramm kommt ganz klassisch mit Offenbachs heiterem Einakter „Die Insel Tulipatan“. Die Komödie von den verurteilten Geschlechtern zweier Liebesleute, wobei sich Willi Kofe als Pseudomädchlein und Erna Böwe als zarter Jüngeling mit Erfolg präsentieren. Im darauffolgenden Varietéteil wechseln Tanz, Gesang und Artistik und zum Schluß folgt Behars Operette „Der fidele Bauer“, die bei flotter Darstellung fröhliche Stimmung schuf.

Musikaufträge

Übersicht man nur dem Rathaus des Deutschen Wasserwerks, Berlin, Kommandantenstr. 63/64. Telefon 3277-78. Geschäftszeit 9-5, Sonntags 10-2 Uhr. Auf Wunsch: Vertreterbesuch.



Eine gute Zigarette

ist ein wahres Heilmittel. Sie enthält das Nikotin in homöopathischen Mengen, d. h. in jenem geringen Grade der Beimischung, in dem es unvergleichlich heilsam wirkt. Nichts ist besser imstande, die vielfachen Verstimmungen, welche uns begegnen können, in gleich leichter und vorzüglicher Weise zu beheben. Wie auch nichts imstande ist, die feinen Acomastoffe einer guten Zigarette zu ersetzen.

Ueberdies ist nirgends in der Welt ein Mensch so verstimmt, als daß ihm nicht durch eine gute Zigarette geholfen werden könnte.

Rauchen Sie eine **Greiling® = Auslese** und Sie werden wissen, was eine gute Zigarette ist.

Die Wohnungsnot in Wilmersdorf. Und was die „Deutsche Zeitung“ dazu sagt!

Die Wilmersdorfer Bezirksversammlung vom 23. Mai bewilligte einstimmig die Mittel zur Einrichtung von ausreichenden Unterrichts- und Erholungsstätten für die Arbeiter des Waldfriedhofes in Stöckendorf sowie der anderen Einrichtungen der Parkverwaltung. Ferner wurde die Verwendung von Vorbehaltsmitteln zum Ausbau der Tageserholungsstätte im Grunewald, die vielen erholungsbedürftigen Kindern unseres Verwaltungsbereichs während der Sommermonate den so dringend notwendigen Heilspaziergang gewährt, beibehalten genehmigt. Der Bescheid wurde dann vom Plan der Errichtung zweier Unterkunfts- und Umkleeburgen auf dem Hubertus-Sportplatz Kenntnis gegeben. Dabei wurde die interessante Feststellung gemacht, daß die städtischen Körperschaften, die ja so oft die Forderungen unbedachtigster Angriffe unserer Rechtsmehrer sind, unserem angeblich so „stiefmütterlich“ behandelten Wohnbezirk fast den doppelten Beitrag an Mitteln bewilligt haben, die seinerzeit vom Bezirk beantragt worden waren —, um auf dem schönen Sportplatz massive Dauerbauten zu errichten. — Einen breiten Raum nahm die Besprechung der sozialdemokratischen Anfrage über das entsetzliche Wohnungschaos in der Cicerostraße 26 ein. Dort dient ein Schuppen als Unterkunfts- und Schlafraum für fünf Personen. Der Bezirksamtsvertreter mußte die Richtigkeit der geschilderten Verhältnisse zugestehen. Er wies darauf hin, daß die Bewohner des Schuppens von außerhalb zugezogen seien, ohne sich vorher eine angemessene Wohngelegenheit zu sichern. Die große Wohnungsnot hat auch in Wilmersdorf bisher nicht behoben werden können. Der Bezirksamtsvertreter erklärte, daß von den zuständigen Dienststellen alles in die Wege geleitet sei, um in diesem Fall helfend einzugreifen und die mit den geschilderten Lebensverhältnissen verbundenen gesundheitlichen und sittlichen Gefahren zu beseitigen. Geradezu grotesk aber ist es, daß ausgerechnet die „Deutsche Zeitung“ auch diesen Fall glaubt gegen die Sozialdemokratie auszusprechen zu müssen. Nach ihrer Ansicht braucht die Sozialdemokratie „Kranke und unzufriedene Menschen, damit man sie mit verlogenen Versprechungen dem Wählerhaare einverleiben kann...“ Welcher Ignoranz mag diesen Wortsinn in der Nummer vom 23. Mai verpasst haben! Zu seiner Belehrung — falls er überhaupt zu belehren sein sollte — möge ihm gelang sein, daß die Sozialdemokraten schon vor mehr als Jahrzehnten den Bau von Kleinwohnungen zu erzwinglichen Mietpreisen in Wilmersdorf gefordert haben. Daß sie mit ihren Forderungen bis heute nicht durchdringen, liegt nicht an ihnen. Die entscheidende Wehrheit der maßgebenden Instanzen steht aber der politischen Demagogie der „Deutschen Zeitung“ erheblich näher als — der Sozialdemokratie.

Autoflossen in Berlin.

Gestern vormittag wurde im östlichen Berlin, in Friedrichsfelde, die erste Autofloßstation des Allgemeinen Deutschen Automobilklubs eröffnet. Der Klub hat die Absicht, auswärtigen Automobilisten, die nach Berlin kommen, durch diese Autoflossen ein besseres Durchfinden durch den Berliner Verkehr zu ermöglichen. Das ankommende Auto nimmt auf Anforderung einen jungen, hübsch uniformierten Mann auf, der eine Prüfung über seine Orientierung in Berlin abgelegt hat. Die dafür zu bezahlende Gebühr ist mäßig. In den nächsten Tagen wird eine weitere Floßstation in Tempelhof eröffnet, die den Verkehr von Dresden und Götting nach Berlin aufnehmen soll. Weitere Stationen sind im Norden Berlins in der Greifswalder Straße, im Westen in Zehlendorf und an der Heerstraße für die Zufahrt von Hamburg aus vorgesehen. Die Autoflossen sind durch Schilder, die nachts beleuchtet werden, weithin kenntlich gemacht; sie führen gleichzeitig Betriebsstoffe für die Autos.

Blindenarbeit.

In der Städtischen Blindenanstalt, Berlin, Dreierstr. 26, werden in der Zeit von 8 bis 16 Uhr etwa 250 Blinde aus allen Bezirken Berlins mit Stuhlflechtarbeiten und der Anfertigung von Bürsten, Seilen, Körben und Matten beschäftigt. Die Blinden brauchen diese Beschäftigung notwendig, weil für sie die Arbeit der Inhalt des Lebens ist. Nur durch Kauf von Blindenwaren und durch Stuhlflechtarbeiten können die Blinden unabhängig beschäftigt und vor Not geschützt werden. Im Interesse der Blinden werden die Berliner Hausfrauen erneut aufgefordert, der Blindenanstalt namentlich Stuhlflechtarbeiten zu erwerben, da es der Stuhlflechterei wieder an Arbeit mangelt. Die Stühle werden kostenlos zum Flechten abgeholt und ebenfalls zurückgebracht. Es ist empfehlenswert, daß die Stühle schon vor der Rückkehr der Anstalt zum Flechten übergeben werden. Außerdem sind von den Blinden auch in diesem Jahre für die Reisezeit preiswerte Reisekörbe und Hängematten aus besten Rohstoffen gefertigt worden. Die in großer Auswahl im Verkaufsaum der Blindenanstalt ausliegen. Besonders wird darauf hingewiesen, daß die Stuhlflechterei keinen Aufschlag von Haus zu Haus schickt und daher in der Lage ist, ihre Erzeugnisse zu gewöhnlichen Tagespreisen abzugeben. Zu jeder gewünschten Auskunft ist die Geschäftsstelle der Städtischen Blindenanstalt unter Fernruf Weg. 266 und Moritzplatz 972 gern bereit.

Schmutzfluten in öffentlichen Anlagen.

In letzter Zeit sind die Papierkörbe in den öffentlichen Anlagen häufiger in nicht wiederzugebender Weise verunreinigt worden. Nicht nur, daß für die Arbeiter der Gartenämter die schmutzige Arbeit der Reinigung entsteht, ist es auch für die Besucher der Anlagen ekelhaft, einen derart beschmutzten Papierkorb zu sehen. Für Kinder besonders besteht die Gefahr der Übertragung von Krankheitserregern. Alle Besucher der Anlagen werden deshalb im eigenen, wie auch im Allgemeininteresse dringend gebeten, derartige Verunreinigungen zu verhindern und Uebertragungen zur Anlage zu vermeiden.

Besucht Borkum!

Das Heilbad an der deutschen Nordsee.
Reines Seeklima. Steinfreier Strand.
Stärkster Wellenschlag.
Prospekt durch die Badedirektion.

Das preußische Arbeiterbildungswesen.

Preußen ist auf dem Gebiet des Arbeiterbildungswesens dem Reich und zum Teil den anderen deutschen Ländern vorangegangen. Es war der damalige preußische Kultusminister Haenisch, der in Verbindung mit Büdemann als preußischem Finanzminister aus der gegebenen Situation heraus die Gründung der Akademie der Arbeit in Frankfurt o. M. möglich machte. Zugleich wurde damit ein bisher neuartiger Typ der Wirtschaftsschule für Arbeiter geschaffen. Alle

politische Arbeit der Vorkriegszeit

war für die Arbeiterklasse Agitationschulung. Das konnte nicht anders sein, denn die Arbeiterklasse stand außerhalb entscheidender Mitbestimmung in Staat und Wirtschaft. Die Agitation war zugleich negative Kritik, war Opposition und schärfste Ablehnung der Staatspolitik des wilhelminischen Systems. Als durch die Wirkungen des Krieges und der Revolution die bisherigen politischen Machtverhältnisse zusammenbrachen, bedeutete das für die Arbeiterklasse die Notwendigkeit, sich selbst aktiv an dem Aufbau des neuen Staates zu beteiligen. Leitende Stellungen in der Staatsverwaltung und bedeutungsvolle Aufgaben sind Männern aus der Arbeiterklasse anvertraut worden, aber die Frage des Nachwuchses ist ein ernstes Problem. Hier sollen die von der preußischen Staatsregierung geschaffenen Einrichtungen Gelegenheit zur geistigen Heranbildung eines Teiles der Führerschaft bieten.

Die Akademie der Arbeit in Frankfurt

will eine solche Führerschule sein. Aufnahme finden aus den Kreisen der Arbeiterschaft Männer und Frauen, die, losgelöst von den Sorgen ihrer Berufsarbeit, sich in einem Lehrgang von neun Monaten bestimmten Studien hingeben können. Die Teilnehmer werden delegiert, und zwar vorwiegend von den Gewerkschaften aller Richtungen, so daß ein natürlicher Ansehensprozeß stattfindet. Wer sich aus der Masse der Arbeiterschaft durch Anlagen und Fähigkeiten heraushebt und Arbeitsenergie und Fleiß erkennen läßt, wird gefördert. Dieses System hat den Vorzug, daß die Arbeiterklasse selbst durch ihre Organisationen mit der Frankfurter Akademie verbunden bleibt. Nach dem Beitrag zwischen dem preußischen Staat und den Organisationen hat die Arbeiterklasse unmittelbaren Einfluß auf Lehrplan und Lehrkörper. Ebenso ist ihre Mitwirkung bei den beiden staatlichen Wirtschaftsschulen in Düsseldorf und Berlin geregelt. An allen drei

Schulen werden Staatslehre, Recht und Wirtschaft als Lehrgebiete gepflegt. Vorlesungen wechseln ab mit Seminarführungen. Die Methode der Arbeitsgemeinschaft im wirklichen Sinne des Wortes kommt zur Anwendung. Erste Fachleute auf den in Frage kommenden Gebieten werden zu Vorträgen herangezogen, so daß der Lehrstoff in seiner ganzen Vielseitigkeit und Problematik an den Lernenden herankommt. Doch mit Ernst und Eifer gearbeitet wird, hat schon mancher Universitätslehrer konstatiert und zwischen dem studierenden Arbeiter und dem Universitätsstudenten Vergleichs gezogen, die für die Arbeiter nicht ungünstig sind.

Aus eigener Kraft!

Diese Tatsache ist durch die Eigenart der besonderen Zielsetzung bedingt. Es handelt sich nicht um Parteischulen. Parteipolitik wird hier nicht getrieben. Ist das möglich, ohne in die Fehler der Gefinnungslosigkeit zu verfallen, die jeder klaren Entscheidung und Wertung ausweicht? Es ist möglich geworden, weil sich Menschen zusammenfinden, die politisch schon eine Orientierung mitbringen. Denn die Menschen, die hier lernen, sollen und wollen sich nicht eine politische Weltanschauung erarbeiten, die hat ihnen das Leben draußen schon gegeben. Worauf es ankommt ist nicht die irrationale Wertung der Probleme in Staat und Wirtschaft, sondern die rationale Analyse. Die subjektive Wertung wird durch die exakte Unterordnung vertieft und fundamementiert. Die Lehre vom modernen Staat wird soziologisch betrachtet, das Recht kommt zur Darstellung als Ideenbildung, die Wirtschaft wird untersucht nach den treibenden Kräften, nach den realen Grundlagen und Notwendigkeiten. Menschen aus der Arbeiterschaft, die hier gearbeitet haben, lehren, bereichern mit wertvollen Einsichten und weitem Ueberblick, wieder zu ihrer früheren Tätigkeit zurück. Deshalb war die Fragestellung so, als man im Breußen Landtag und im Preußischen Staatsrat wissen wollte, welche Stellungen die Teilnehmer dieser Lehrgänge nach ihrem Abgang angetreten haben und ob das Anlagkapital rentabel gewesen sei. In Wirklichkeit erwirbt der Schüler aus Frankfurt, Düsseldorf oder Berlin sich nicht die gefährliche Anwartschaft auf irgendeine Stelle. Er soll sich aus eigener Kraft emporarbeiten. Immerhin hat sich im Laufe der Jahre schon gezeigt, daß sowohl die Arbeiterbewegung wie auch Wirtschaft, Staat und Gemeinde sich manche wertvolle Persönlichkeit, die von der Akademie kam, nutzbar machen konnten.

Richard Waldt.

bringen. Ferner werden in die Papierkörbe Klusia Küchenabfälle und andere Dinge geworfen, die in die Hausmüllkästen gehören. Auch diese Unsitte kann für die Gesundheit nachteilig werden, weil sich leicht Ungeziefer ansammelt, das zur Ausbreitung von Krankheitserregern beiträgt. Die öffentlichen Anlagen sind zur Freude und Erholung da. Es sollte sich eigentlich von selbst verstehen, daß Unsitte der gerügten Art nicht vorkommen.

Kunstausstellung in Tegel.

Schülerarbeiten der Humboldtschule.

Schüler der Humboldtschule in Berlin-Tegel, die dieses Jahr auf ein fünfundsiebenzigjähriges Bestehen zurückblicken kann, haben in dem Zeichenloos der Schule eine Ausstellung aufgemacht, die von der üblichen Art der Schulausstellungen höchst vortrefflich absticht.

Schon im Treppenaufgang fesselt ein großes, farbiges Wandbild. Vor dem Eingang machen Terrakotten, die in einem mächtigen Block eingelassen sind, auf die Grundgedanken aufmerksam, die der Ausstellung zugrunde liegen: Arbeit und Freude. Daß gerade Tegel als gutes Beispiel für einen Ort der Arbeit und Freude gelten kann, ersehen wir auf einem kurzen Rundgang durch die Ausstellung selbst. Drei große Transparenztafeln zeigen das Bild von den Fenstern in leuchtenden Farben auf und schaffen durch den loyalförmigen Aufbau eine geschickte Dreiteilung des Raumes. Auf dem ersten Transparent machen wir einen Blick in den Betrieb des Porzellanwerkes. Arbeiter haken mit Händen das Werkstück aus der Blut der Schmiedepresse. Konstruktivistische Dekorationen schmücken die schwarzgehaltene Seitenwände, die kunstvoll aus Krepppapier zusammengesetzt sind. „Tegel ein Ort der Arbeit“ verkünden wuchtige, gut verteilte Buchstaben, die in origineller Weise mit farbigen Kreiden auf den Linoleumfußboden gemalt sind. Das mittlere Transparent schildert die ewige Sehnsucht des Menschen nach dem „Sonnensand“. An schweren Ästern rütteln die Ausgestoßenen des Lebens, die auch ihren Anteil am „Glück“ haben möchten. Rot und Gold sind hier die vorherrschenden Farben. Ganz in hellem Gold und hellem Grün gehalten sind die Dekorationen zum dritten Transparent: „Tegel ein Ort der Freude“. Ein jugendliches Paar wandert mit Rucksack und Klampfen am Ufer des Sees, auf dem große Segelboote schaukeln. Gegenüber an der Längswand hängen in kleineren Formaten zahlreiche bildliche Abwandlungen des Themas „Arbeit und Freude“, sicherlich in der Mehrzahl Durchschnittsleistungen, die aber in einigen hervorragenden, praktischen und farbigen Lösungen auf talentvolle Schüler und — auf einen talentvollen Lehrer schließen lassen. Einen großen Fortschritt schon bedeutet der erwachende soziale Sinn, der auf der Mehrzahl der Bilder zum Ausdruck kommt und den auch die Gedächtnisbilder widerspiegeln, die z. B. das Leben des Bergmanns zum Vorwurf haben. Wie groß ist der Unterschied dieser Arbeiten zu den schwächlichen, ausschließlich aus der Handarbeit geholten Bleistiftzeichnungen einer Unterrichtsreihe vor 20 Jahren, die zum Vergleich ebenfalls ausgestellt sind und durchweg die jugendliche Schaffensfreude vermissen lassen.

Bandalen im Treptower Park. In den letzten Nächten sind im Treptower Park acht Bänke herausgerissen und zum Teil beschädigt worden. Ein Papierkorb und Banflüchen wurden von den Bandalen in die Spree geworfen. Die städtischen Anlagen stehen unter dem Schutze der Einwohner. Jeder sollte dazu beitragen, daß derartigen Personen das Handwerk gelegt wird.

Tageskurstafel im Schloß Ruhwald.

Das Bezirksamt Charlottenburg eröffnete am 14. Mai eine Tageskurstafel für Frauen im Schloß Ruhwald. Das Schloß hat seinen ausgedehnten Parkanlagen liegt an der Spandauer Chaussee Ecke Spretiallee, etwa auf halbem Wege zwischen Krankenhaus Bestand und dem Spandauer Bos. Aufgenommen werden Frauen und Mädchen über 14 Jahre. Die Lehrblätter sind schwachlich und in der Ernährung heringerkommen, aber auf beginnende Tuberkulose verdächtig, oder für Heilstätten beantragt sind, wegen Ueberfüllung oder noch nicht aufgenommen werden können, oder eine Nachkur nach Heilstättenbehandlung machen sollen. Keine Aufnahmen finden Personen mit ansteckender Tuberkulose, sonstigen ansteckenden Krankheiten, Nerven- und Darmleiden. Die Erholungsstätte steht unter ärztlicher Aufsicht. Die Tageskurstafel dauert von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. Als Verpflegung werden verabfolgt: als 2 Frühstück: Suppe und belagtes Brot, mittags: reichliche und kräftige Mittagskost, nachmittags: Milch und Butterbrot. Der Tageslohn beträgt 2 M. Die Aufnahme ist abhängig von einer vorherigen ärztlichen Untersuchung im Fürsorgeamt für Lungentrante, Berliner Str. 137 (Sprachzeit: Dienstag und Freitag 10 bis 1 Uhr, für werktätige Frauen auch Donnerstag von 18 bis 20 Uhr), oder von der Bringung eines ärztlichen Attestes einer anderen Fürsorgestelle oder des behandelnden Arztes über den Grund der Einweisung sowie darüber, daß keiner der vorgenannten Ausschlussgründe vorliegt. Gleichzeitig ist eine Erklärung wegen Uebernahme der gesamten Kosten vorzulegen. Alle Anträge sind an das Charlottenburger Fürsorgeamt für Lungentrante zu richten, das den Anmeldezeit festsetzt.

Neue Parkanlage in Reinickendorf.

Am Schönholzer Weg ist von einer Siedlungsgesellschaft der Stadt Reinickendorf ein 27 Morgen großes Gelände überlassen worden, auf dem eine neue Parkanlage errichtet werden soll. Der neue Park wird sich zwischen Kopenhagener Straße und der Unterführung an der Stettiner Straße hinziehen. Es ist bereits ein Entwurf der Stadtverwaltung vorgelegt worden. Man will nicht nur Rasenflächen schaffen, sondern auch mehrere kleine Gehölze, in denen Eichen, Akazien, Tannen, Kiefern und Fichten angepflanzt werden sollen. Zwischen diesen Gehölzen werden mehrere ausgedehnte Ruheplätze angelegt, auf denen Bänke errichtet werden. Außerdem ist ein großer Kinderplatz vorgesehen, ebenso sollen zwei Tennisplätze errichtet werden. Kinderplatz und Tennisplatz werden so von Baumgruppen eingerahmt, daß sie für die übrigen im Park promenierenden Erholungsbedürftigen verdeckt liegen und durch etwaigen Lärm nicht die Ruhe stören.

GEGEN
Haemorrhoiden
DAS VON DER ÄRZTLICHEN
WISSENSCHAFT ANERKANNTE
Salbe RM 1,75
Zapfen RM 2,65
Posterisan
In den Apotheken erhältlich

Der Kinderbrei für mein Bübchen ist zart und weich und überaus bekömmlich!

Wissen Sie, woher das kommt, liebe Leserin?

Ich bereite diesen Brei, den mein Kind schon seit seinem 5. Monat bekommt, aus dem nahrhaften Mondamin (1 Eßlöffel voll, kalt angerührt, auf 200 g Vollmilch). Man sieht's dem Kleinen an, wie fein ihm diese Mahlzeit schmeckt. Das Schönste dabei ist für mich das Bewußtsein, durch den

Mondaminbrei seinem Gedeihen und seiner Verdauung den besten Dienst zu erweisen. Uebrigens setze ich auch seinem Milchfläschchen schon von Anfang an die ärztlich vorgeschriebene Menge Mondamin zu. Wirklich, mein Junge ist eine lebende Reklame für Mondamin!

Neben Mondamin gibt es jetzt auch Puddingpulver aus echtem Mondamin zu 10, 15 und 25 Pfennig.

Eine von den Millionen, die auf Mondamin schwören.



Palastrevolution im Hochkapitalismus.

Prof. Schmalenbach über Kartelle und eine neue Wirtschaftsverfassung der Zukunft.

Professor Schmalenbach, der Mitverfasser des Braunkohlen- und des Steinkohlengleichens, der anerkannte Führer der scheinbar bürgerlichsten aller Wissenschaften, der Betriebswirtschafts- und der dynamischen Bilanzlehre, hat auf der Tagung der deutschen Betriebswirtschaftler in Wien eine Rede gehalten, die ein Bekenntnis und ein sensationelles Ereignis ist.

Wir nennen diese Rede eine „Palastrevolution im Hochkapitalismus“, weil der Kapitalismus der Riesenbetriebe aller Art ohne die von Schmalenbach seit 30 Jahren geführte und geförderte moderne Betriebswirtschafts- und Bilanzwissenschaft nicht denkbar ist und weil Schmalenbach selbst es ist, der das Ende der freien und das Kommen einer stark gebundenen Wirtschaft verkündet, die vom Staat ihre Rechte empfängt und dem Staat über die Erfüllung ihrer Pflichten Rechenschaft schuldet. Daß Schmalenbach zugleich ausruft: „Was ist es denn im Grunde genommen anders als die Erfüllung der Voraussetzungen des großen Sozialisten Marx, die wir erleben?“, das verleiht der Programmrede Schmalenbachs zugleich den Charakter einer großen Sensation.

Wie alle Fundamentalkritik geht auch die Kritik Schmalenbachs von einer fundamental einfachen Erkenntnis, der Hauptkenntnis der modernen Betriebslehre aus: von der Verschlebung der Produktionskosten im Betrieb mit der wachsenden Größe des Betriebs. Das Wesen der wachsenden Betriebskonzentration ist es, daß der Anteil der proportionalen Kosten (etwa Löhne und Material) kleiner, der Anteil der fixen Kosten (Zinsen, Abschreibungen, Verwaltung und andere Betriebskosten) dagegen immer größer geworden sei, und zwar so sehr, daß schließlich der Anteil der fixen Kosten für die Produktionsgestaltung bestimmend werde. Freie Wirtschaft sei nur möglich, wenn die Produktionskosten im Wesentlichen proportionaler Natur seien. Da das Steigen der fixen Kosten noch lange anhalten werde, sei es völlig hoffnungslos, auf die Wiederkehr der freien Wirtschaft zu rechnen. Mit den hohen fixen Kosten der Riesenbetriebe sei die moderne Wirtschaft des Heilmittels beraubt, das selbsttätig Produktion und Konsumtion in Einklang bringt und so das wirtschaftliche Gleichgewicht herstellt. Die große Wirtschaftsmaschinerie im ganzen, die Volkswirtschaft, habe ihr selbständiges Steuer verfallen. Die freie Wirtschaft des 19. Jahrhunderts müsse unter der Herrschaft der fixen Kosten einer neuen gebundenen Wirtschaft Platz machen, für die Schmalenbach hinsichtlich der Kartelle zu der Konsequenz kommt, daß die Monopolgebilde der neuen Wirtschaft ihr Monopol vom Staat empfangen, der Staat aber auf der anderen Seite die Einhaltung der aus dem Monopol entspringenden Pflichten überwacht.

Die Arbeiterschaft wird natürlich die Bedeutung der Schmalenbach-Feststellungen nicht überschätzen. Karl Marx hätte auch dann recht gehabt, wenn Schmalenbach das nicht festgestellt, und die gebundene Wirtschaft, wie sie Professor Schmalenbach sieht, ist zwar eine Etappe zum Sozialismus, bleibt aber blühendster Hochkapitalismus, wenn auch unter der Kontrolle des Staates. Schmalenbach war ein Bewunderer des freien Unternehmerskapitalismus; er ist noch lange kein Sozialist, wenn er eine Epoche des gebundenen, vom Staat zu kontrollierenden Monopolkapitalismus verkündet. Daß er aber in aller Deffektivität eine vernichtende Kritik an dem sich schließlich als freie Wirtschaft gebärdenden Kartell- und Monopolkapitalismus übt, daß er das in dem Augenblick tut, wo er in den von ihm geführten Kommissionen tiefe Einblicke in die Syndikate der Schwerindustrie getan hat und wo die Schwerindustrie sich auf seine Autorität für ihre zerstörerische Monopolpolitik beruft, das gibt dem Kritiker Schmalenbachs in Wien auch für die Politik der organisierten Arbeiterschaft eine hohe Bedeutung.

Wir zitieren aus dem Vortrag, den uns Professor Schmalenbach im Wortlaut zur Verfügung gestellt hat, im folgenden einige der markantesten kritischen Stellen.

Neue Wirtschaft — alte Köpfe.

„Die Wirtschaftsgeschichte kommender Jahrhunderte wird vermutlich das 19. Jahrhundert als das Jahrhundert der freien Wirtschaft bezeichnen; und zwar wird man diese Wirtschaft die freie nennen, weil sie sich an eine gebundene Wirtschaft anschließt, und weil es wieder eine gebundene Wirtschaft ist, die ihr folgt.“

Das, was der freien Wirtschaft vorausging, war die Wirtschaft einer aus Stadt und Land bestehenden Wirtschaftsgemeinde, deren industrieller Teil durch das System der Zünfte beherrscht ward. Ihr wesentlichstes Kennzeichen war eine durch natürliche und gesetzliche Schranken bewirkte Gebundenheit.

Die dem Zeitalter der freien Wirtschaft folgende Ordnung dagegen ist, wie wir Zeitgenossen dieser Entwicklung sehen, eine solche, die durch Kartelle, Trusts und andere Monopolgebilde, durch Staatsbahnen, Staatsposten, Staatsbanken, staatliche Verschönerungsanstalten, staatlich beherrschte Landesgenossen für Licht- und Kraftlieferung, gemischte Unternehmungen vielerlei Art, staatliche Preisregelung für Rohle, Raß, Wohnraumbau und staatliche Festlegung von Lohnsätzen gekennzeichnet ist und die gegenüber dem, was vorher war, die mannigfaltigsten Züge der Gebundenheit aufweist. Und man darf annehmen, daß sich diese Kennzeichen der Gebundenheit in der Zukunft noch stark vermehren werden.“

„Immerhin hat die freie Wirtschaft des 19. Jahrhunderts auch durch die ihr eigene Natur der Gebundenheit manche große, fast beispiellose Erfolge aufzuweisen. Sieht man genauer zu, so besteht der tiefste Grund der großen Erfolge, die mit der freien Wirtschaft verbunden waren, in der ganz außerordentlichen Rückwärtsentwicklung dieser Wirtschaft: in ihrer großartigen, vorher selten dagewesenen und nicht leicht wiederkehrenden Unbestimmtheit, mit der sie alles, was nicht wirtschaftsträchtig war, niedertrat und es ohne Erbarmen umfing; in der robusten Selbstverständlichkeit, — man möchte es fast Taktlosigkeit nennen — mit der sie den Wirtschaftsträgern an die Oberfläche trug.“

„Wir, die Spätlinge des Jahrhunderts, die wir nun schon wieder 25 Jahre im neuen Säkulum leben, gehören dieser Wirtschaftsepoche nur noch halb an. Wir sind eine Generation, die auf der Schwelle steht, ausgestattet mit allen Vorzügen und Nachteilen, die einer solchen Schwelgeneneration eigenartig sind.“

„Hierbei ist zunächst festzustellen, daß von einem bewußten Willen (in eine neue Wirtschaft hinauszumarschieren, D. Red.) nicht die Rede sein kann. Diejenigen, die die Wirtschaft führen, haben sich nicht das Ziel gesetzt, die alte Wirtschaft zu verlassen und sich an einer neuen zu versuchen.“

Keiner unserer Wirtschaftsführer geht mit freiem Willen in die neue Wirtschaftsform hinein. Nicht Menschen, sondern starke wirtschaftliche Kräfte sind es, die uns in die neue wirtschaftliche Epoche hineintreiben.“

Es ist sogar festzustellen, daß nahezu alle unsere Wirtschaftsführer wenigstens theoretisch ausgesprochene Gegner der wirtschaftlichen Ideen sind, die der neuen Wirtschaftsform den Untergrund geben.“

„Was ist es denn im Grunde genommen anders, als die Erfüllung der Voraussetzungen des großen Sozialisten Marx, die wir erleben?“

Seine Vorstellungen von der Zukunft der Wirtschaft sind es, die wir sich erfüllen sehen. Wenn wir unseren Wirtschaftsführern von heute sagen würden, daß sie gewollt oder ungewollt sozusagen Vollstrecker des Marxistischen Testaments seien, so würden sie, ich nehme es an, mit allem Nachdruck dagegen protestieren. Nein, man kann wirklich nicht sagen, daß unsere Wirtschaftsführer uns mit bewußter Absicht in die neue gebundene Wirtschaft hineintreiben. Sie sind Werkzeuge, nichts als Werkzeuge. Und wenn wir nach den inneren Gründen des Systemwechsels fragen, den wir erleben, so müssen wir diese Gründe nicht in den Menschen, sondern in den Dingen suchen.“

Kartelle, Monopole und ihre Mandatare.

„Wenn Sie die Geschichte der Wirtschaft, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten vor uns abgepielt hat, ansehen, so bemerken Sie überall, daß die monopolartigen Gestaltungen, insbesondere die Kartelle, zuerst da entstanden sind, wo große fixe Kosten vorhanden waren; im Verkehrswesen, im Bergbau, bei den Hüttenwerken, bei den Industrien der großen Ofenanlagen; viel weniger und viel später in der Textilindustrie, in der Fertigungsindustrie für Eisen und Holz usw. In der Fertigungsindustrie hoben die fixen Kosten sich langsam und machen sich erst neuerdings stark bemerkbar. Und so sind wir in der Industrie der Rohstoffe schon vor einigen Jahrzehnten aus der freien in die gebundene Wirtschaft hineingegangen. In der Industrie der Fertigprodukte dagegen hat diese Entwicklung erst begonnen. Schon sehen wir, wie die Tendenz in der Industrie nicht haltmacht, sondern hineingreift in den Handel. Denn auch hier gilt der Satz, daß der Anteil der fixen Kosten fortgesetzt zunimmt, der Anteil der proportionalen Kosten sich dagegen vermindert.“

Man kann es heute, nachdem wir so viele Beispiele einer gleichlaufenden Entwicklung gesehen haben, mit voller Sicherheit aussprechen, daß das Ueberhandnehmen von fixen Kosten mit der Existenz der freien Wirtschaft auf die Dauer unverträglich ist, daß die freie Wirtschaft unter der Herrschaft der fixen Kosten einer neuen gebundenen Wirtschaft Platz machen muß. Dieses zu konstatieren, wird mir nicht leicht. Denn die Erscheinungsformen der neuen gebundenen Wirtschaft, die wir nun schon seit einigen Jahrzehnten beobachten können, sind keineswegs überall sympathisch. Wenn ich irgendeinen Weg sehe, zu der alten freien Wirtschaft zurückzukehren, so würde ich ganz gewiß raten, diesen Weg zu beschreiten.“

„In diesen großen Monopolgebilden, die wir heute vor uns sehen, sitzt der glückliche Arrivierte viel fester im Sattel, als er früher bei dem System der freien Wirtschaft sitzen konnte. Bei dem System der freien Konkurrenz mußte er sich immer wieder aufs neue seinen Platz verdienen. Heute hat er das in viel geringerem Grade notwendig. Nicht nur einzelne Personen, sondern ganze Familien, ganze Interessengruppen können sich heute im Schutze eines Monopols erhalten, wo sie früher unter dem System der freien Konkurrenz rücksichtslos und unbarmerzig hinweggeräumt worden wären. Daß dieses Parasitentum sich durch seine Erbkrankheit, die Ueberheblichkeit, tüchtig auszeichnet, ist kaum zu sagen nötig. Auch auf anderem Gebiete läßt die neue gebundene Wirtschaft die Grundzüge der Dekonomie unsiechsam vermissen.“

„Veraltete und völlig unwirtschaftliche Verwaltungs-einrichtungen, unnötigerweise eingeschobene Handelsgesellschaften, allen diesen Dingen begegnet man in der neuen Wirtschaft auf Schritt und Tritt. Uebertriebenen Bürokratismus, übermäßige Schwerfälligkeit, übermäßige Kospizität der Verwaltung und übergroße Gehälter und Tantiemen leitender Personen findet man bei diesen monopolistischen Organisationen allenthalben. Und mit Bedauern muß man feststellen, daß alle diese Unwirtschaftlichkeiten Jahre und Jahrzehnte hindurch ruhig fortbestehen können, weil die reinigende Luft der Konkurrenz fehlt.“

„Ganz besonders charakteristisch ist es, daß nicht einmal die Verfassung dieser großen Monopolgebilde, insbesondere der großen Kartelle den Grundrissen einer halbwegs vernünftigen Dekonomie folgt. Man braucht sich nur ein blind ge-griffenes Dugend Kartellverträge anzusehen, um sofort zu erkennen, daß in ihnen

die schwersten Verstöße gegen das wirtschaftliche Prinzip vor-tommen.

„Wenn irgendwo ein Syndikat entsteht, so ist die wesentlichste Schwermacht die, die Beteiligungsziffern festzustellen. Man sollte nun glauben, daß bei dieser Feststellung die wirtschaftlichen Grund-sätze aufs sorgfältigste beobachtet würden. Denn wenn es nicht ge-schähe, so muß das Syndikat für die Dauer seines ganzen Bestehens mit Unwirtschaftlichkeiten kämpfen. Man sollte meinen, daß ein Unterchied gemacht würde zwischen besonders leistungsfähigen und weniger leistungsfähigen Werten. Man sollte weiter annehmen, daß eine gewisse Arbeitsteilung eingeführt werde. Das Gewöhnliche ist jedoch, daß von alledem nichts geschieht. Man ist froh, daß das Syndikat unter Dach und Fach kommt, nimmt alle Unwirtschaftlichkeiten in Kauf und erklärt sie sozusagen in Permanenz.“

„Damit diese permanente Unwirtschaftlichkeit nun nicht etwa irgendwie durchbrochen würde, macht man es den Syndikatsleitenden zur Pflicht, daß sie, soweit es irgend möglich ist, allen Mitgliedern des Syndikats eine möglichst gleiche Beschäftigung verschaffen. Sollte es sich doch irgendwie ereignen, daß ein besonders leistungsfähiges Wert stärker beschäftigt ist als ein weniger leistungsfähiges Mit-glied des Syndikats, so wird so bald wie möglich ein Ausgleich, ent-weder ein Naturalausgleich oder ein Geldausgleich, herbeigeführt. Wenn die Konjunktur schlecht ist und die Syndikatsmitglieder sich eine Einschränkung der Produktion gefallen lassen müssen, so wird keineswegs das Wert, das eine Einschränkung auf die billigste und bequemste Weise bewerkstelligen kann, gegen angemessene Entschä-digung damit beauftragt. Es wird überhaupt eine Untersuchung über diese Frage nicht angestellt.“

„In vielen Syndikaten ist es so, daß die einmal festgestellten Beteiligungen auf alle Ewigkeit bestehen bleiben.“

Sollte aber die Möglichkeit einer Veränderung vorgesehen sein, so entbehrt auch diese Veränderung des wirtschaftlichen Prinzips. Das

Gewöhnliche ist in diesem Falle, daß jemand, der eine höhere Kapazität nachweisen kann, dafür früher oder später gleichviel, ob eine Kapazitätsvermehrung am Platze ist oder nicht, eine höhere Beteiligungsquote bekommt. Erhält er diese höhere Beteiligungsquote, so ist er ebenso wie mit der alten Beteiligung am Absatz zugelassen, auch wenn der Markt eine Absatzvermehrung keineswegs zuläßt. Die Folge davon ist, daß eine Restultation, d. h. eine wirtschaftliche Ueber-legung darüber, ob Aufnahme-fähigkeit des Marktes und Vermehrung der Anlagen bzw. Erhöhung der Kapazität im Einklang stehen, überhaupt nicht stattfindet.“

Kritik der Kohlenwirtschaft.

Selbst bei schlechtester Konjunktur gibt es Werte, die zwecks Erhöhung ihrer Beteiligung ihre Anlage erweitern, indem sie etwa einen Schacht oder eine Kokssofenbatterie errichten. Das Mitglied, das auf diese Weise seine Beteiligung erhöht, tut es nicht zum eigenen Schaden, sondern immer nur zum Schaden der Gesamtheit der Syndikatsmitglieder. Infolgedessen zieht in derartigen Syndikaten alles darauf hin, daß die Kapazität nicht etwa in Einklang mit den Verhältnissen des Marktes bleibt, sondern daß sie fortgesetzt weit über diese hinausragt. Die Folge davon ist dann, daß das Syndikat genötigt ist, befristete Abgabebereiche aufzulegen und dort zu ganz niedrigen Preisen die Fabrikate zu verschleudern. Und so sehen wir, daß diese Gebilde der gebundenen Wirtschaft vielfach gerade die Krankheiten der freien Wirtschaft, zu deren Beseitigung sie geschaffen wurden, nicht einmal zu vermeiden wissen.“

„Wenn Sie einmal die Preispolitik der Kohlen-syndikate und syndikatähnlichen Gebilde ansehen, so bemerken Sie zu Ihrem großen Erstaunen, daß es offenbar zu den größten Nachteilen eines Landes gehört, Kohlen zu besitzen. Es muß wirklich so sein, denn die Kohlenindustrien der Kohlenländer liefern ihre Kohlen zu einem Preise in die nicht Kohlen besitzenden Länder, die weit unter den Selbstkosten liegen. Die Kohlen liefernden Länder bringen dadurch zum Ausdruck, daß es ihnen die größte Unannehmlichkeit bedeutet, Kohlen zu haben, und sie bemühen sich, so schnell wie möglich, dieses Ueberflusses ledig zu werden. Sie lassen sich dieses Bemühen sogar noch viel Geld kosten. Ein unbeteiligter Zuschauer muß den Eindruck erhalten, daß Kohlenbesitz eine Krankheit ist. Allerdings tun die Kohlenzeuger dies nun nicht etwa mit vollem Bewußtsein, sondern sie tun es so, wie wenn ein Trunkener ein Fenster einschlägt. Ihre tatsächlichen Maßnahmen und das, was sie bei einiger Vernunft für gerecht halten müßten, steht in schroffstem Gegen-satz zueinander.“

Es wäre noch einigermaßen verständlich, daß die Kohlenindustrie, nachdem sie sich infolge verfehlter Syndikatsorganisation eine über-große Kapazität zugelegt hat, vor übergehend den Ueberfluß ihrer Produktion verschleudert. Aber auch in diesem Falle wäre es ein wirtschaftlicher Konfession, den Schleuderpreis so tief zu legen, daß nicht einmal die proportionalen Selbstkosten gedeckt werden. Die Gedankenlosigkeit auf diesem Gebiet geht so weit, daß nicht einmal eine genaue Kalkulation darüber angestellt wird, wie hoch sich die proportionalen Selbstkosten belaufen. Ein noch größerer wirtschaftlicher Konfession besteht darin, daß man nicht alles daran setzt, die über-große Kapazität für die Zukunft zu vermeiden. Man macht auf diese Weise die vorübergehende Krankheit zu einer Dauerkrankheit.“

„Weiß man den Syndikaten nach, daß diese ganze Politik für die Gesamtheit der im Syndikat vereinigten Juchengesellschaften un-gemein unwirtschaftlich ist, so hört man oft merkwürdige Zusprüche. Besonders beliebt ist der Hinweis, daß man sich die befristeten Ge-biete für die Zukunft sichern müsse; vielleicht komme einmal eine internationale Preisvereinbarung zustande. Und für diese Hoffnung gibt man hundert Millionen im Jahre aus! Es ist völlig unglaub-lich, daß, wenn sich die Hoffnung auf internationale Preisverein-barung in der Kohlenwirtschaft einmal verwirklichen wollte, das für diese Hoffnung schon seit Jahrzehnten hineingesteckte und vielleicht noch viele Jahre hineinzuwerfende Kapital sich angemessen verzinsen wird. Geht man den unzweifelhaft großen Unvollkommen-heiten der Syndikate nach, so findet man als ihre grund-sätzlichsten Mängel die folgenden. Sie haben es nicht fertig gebracht, den wesentlichen Grundlag der Wirtschaftsorganisation zu befolgen, daß in jeder guten Organisation das Interesse der einzelnen Mit-glieder und Interesse der Gesamtheit gleichberechtigt sein müssen. Außerdem sind die Mitglieder zu wenig geneigt, das nötige Maß an Selbstständigkeit aufzugeben; die Direktoren und Generaldirektoren haben im Kleinen die Mentalität, die den deutschen Fürsten eigen-als es darum ging, das Deutsche Reich zu gründen.“

Der Bismarck, der ihnen den nötigen Patriotismus gewaltsam beibringt, ist noch nicht entstanden.“

Und schließlich leiden die meisten Syndikate erheblich an der Un-gewißheit ihrer Dauerexistenz. Diese Ungewißheit nötigt die Mit-glieder oft, sozusagen mit einem Fuß im freien Markt zu bleiben und sich ihrer Hoheitsrechte nicht leidenschaftlich zu entäußern.“

„Ich glaube so, an dem Beispiel der Kartellorganisation gezeigt zu haben, daß wir nicht gerade mit organisatorischer Eleganz in die neue Wirtschaftsform hineintreten.“

Rückkehr zur freien Wirtschaft eine Utopie.

„Wie wenig erfolgreich derartige Versuche sind (zur freien Wirtschaft zurückzukehren. — D. Red.), sieht man deutlich an der Anti-trustgesetzgebung der Vereinigten Staaten. Die Antitrustgesetzgebung hat, im Grunde genommen, das Ziel, die alte freie Konkurrenz zu erhalten auch dort, wo ihre Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind.“

„Ich möchte auch glauben, daß die leisen Versuche der deut-schen Wirtschaftspolitik, die Dekonomie der gebundenen Wirtschaft durch staatliche Einwirkung zwangsweise herbeizuführen, zu einem vollen Erfolge nicht führen können. Ich selbst habe ja der Kommission angehört, die im mitteldeutschen Kohlenbergbau die Frage zu untersuchen hatte, auf welche Weise sich Erspornsmöglich-keiten erzielen lassen. Ich bin, vielleicht unmaßgebenderweise, der Mei-nung, daß die Kommission gut gearbeitet hat, und daß sich in ihrem Gutachten sehr nützliche Hinweise finden. Trotzdem habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß man auf diese Weise die Dinge schwer meistern kann. Ich will damit nicht sagen, daß die neue Wirtschafts-form starker staatlicher Kontrollen und Eingriffe entraten kann; ich kann mir sogar nicht einmal denken, daß ein halbwegs kräftiger Staat mächtige Kartelle, mächtige Alleinverfüger über Bodenschätze wichtiger Art, einfach nach ihrem Belieben schalten lassen kann. Ich bin überzeugt, daß wir in nicht zu ferner Zeit zu einem Zustande kommen müssen, den auch die Zünfte befehlen.“

„Die Monopolgebilde der neuen Wirtschaft müssen ihr Monopol vom Staat empfangen, und auf der anderen Seite überwacht der Staat die Einhaltung der aus dem Monopol entspringenden Pflichten.“

„Ich glaube nicht, daß die gegen jede staatliche Ueberwachung ein-gestellten Ansprüche der Kartelle diese der Natur der Dinge ent-sprechende Gestaltung der Dinge auf die Dauer abwehren können.“

Der Weltrekord.

Sowjet-Humor von B. Lewin.

Befahren die Einwohner von Rieseritz Fahrräder, dann würden sie die besten professionellen Radfahrer sein. Befahren sie Schlittschuhe, dann würden unter ihnen die besten Schlittschuhläufer aufwachen, und befahren sie Fühbälle, dann würden sich unter ihnen die besten Torwächter und Stürmer in Europa befinden.

Das alles ist möglich; zumal die Sportleidenschaft unter den Einwohnern von Rieseritz sehr verbreitet war. Zum größten Leidwesen aller befahren sie aber weder Fühbälle noch Tennisschläger noch Schneeschuhe noch Fohrträder. Vorhanden waren — Verlangen, Ruhe, gesunde Häute und zwei Plakate im Klub „Seifenblase“: „Durch Körperkultur zum Sozialismus“, „jeder Arbeiter muß Sportsmann sein!“

Es war deshalb kein Wunder, daß der Sport hier ungeheuren Charakter besaß. An jedem Sonntag blühte am Fluß oder am Schlachthaus der Bogensport. Da es aber zu viel Verletzungen gab, verbot man ihn. Eine Zeitlang gab man sich voll Leidenschaft der Tötung von Hunden hin. Diese Sportbegeisterung hatte eine Verordnungs-erweckung, die in der ganzen Stadt plakatiert war: „Um die Tollwutepidemie zum Erlöschen zu bringen, wird den Gefallen gestattete Hunde, wo man sie nur immer trifft, zu töten.“

Im Verlaufe von zwei Wochen waren alle Hunde getötet, und die Sportsleute gingen zum „Hochsprung“ über. Wer vom höchsten Punkte herabspringen kann, der höchste Punkt war — der Turm der Feuerwehre. An drei Sonntagen sprangen sie. Die Erfolge waren wenig heiter: 23 zerbrochene Beine und 17 zerbrochene Arme. Trotzdem erlosch die Liebe zum Sport keineswegs und besonders leidenschaftlich flammte sie im Juli unter der Leitung des Klubs „Seifenblase“ auf, dem Genossen Cypriatow, der eben aus der Krim gekommen war, wo er seinen zweimonatigen Urlaub verbracht hatte.

Auf seinen Antrag fanden am nächsten Sonntag Wettkämpfe statt, die darin beruhten, daß derjenige Sieger sein sollte, der sich am längsten den brennenden Sonnenstrahlen aussetzen konnte. Ein halbes hundert Genossen lag reihenweise am Flußufer mit dem Rücken nach oben. Daneben stand ein Tischchen, hinter dem mit der Uhr in der Hand die Jury mit Cypriatow an der Spitze saß. Nach drei Stunden fuhr einer nach dem anderen empor, trugte sich ungestüm den Rücken und legte wie geistesabwesend am Ufer entlang. Die Haut auf ihren Rücken war unheilverfündend purpurn und mit Blasen bedeckt.

Am nächsten Sonntag wollte kein einziger mehr an diesem Wettkampf teilnehmen. Da erließ Cypriatow, nachdem er sich mit jemandem über diese Frage geeinigt hatte, die Bekanntmachung: „Wer am längsten im Wasser aushält, erhält eine silberne Uhr“. Bisher war in dieser Bekanntmachung davon die Rede, daß der „Sportsverein von Rieseritz Tauchwettkämpfe veranstaltet, die am Sonntag, 12 Uhr mittags, bei gutem Wetter stattfinden werden“. In diesem Zuge machten sich die Einwohner von Rieseritz rechtzeitig bereit. Um die bezeichnende Stunde versammelten sich sozial Menschen wie auf einem Jahrmart. Händlerinnen verkauften kaltes Wasser, faure Getränke und Selter.

Punkt 12 Uhr, als die verschwiegenen Trompeten des Feuerwehregeschwerts losdonnerten, trat Cypriatow auf den Tisch und begann zu sprechen:

„Genossen! Ich erinnere mich nicht mehr genau, weiß aber ungefähr, daß ein Franzose am längsten unter Wasser aushält, und zwar 15 Minuten und 10 Sekunden. Länger war niemand unter Wasser. Amerikaner versuchten es, auch Engländer, ja sogar Japaner, niemandem aber gelang es. Bei uns wurden, da der Sport unter dem früheren System vollkommen auf dem Boden lag und durch den Jargonismus verfolgt wurde, erst in letzter Zeit Versuche angestellt. . . . Einer dieser Versuche findet jetzt in unserem Ort statt. Wenn jemand von unseren Genossen ungefähr 30 bis 40 Minuten aushält, ist er ein Held. Ihn werden sofort alle Zeitungen und das Radio verkünden, und nicht nur bei uns, sondern auch im Ausland. . . . Unser Preis beschränkt sich nur auf diese Uhr.“ Cypriatow zeigte der Menge die silberne Uhr.

Die Wettkämpfer in ihren blauen Badehosen, die um den Tisch herumstanden, wurden sichtlich ungeduldig, doch Cypriatow fuhr fort: „Die Uhr mit der Kette ist 22 Rubel wert. Wer also am längsten unter Wasser aushält, bekommt sie. Wir beginnen sofort.“

Das Orchester spielte einen Marsch und verstummte dann. Statt seiner ertönte alarmierend eine Trommel. Einer der Taucher trat an die Brüstung der Brücke und warf sich unter dem Beifall der Menge ins Wasser. Nach einer Minute sprang er wieder empor. Wieder ertönte die Trommel, wieder klatschte man Beifall und ein zweiter warf sich ins Wasser, ein dritter, ein vierter. Niemand hielt es aber länger als eine Minute unter Wasser aus. Schließlich kam die Reihe an den Angestellten des Speisehauses Ignaz Raffaronikow.

Unter dem Schreien der Volksmenge: „Ignaz, mach keine Kunststücke!“ ging er kühn an die Brüstung und wollte bereits betweterspringen, als er plötzlich unerwartet durch seine legitime Gattin an den Hofen gepackt wurde und die Menge ihr Keifen hörte: „Ich laß dich nicht, ich laß dich nicht! Säuer! Talspisch.“

Man drängte die unauferklärte Frau zur Seite. Die Trommel ertönte alarmierend und unter dem Rauschen des Beifalls sprang Ignaz kopfüber ins Wasser. Es verfloß eine Minute, es verfloßen zwei Minuten, drei, zehn, und Ignaz zeigte sich nicht. Der von diesem Erfolg hocherfreute Cypriatow ließ wiederum eine Rede vom Stapel:

„Genossen! Noch zehn Minuten und der Weltrekord wird von uns erreicht sein. Hurra!“ Alle schrien: „Hurra!“ Man beglückwünschte Raffaronikows Frau. Diese blickte nachsichtig in die Tiefe des Flusses und dachte nach, was sie für das für die Uhr erhaltene Geld kaufen wird. Es verfloßen noch zehn Minuten. Das Orchester spielte. Die Menge wurde nervös. Wieder schrien sie „Hurra!“ Cypriatow war erregt — schon 25 Minuten und 15 Sekunden; ein unerhörter Rekord.

Aber Ignaz zeigte und zeigte sich noch immer nicht. „Wir haben den Weltrekord erreicht.“ schrie noch einer Stunde der heitere Cypriatow.

Das Volk glaubte es aber nicht mehr. Das Volk zweifelte. Und jemand behauptete sogar, daß er gleich in der ersten Minute sah, wie Ignaz emporgekommen und wieder wie ein Stein auf den Grund gegangen war.

Es hämmerte. Die Menge ging auseinander. Als letzter ging Cypriatow und leuchtete:

„Ach, wenn er emporgekommen wäre, hätte man in ganz Europa eine Sensation gehabt. . . .“
Die tränenerfüllte Witwe erhielt die Uhr.

(Demisch von E. Ruppold)

Der 1. Deutsche Arbeitergesangverein

Von Victor Noad.

Vor wenigen Tagen berichtete der Vorstand des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, daß die Parannahmen zu dem ersten deutschen Arbeiter-Sänger-Bundesfest am 16., 17. und 18. Juni in Hannover bereits 45 000 überschritten haben. Die Reichsbahn-Gesellschaft wird Sonderzüge einlegen, um für den einzigartigen Andrang zu dieser Arbeiterkundgebung gerüstet zu sein.

Das Fest in Hannover ist ein Gipfelpunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiter-Sängerbewegung, von dem aus man mit großer Befriedigung zurückblicken kann auf den zurückgelegten Weg.

Ich erinnere mich angefaßt dieses großen Erfolges nicht unbewegt der vergilbten Dokumente, die mir im Jahre 1910 der Bundesvorstand in die Hände legte als Material für die Geschichte des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, die im Frühjahr 1911 im Verlage des Bundes erschienen ist. Briefe, Protokolle, Berichte, mühsam von Arbeiterhand geschrieben, die nur selten zur Feder griff und im Schreiben nicht geübt war. Dokumente der Not, aber auch des unbedingten Willens, der Arbeiterschaft den ihr gebührenden Platz im Reiche der Musik zu erobern.

Es war damals nicht so einfach wie heute, einem Arbeitergesangverein anzugehören; weil die Arbeiter-Sängerbewegung damals viel unmittelbarer mit der politischen Arbeiterbewegung verknüpft war und diese damals den wütendsten Verfolgungen der machthabenden Kreise ausgesetzt war.

Anfang der sechziger Jahre vorigen Jahrhunderts gründete der in liberalem Fahrwasser segelnde „Nationalverein“ in ganz Deutschland sogenannte „Arbeiterbildungsvereine“. Auch Leipzig wurde 1861 mit einer solchen Blüte liberaler Arbeiterunabhängigkeit beglückt. Unter den Arbeiterbildungsvereinen der Fortschrittspartei war der Leipziger „Gewerbliche Bildungsverein“, wie man diesen Arbeiterverein rüchlichsoff nannte, besonders bemerkenswert. Unter seinen Dozenten treffen wir Namen, wie: Wilhelm Liebknecht, Robert Schöndel, Dr. Dammer, den späteren Vizepräsidenten des 1863 von Lassalle gegründeten „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“. Unter seinen Mitgliedern finden wir auch August Bebel.

Dieser „Gewerbliche Bildungsverein“ in Leipzig gründete auch eine Gesangsabteilung. Obmann dieser Gesangsabteilung war kein geringerer als August Bebel; obwohl Bebel sich durchaus nichts auf seine Singstimme eingebildet hatte. Schrieb er doch in seinen Lebenserinnerungen: „Ich sang ersten Bah, den bekanntlich jeder singt, der keine Stimme hat.“

In dieser Gesangsabteilung dürften wir den ersten Gesangverein klassenbewußter Arbeiter zur Pflege des proletarischen Kampfes erkennen. Seine Entwicklung ist typisch für die Arbeitergesangvereine überhaupt. Der „Gewerbliche Bildungsverein“ wurde mit 400 Taler jährlich unterstützt, und die Gesangsabteilung konnte sich zunächst mit an der Sonne bürgerlichen Wohlwollens wärmen. Aber diese Sonne wühlte sich in demselben Maße ab, wie sich die Mitglieder des Vereins ihrer besondern wirtschaftlichen und sozialen Lage als Lohnarbeiter bewußt wurden und dieser Erkenntnis auch Ausdruck verliehen. Nachdem Bebel sich offen zur Sozialdemokratie bekannt hatte, verschwand diese Sonne auf immer hinter den schwarzen Wolken des bürgerlichen Rhythmus. In diese Scheidung der Geister war natürlich die Gesangsabteilung einbezogen. War doch Bebel ihr Deputierter.

Der Leipziger Arbeiterbildungsverein war eines der ersten Opfer des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie, das Bismarck am 14. Mai 1878 im Reichstage eingebracht hatte. Der Verein war aber noch nicht endgültig aufgelöst, so waren schon aus der Gesangsabteilung zwei selbständige Arbeitergesangvereine geworden. Als dann im Januar 1879 tatsächlich die Auflösung erfolgte, war auch die Neuanlage unter der Firma: Fortbildungsverein für Arbeiter bereits im Entstehen, und zu Weihnachten 1879 konnten 8 Leipziger Arbeitergesangvereine mit 300 Stimmen konstituieren.

Aber was kostete das auch für Kämpfe und für Opfer! In seiner blinden Wut über das Anwachsen der Sozialdemokratie trotz Sozialistengegner verhängte Bismarck 1881 den Belagerungszustand nicht nur über Hamburg-Altona, sondern auch über Leipzig. 33 Ausweisungsbefehle trafen Leipzig gerade um die Weihnachtzeit, und zumeist Familienverbände. Sie wurden brutal ausgeführt. Auch Liebknecht, Bebel und Hasekleeper wurden ausgewiesen. Die Arbeiter-

sängerbewegung wurde durch diese Ausweisungen so hart betroffen, daß ihre Entwicklung schwer darunter litt. Daneben erfuhr sie auch alle Schikanen des damaligen sächsischen Vereinsgesetzes.

Auch diese Schläge wurden tapfer pariert, und nachdem 1902 das Verbindungsverbot für Sächsen gefallen war, erhob die Arbeiter-Sängerbewegung stolz ihr Haupt als „Arbeiter-Sängerbund Leipzig und Umgegend“.

Von 1918 ab aber sprang die Bewegung in riesenhaften Schritten vorwärts. Mit großer Genugtuung empfanden die als Arbeiter-Sänger organisierten Arbeiter, die die schweren Anfänge der Bewegung nicht vergessen hatten, die Ehrungen, die die stolze Hansestadt Hamburg dem Deutschen Arbeiter-Sängerbund erastes, als er seinen letzten Bundestag 1926 in Hamburg abhielt. Ehrenportien am Hauptbahnhofe, Begrüßungsrede des Senatsvertreters bei der Eröffnungsfeier und am Schluß der Tagung der feierliche Empfang der Arbeiter-Sänger als Gäste des hamburgischen Senats im Rathaus, wobei der Bürgermeister die Begrüßungsansprache hielt.

Wohlgemerkt ein Weg auch von dem Festkonzert des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes in der Hamburger Musikhalle im Rahmen der Bundestagung 1926 bis zu dem auf Anregung von Ferdinand Lassalle 1843 in Frankfurt a. M. gegründeten Arbeitergesangverein „Sängerbund“, der seine Übungsstunden in einer klüsteren, dumpfigen Nebenkammer des Gasthauses „Zum Kestock“ in der Krugstraße zu Frankfurt abhielt. Ganze zwanzig Stimmen war dieser Chor stark. Aber dieses Duzend brachte Lassalle, als er auf seiner Reise in die Schweiz in Frankfurt übernachtete, ein Ständchen. Sie sangen ihm das von Herwegh gedichtete, von Hans v. Bülow komponierte Bundeslied „Bei und Arbeit!“ Der Geschichtsschreiber berichtet: Lassalle sei tief bewegt gewesen. Wir können's ihm glauben: hatte doch Herwegh erst nach halbjährigem Drängen Lassalles das Gedicht und Hans v. Bülow nach nicht längerem energischen Zusetzen des stürmischen Freundes die Musik zu diesem Gedicht hergegeben.

Wohlgemerkt ein Weg nun von jenen neklungenen Tagen zu dem Ersten Deutschen Arbeiter-Sängerbundesfest in Hannover! Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund hat heute 280 000 aktive, 150 000 passive, zusammen 430 000 Mitglieder, die in rund 6500 Männer-, Frauen-, gemischten, Kinder- und Jugendchören (in 30 Gauen) zusammengeschlossen sind. Die „Deutsche Arbeiter-Sängergesellschaft“ erscheint in einer Auflage von 80 000. Der Bundesverlag hat über 1000 Vertagswerte, darunter die Gemischte Chorammlung, die 308, und die Frauenchorammlung, die 180 Chöre enthält.

Wohlgemerkt ein Weg nun vom Lassalle-Ständchen der zwanzig Frankfurter bis zu dem Begrüßungskonzert des Bundes in der mächtigen Stadthalle zu Hannover, bei dem das hannoversche Opernhausorchester mitwirkte, aber zu den 8 großen Chororchestern, die in der hannoverschen Ausstellungshalle, die die über 400 Stimmen starke hannoversche Arbeiter-Sängerschule geben, wobei außer dem hannoverschen Opernhausorchester das Berliner Sinfonieorchester und das Berliner Philharmonische Orchester und 20 erste Solisten mitwirkten werden.

Diese Kundgebung der deutschen Arbeiter-Sänger wird sich würdig anreihen den mächtigsten Arbeiterkundgebungen der neuen Zeit, wie etwa dem Reichsfest des Turn- und Sportbundes 1922 in Leipzig, woran 120 000 organisierte Arbeiter teilnahmen, oder der 150 000 Teilnehmer starken Internationalen Arbeiter-Demonstration in Frankfurt a. M., aber dem Reichsbannertage in Berlin an dem 150 000 Arbeiter marschierten, oder dem Aufgebot von 35 000 Jungpionieren der Sozialistischen Arbeiterjugend in Hamburg.

Der Rückblick in die Geschichte der deutschen Arbeiter-Sängerbewegung zeigt, daß sie im politischen Kampfe der Arbeiterschaft wurzelt. Es sind die politischen Ziele der sozialistischen Arbeiterschaft, die dieser kulturellen, im besonderen musikalischen Bewegung die Richtung und auch die Kraft verleihen, unentwegt vorwärts zu drängen. Nur durch den zweckmäßigen, zielbewußten festen organisatorischen Zusammenschluß Gleichgesinnter wurde die wirtschaftliche Macht erlangt, die eine solche Bewegung zu solchen Erfolgen tragen konnte. Wie in der Vergangenheit, so wird auch in Zukunft die deutsche Arbeiter-Sängerbewegung mit der politischen Arbeiterbewegung auf Gedeih und Verderb verbunden sein. Eine starke Sozialdemokratie führt auch die deutschen Arbeiter-Sänger zu weiteren glänzenden Erfolgen.

Neues über die Herkunft der Indianer.

Bis vor wenigen Jahren galten die Indianer als die Ureinwohner Amerikas und als die Angehörigen einer eigenen Rasse, eben der amerikanischen. Man nahm an, daß sie in diluvialer Zeit, als noch eine Landbrücke zwischen Alaska und Nordostasien bestand, von dort aus eingewandert wären, sich nach Süden über den ganzen Kontinent verbreitet und unter den veränderten Lebensbedingungen im Laufe der Jahrtausende zu einer eigenen neuen Rasse entwickelt hätten. Diese bisher allgemein verbreitete Ansicht wird jedoch durch die Ergebnisse neuerer Forschungen widerlegt. Wohl ist der genetische Zusammenhang der kanadischen Estimo mit den nordostasiatischen Völkern unbestreitbar; aber die Indianer weichen sowohl in sprachlicher als auch in somatischer Beziehung so sehr von diesen ab, daß eine rassistische Verwandtschaft ausgeschlossen erscheint.

Dagegen zeigen neueste Untersuchungen, wie sie vor allem von dem herborragenden Anthropologen Hooten angestellt wurden und von argentinischen und nordamerikanischen Gelehrten bestätigt wurden, auffallende Übereinstimmungen zwischen den melanesisch-polynesischen Sprachen und den indischen Hotalprachen und weiter zwischen der Sprache der Maori auf Neuseeland und der Ketschua-Sprache in Peru. Und die gleichen bis ins einzelne gehenden Übereinstimmungen finden sich bei den Sprachen der Eingeborenen vieler ozeanischer Inselgruppen, wie Hawaii, Samoa, Tonga, Karolinen und Marqueseninseln. Dazu kommt als Beweis aus dem Bereiche der Ethnographie die Ähnlichkeit vieler Kulturgüter bei Indianern und Ozeanern: Kumerang, Hängematten, Tanzmästen, Planenhangbrücken, Blasrohr, Knotenarbeit u. a., wie der Elefantenkult der mittelamerikanischen Mayo-Indianer, der einen schlagenden Beweis für die Einwanderung aus Indochina darstellt; denn Elefanten gibt es in Amerika bekanntlich nicht. Sichere Anhaltspunkte für die Rassenverwandtschaft geben jedoch die neuen Methoden der Blutuntersuchung durch Isohämagglutination, die zeigen, daß die Ver-

wandtschaft zwischen Indochina näher ist als zwischen irgendwelchen anderen Völkern der Erde.

Wahrscheinlich ist der Hauptteil der Indianer aus Polynesien eingewandert, während die Polynesier ebenso wie die Australier ihrerseits vom Südostasiatischen Festlande stammen. Die weite Entfernung dieser Wanderungen quer über den ganzen pazifischen Ozean hin darf nicht wundernehmen, denn man kennt ähnliche weite Seereisen früherer Völker und weiß, daß z. B. der Ostteil von Madagaskar von Malaien, die Andamaneninseln von Sirmanen, die Osterinsel von Melanesiern und neuseeländischen Maori besiedelt wurden. Der Stand der Kultur ist noch heute bei den Insulanern der Marshallinseln und des Bismarckarchipels außerordentlich hoch. Die Polynesier besitzen die Fähigkeit, Fische und Früchte zu konservieren zu verarbeiten, was für die Durchführung langer Seereisen sehr wichtig ist.

Nach dem neuesten Stand der Forschung waren es mehrere Parallelwanderungen, die von West nach Ost über den Pazifik hin nach Amerika stattgefunden haben. Die nördliche führte von den Philippinen über die Marshallinseln und Hawaii nach Kalifornien, die mittlere vom Bismarckarchipel über Samoa, Marquesen- und Galapagosinseln nach Mittelamerika und Peru, die südliche von Neuseeland und den Tongaineln über die Osterinsel nach der mittleren Westküste Südamerikas. Der Zeitpunkt dieser Völkerwanderungen dürfte zwischen 6000 und 2000 v. Chr. gelegen haben.

Eine Dolmetschermaschine für Geni. Ein englischer Wissenschaftler läßt bei der nächsten Sitzung des Internationalen Arbeitsamts in Geni eine Vorrichtung ausprobieren, die eine gleichzeitige Uebersetzung verschiedener Sprachen ermöglicht. Dolmetscher der betreffenden Sprache sprechen die Uebersetzung des Vortrages in einem Mikrophon, und die Hörer können je nach Wunsch sich bei einer Sprache einstellen, und mit einem kleinen Hörrohr die Rede in ihrer Landessprache abhören.

Die Kosten der Arbeitslosenversicherung Keine Herabsetzung der Beiträge in Aussicht.

Die Finanzen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, über deren Entwicklung im Monat März das letzte Reichsarbeitsblatt (Nr. 15) einige Ziffern bringt, wird am besten durch die Feststellung charakterisiert, daß die Anstalt in der kritischen Zeit des Monats April gerade noch auskommen ist, also kein Darlehen aufnehmen brauchte. Die Gesamteinnahmen der Reichsanstalt betragen im Monat März 70 155 023 M., die Gesamtausgaben 112 839 996 M. Am 1. März waren an stehenden Mitteln einschließlich des Kassenstocks rund 100 Millionen Mark vorhanden; dazu kamen die Uberschüsse von Westfalen (rund 1 Million Mark) und von Südwestdeutschland (464 000 M.); die Zuschüsse betragen rund 44 Millionen Mark. Es verblieb also am 31. März (102 Millionen weniger 44 Millionen Mark) ein Gesamtbestand von 57 960 334 M., davon betrug der Kassenstock 16 370 239 M.

Die normalen Einnahmen in Höhe von etwa 70 Millionen Mark reichen aus, um 750 000 Arbeitslose zu unterstützen. Am 1. April betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Versicherung noch 1 010 000, am 15. April 845 000, am 30. April 729 000 und am 15. Mai 642 000. Die Reichsanstalt kann also jetzt wieder einen Kassenstock, der zur Unterstützung von 600 000 Arbeitslosen für 3 Monate ausreichen soll, bilden. Ob der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Laufe des Sommers so stark sein wird, daß der Kassenstock im kommenden Winter ausreicht, ist eine schwierige Frage, da niemand die Entwicklung des Arbeitsmarktes voraussagen kann. Nur soviel läßt sich jetzt bereits sagen, daß eine Herabsetzung des Beitragsatzes von 3 Proz. nicht in Frage kommt. Die Senkung kann nach den Bestimmungen erst erfolgen, wenn der Kassenstock aufgefüllt ist.

Interessant sind die Ziffern der Zuschüsse und Uberschüsse der Landesarbeitsämter. Uberschüsse erzielten nur zwei Landesarbeitsämter: Westfalen (1 006 500 M.) und Südwestdeutschland (461 734 M.). Alle übrigen Landesarbeitsämter erzielten Zuschüsse, und zwar: Schlesien 7,4 Millionen Mark, Bayern einschl. der Pfalz 6,8, Mitteldeutschland 4,4, Hessen 4,3, Ostpreußen 3,5, Brandenburg 3,4, Nordmark 3,1, Sachsen 2,8, Niederachsen 2,8, Pommern 2,7 und Rheinland 2,5 Millionen Mark.

Internationale Unfallverhütung. Die Debatte in Genf.

Genf, 31. Mai. (Eigenbericht.)

Der zweite Tag der Arbeitskonferenz brachte nach der Bildung einiger Kommissionen die allgemeine Debatte über die internationale Regelung der Unfallverhütung. Prinzipiell erklärten sich Unternehmer wie Regierungsvertreter in abgemessenen vorsichtigen Worten mit den Forderungen der Arbeit auf einen international garantierten Unfallschutz einverstanden. Wer jedoch genau hinhörte, konnte Gegenstände erkennen, die bei den Kommissionstagen der nächsten Woche in noch schärfer aufeinandergeplagt werden. Zwei Streitfragen scheiden die Klassen der zivilisierten Nationen.

Die Arbeitervertreter, für deren deutschen Teil Sachs vom I.D.B. sprach, forderten vertragliche Bindung, eine internationale Unfallverhütungskonvention.

Hier scheinen ihnen nur Deutschland, vielleicht Frankreich, vielleicht auch die belgischen Unternehmer zu folgen, dagegen lehnten sowohl der englische Regierungsvertreter wie der englische Unternehmer und mit ihnen der ganze Kreis der angelsächsischen Staaten eine internationale Konvention ab und verwiesen darauf, daß die Konvention die schon bestehenden privaten Unfallverhütungsbewegungen unterstützen und die Durchführung von Schutzmaßnahmen der freien Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern überlassen soll.

Der zweite Streit wird um die

Mitwirkung der Arbeiter

bei der Kontrolle der Unfallverhütung entstehen. Hier waren der französische und rumänische Unternehmer ablehnend, die meisten Regierungen etwas ausweichend bis auf den deutschen Regierungsvertreter von Kottitz, der allerdings auch der Präsident der Gesellschaft für soziale Reform in Deutschland ist. Um was es sich aber für die Arbeiterklasse in Ländern handelt, in denen die gewerkschaftliche Organisation noch nicht festen Fuß gefaßt hat, zeigte eine dramatische Anklage des indischen Regierungsvertreters. Der Indier berichtete von steigenden Unfallziffern in den indischen Minen und betonte, daß die Gewerkschaften Indiens an der Unfallverhütung nicht mitarbeiten könnten, weil sie in den meisten Betrieben des Landes verboten sei. Lange Arbeitszeit, schlechtes Material, ungehörige Maschinen, ungenügende Ernährung infolge unzureichender Löhne hätten dazu geführt, daß die Unfallziffern in Indien von Jahr zu Jahr wuchsen. Die indische Arbeiterklasse erwarte vom Internationalen Arbeitsamt Schutz ihres Lebens und Schutz vor Ausbeutung.

Eingelragen wurden wenig berührt. Der kanadische Arbeiter wie der japanische Regierungsvertreter trafen mit bemerkenswerter Energie für die internationale Einführung der automatischen Kuppelung ein. „Im Namen der Menschlichkeit und der sozialen Gerechtigkeit müsse er die automatische Kuppelung fordern“, rief der Japaner aus. — Am Freitag wird die Generaldebatte über die Unfallverhütung geschlossen werden.

Der Kampf in der Rheinschifffahrt. Ergebnislose Verhandlungen.

Köln, 31. Mai. (Eigenbericht.)

Die am Donnerstag geführten Verhandlungen im Lohnstreit der Rheinschifffahrt haben wiederum zu keinem Ergebnis geführt. Die Unternehmer bestanden auf Lohnabbau. Die Arbeiter hielten dagegen ihren Antrag auf Lohnerhöhung aufrecht. Der Vorschlag, durch eine Kommission die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der ausländischen Schifffahrt, die Lebensverhältnisse ihrer Arbeiter und die Betriebsergebnisse der Rheinreederei feststellen zu lassen und die Ergebnisse dieser Feststellungen bei der späteren Regelung der Löhne als Grundlage zu benutzen, wurde von den Arbeitervertretern abgelehnt. Neue Verhandlungen zwischen den Parteien stehen vorläufig nicht in Aussicht.

Internationale der Textilarbeiter. Solidarität mit den indischen Streikenden.

Brüssel, 31. Mai. (Eigenbericht.)

Der Internationale Textilarbeiterkongress, der zurzeit in Gent (Belgien) stattfindet, ist von 13 Organisationen besetzt, die sich auf 12 Länder verteilen. Es sind im ganzen 105 Delegierte anwesend. Die Begrüßungsansprachen — von Sannyn-Belgien eingeleitet — beschäftigten sich eingehend mit dem Kampf der indischen Textilarbeiter. Die Größe der indischen Textilarbeiterklasse, die der Internationale noch nicht angegeschlossen sind, wurden von dem als Gast anwesenden indischen Gewerkschaftsleiter Bakhala überbracht. Er schilderte die ungeheuren Schwierigkeiten, die die indischen Textilarbeiter noch zu überwinden haben, um Mitglied der Internationale werden zu können, glaubte aber, daß der Tag, an dem der Beitritt erfolgt, nicht mehr allzu fern sei. Bakhala ging dann auf den gegenwärtigen Streit der Textilarbeiter in Bombay ein und schloß mit der Hoffnung, daß der Kongress die Streikenden moralisch und materiell unterstütze. Der Kongress nahm hierauf einstimmig eine Entschließung an, die den streikenden indischen Textilarbeitern die Sympathie des Kongresses ausdrückt.

Der schriftliche Bericht des Internationalen Sekretärs Tom Shaw (England) weist darauf hin, daß 1925, als das Sekretariat nach London verlegt wurde, 13 Länder mit 14 Verbänden angegeschlossen waren. Später seien Italien, Ungarn und Frankreich beigetreten. Frankreich sei im Laufe der Berichtszeit wieder beigetreten, aber Ungarn und Italien stünden noch fern. In Italien sei keine Organisation vorhanden, die der früheren gleiche, und es bestehe keine Aussicht, eine ähnliche Organisation zurzeit wieder ins Leben zu rufen. Die Tätigkeit der Kommunisten und die schwere Krise in der Textilindustrie hätten die Organisationen geschwächt, so daß größere Fortschritte nicht zu verzeichnen wären. Die Bemühungen in außereuropäischen Ländern für den Anschluß an die Internationale hätten noch keine greifbaren Erfolge gehabt. Immerhin seien wichtige Verbindungen mit vielen Länderorganisationen hergestellt worden. — Tom Shaw macht zu dem von ihm schriftlich vorgelegten Geschäftsbericht noch einige Erläuterungen. Er verlangt die Einsetzung einer Finanzkommission, in die aus allen Landesorganisationen je ein Vertreter entsandt werden soll.

Die Aussprache über den Bericht wird von Schrader (Deutschland) eröffnet. Er spricht dem Bericht seine Anerkennung aus und verbindet damit den Wunsch, daß es dem Sekretär gelingen möge, die der Internationale noch fernstehenden Länder anzuschließen.

Hierauf begrüßt Anseele (Belgien) den Kongress. Er verweist auf die Schöpfungen der belgischen Arbeiterschaft, namentlich der Konsumgenossenschaft, die allein in Gent 15 000 Webstühle und 170 000 Baumwollspinnern beschäftigt.

Zu Punkt 2, „Neue Satzungen“, referiert Kolcher-Reichenberg (Tschechoslowakei). Er begründet den vorliegenden Entwurf und bittet um Annahme.

Für die oberösterreichische Zementindustrie ist ein Lohnabkommen getroffen worden, dem beide Parteien zugestimmt haben. Danach werden die Löhne in Gruppe I (Handwerker) um 10 P. (von 84 auf 74 P.), für die Betriebsarbeiter ebenfalls um 10 P. und für die Angelernten um 9 P. erhöht. Das Abkommen hat Geltung bis zum 30. April 1929.

Die Nachverhandlungen für den oberösterreichischen Bergbau sind ergebnislos verlaufen.



Sommerstoffe Kleider

Musseline Baumwolle, schöne Muster Meter 78 Pl., 68 Pl. 48 Pf.	Voile-Kleider gemustert, bis Größe 44. 6 75
Wollmusseline moderne Muster Meter 2,95, 2,50 1 95	Waschmusseline-Kleider bis Gr. 44 7,90 5 90
Kunstleinen Indanähren, gemustert Meter 1,75, 1,45 1 20	Panamakleider weiß, alle Größen, Sportform 9,50 8 90
Vollvoile doppelbreit, bedruckt . Meter 2,50, 2,25 1 95	Voile-Kleider flotte, jugendliche Formen, mit doppelfem Volantrock 14 50
Voile-Bordüren Seidensickerel, etwa 125 cm breit. Meter 6,50 5 90	Eleg. Bordüren-Voilekleider alle Gr. 26 00
Waschseide Kunstseide, in großer Ausmusterung Meter 1,40 1 25	Fesche Bastkleider in verschied. mod. Farben, alle Größen 22 00
Bastseide bedruckt, etwa 80 cm breit. . . . Meter 4 25	Gemust. eleg. Bastkleider in Frauen- größen 34 00
Bastseide Bordüren, etwa 120 cm breit, in feinen Druckmustern Meter 6,90 6 25	Frauenkleider in Waschseide, Voile und Musseline alle Größen und Preislagen am Lager
Bastseide Bordüren, bestickt, etwa 125 cm breit Meter 8,25 7 90	Indanthren-Haus-, Garten-Kleider Gr. Auswahl vorhanden
Trikoline gestreift und kariert, etwa 80 cm breit Meter 2,25 1 75	Kinderkleider von Größe 55 bis Größe 95 in großer Auswahl am Lager vorrätig
Zephir einfarbig und gestreift . Meter 78 Pl., 69 Pl. 65 Pf.	Blusen in reichhalt. Auswahl in allen Preislagen

Konsumwarenhaus

Südosten: Am Oranienplatz
Osten: Frankfurter Allee 60

Norden: Reinickendorfer Str. 21
Charlottenburg: Rosinenstr. 4

